Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

8

August 1996

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

48. Jahrgang · August 1996

ISSN 0934–6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Hans-Erich Plewa, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,00 DM, Einzelheft: 5,00 DM

Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 101105, 40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf
Fernruf: (0211) 9449-01

sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

Bestell-Nr. Z 01 1 9608

Inhalt

Bildung	Die ausländische Schülerpopulation an den berufsbildenden Schulen 1980 - 1994	431
	Neu eingestellte Auszubildende im Jahr 1995	446
Handel und Gastgewerbe	Israel - Von der Landwirtschaft zur Hochtechnologie	459
	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im ersten Halbjahr 1996	458
Erwerbstätigkeit	Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit im Jahr 1995	458
	Aktuelle Ergebnisse	474
Gesundheitswesen	*Aktuelle Ergebnisse*	472
Produzierendes Gewerbe	Industrieproduktion im Juni 1996	445
	Auftragseingänge der Industrie im Juni 1996	445
Landwirtschaft	Milcherzeugung im ersten Halbjahr 1996	445
Wohnungswesen	*Aktuelle Ergebnisse*	476
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im Juli 1996	446
	Aktuelle Ergebnisse	471
Geld und Kredit	Insolvenzen 1985 - 1995	447
Finanzen	„Einkommensmillionäre" in NRW	467
Verkehr	*Aktuelle Ergebnisse*	478
Zahlenspiegel	*Ausgewählte Eckzahlen für Nordrhein-Westfalen im Zeitvergleich*	480

Zentrale Information und Beratung ☎ (02 11) 94 49-24 95/25 25

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
. . .	Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
( )	Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
/	keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Dipl.-Volkswirt Wilhelm Höfener

Die ausländische Schülerpopulation an den berufsbildenden Schulen 1980 – 1994

Die ab Mitte der 50er Jahre einsetzende Zuwanderung und die anschließende, gezielt betriebene Anwerbung von ausländischen Arbeitsuchenden für die florierende Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland setzten demographische Entwicklungen in Gang, die sich heutzutage u. a. auch auf das berufsbildende Schulsystem Nordrhein-Westfalens auswirken. Denn es kamen – um das geflügelte Wort von Max Frisch in etwas abgewandelter Form zu gebrauchen – nicht nur wie erwartet die angeworbenen Arbeitskräfte, sondern Menschen, die ihre Familien (einschl. der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen) mitbrachten oder später nachfolgen ließen. Mittlerweile ist ein Großteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen, die in Nordrhein-Westfalen eine Schule besuchen, bereits hier im Lande geboren.

Seit jener Zeit wächst – langfristig betrachtet – die ausländische Schülerpopulation an den berufsbildenden Schulen[1] in Nordrhein-Westfalen mehr oder minder stetig. Daran änderte die wirtschaftlich und ausländerpolitisch begründete vorübergehende Abnahme der Schülerzahlen in den Jahren 1982 bis 1984 nichts. Ebensowenig dürfte die im Vergleich zum Vorjahr geringere Zahl ausländischer Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 1994/95 und 1995/96 der Beginn einer generellen Trendwende sein, denn an den Kollegschulen und an den Schulen der allgemeinen Ausbildung wächst die ausländische Schülerpopulation weiter. Insbesondere in den für die künftige Entwicklung im beruflichen Bereich wichtigen Jahrgangsstufen 9, 10 und 13 an den Schulen der allgemeinen Ausbildung nimmt die Zahl der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler zu. Allerdings war die Zahl der ausländischen Abgängerinnen und Abgänger von diesen Schulen 1993 und 1994 leicht rückläufig, da relativ mehr nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler durch den Besuch des Jahrgangs 10 und der gymnasialen Oberstufe länger im Schulsystem der allgemeinen Ausbildung verblieben.

Noch vor 22 Jahren, im Herbst 1974, besaßen – statistisch gesehen – von 100 Schülerinnen und Schülern an den berufsbildenden Schulen nur weniger als drei nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.[2] Dagegen war zum Schuljahresbeginn 1994/95 der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler (Ausländerquote) mit 12,2 % viereinhalbmal so groß wie 1974 (d. h. auf jeweils sieben deutsche Schülerinnen und Schüler kam im statistischen Mittel eine ausländische Mitschülerin oder ein ausländischer Mitschüler). Damit war der Ausländeranteil hier etwas höher als unter der gesamten nordrhein-westfälischen Bevölkerung zum Stichtag 31. 12. 1994 mit 10,7 %. Auf die nichtdeutsche Bevölkerung im Alter von 17 bis unter 22 Jahren zum vorgenannten Stichtag bezogen machte die Zahl der berufsbildende Schulen besuchenden Ausländerinnen und Ausländer 1994 28,5 % einschließlich Fachschülerinnen und -schüler bzw. 27,8 % ohne Fachschülerinnen und -schüler aus. (Nach den Ergebnissen der Altersstrukturerhebung 1994 waren nur 26,1 % aller Fachschülerinnen und -schüler unter 22 Jahre alt.) Für die deutsche Schülerschaft waren die entsprechenden Relationen mit 50,8 % bzw. 45,6 % signifikant höher. Ähnliche Zahlenverhältnisse lagen im gesamten Betrachtungszeitraum 1980 – 1994 vor. Die betreffenden Relationen für die nichtdeutsche Bevölkerung erreichten im Jahre 1987 mit 30,5 % bzw. 30,2 % ihre Maximalwerte.

Entwicklung der ausländischen Schülerpopulation

Während sich die Schülerpopulation der allgemeinbildenden Schulen 1976 auf ihrem bisherigen Höchststand befand, danach von Jahr zu Jahr abnahm und erst seit 1989 wieder wächst, erreichte diejenige der berufsbildenden Schulen – ausgehend von dem Tiefstand 1976 mit 589 041 Schülerinnen und Schülern – zu Beginn des Schuljahres 1980/81 mit 656 688 Schülerinnen und Schülern einen Zwischenhöchststand, der von dem Höchstwert von 662 632 Schülerinnen und Schülern 1985 noch übertroffen wurde, nachdem zwischenzeitlich die Schülerzahl von 641 606 Schülerinnen und Schülern 1981/82 bis auf 635 811 am Schuljahresanfang 1982/83 zurückgegangen war. In den folgenden Jahren nahm die Schülerpopulation der berufsbildenden Schulen vor allem aufgrund geburtenschwächerer Jahrgänge der deutschen Bevölkerung und aufgrund der Ausweitung des Kollegschulversuchs ständig ab. Die unter den Jugendlichen der entsprechenden alterstypischen Jahrgänge zunehmende Neigung zur Aufnahme eines Studiums[3] trug ein übriges zu dieser rückläufigen Entwicklung bei.

Im Oktober 1979 war mit 633 001 die bislang größte Zahl von deutschen Schülerinnen und Schülern in den

1) Darunter werden hier die folgenden Schulformen verstanden: Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr, Berufsgundschuljahr, (Teilzeit-)Berufsschule, Berufsfachschule, Berufsaufbauschule (inzwischen nicht mehr existent), Fachoberschule und Fachschule. Die Sonderschulen im berufsbildenden Bereich sowie die Kollegschule sind im weiteren also nicht mit eingeschlossen.

2) Unter dem Begriff „Ausländerinnen und Ausländer" werden im folgenden alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, verstanden.

3) Seit 1987 steigt wieder jährlich die Quote der Schülerinnen und Schüler, die an den Schulen der allgemeinen Ausbildung vom Jahrgang 10 (ohne Klassen des Typs 10 A) in den Jahrgang 11 der gymnasialen Oberstufe hinüberwechseln. Sie lag im Jahre 1994 mit 45,6 % um 6,6 Prozentpunkte über dem 1986er Wert. Die Relation von Studienanfängern (jeweils im Wintersemester) zur alterstypischen Bevölkerung der 18- bis unter 22jährigen weist langfristig eine steigende Tendenz auf. Das betreffende Verhältnis betrug Ende 1994 7,6 % und war damit 3,5mal so hoch wie im Jahre 1970 oder 1,7mal so hoch wie 1980 oder um 0,2 Prozentpunkte höher als 1990.

Deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen*) 1972 – 1994

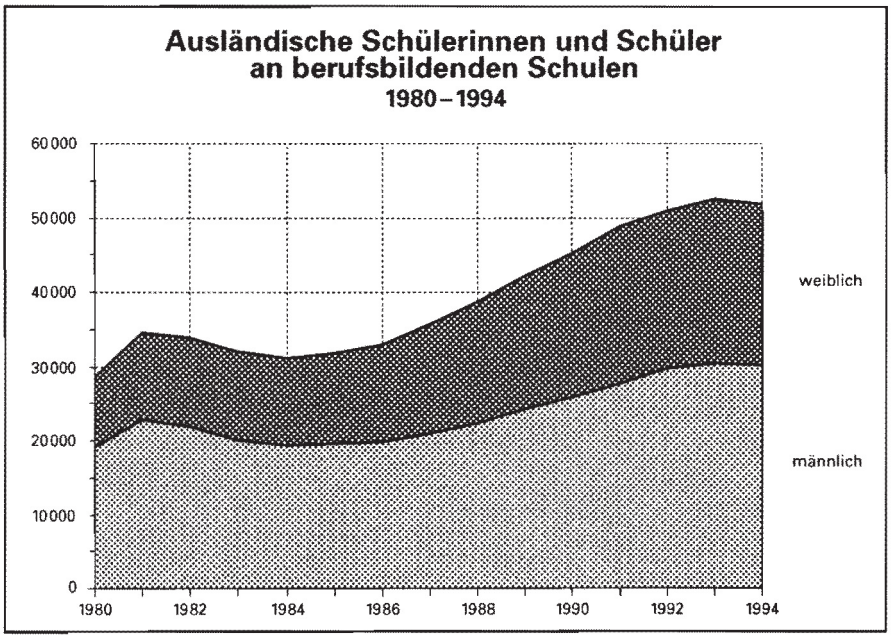
Jahr[1]	Schüler/-innen											
	insgesamt	männlich	weiblich	Deutsche			Ausländer/-innen					
				zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	Anzahl									Ausländerquote[2]		
1972	610 905	354 099	256 806	598 536	346 091	252 445	12 369	8 008	4 361	2,0	2,3	1,7
1973	617 527	355 457	262 070	602 862	346 157	256 705	14 665	9 300	5 365	2,4	2,6	2,0
1974	621 584	355 690	265 894	604 861	344 896	259 965	16 723	10 794	5 929	2,7	3,0	2,2
1975	611 113	349 012	262 101	594 301	338 217	256 084	16 812	10 795	6 017	2,8	3,1	2,3
1976	589 041	331 420	257 621	572 490	320 962	251 528	16 551	10 458	6 093	2,8	3,2	2,4
1977	593 161	331 596	261 565	575 699	320 631	255 068	17 462	10 965	6 497	2,9	3,3	2,5
1978	622 603	344 365	278 238	603 612	332 795	270 817	18 991	11 570	7 421	3,1	3,4	2,7
1979	655 088	363 826	291 262	633 001	349 995	283 006	22 087	13 831	8 256	3,4	3,8	2,8
1980	656 688	368 280	288 408	628 076	349 282	278 794	28 612	18 998	9 614	4,4	5,2	3,3
1981	641 606	359 077	282 529	607 073	336 245	270 828	34 533	22 832	11 701	5,4	6,4	4,1
1982	635 811	351 364	284 447	601 910	329 500	272 410	33 901	21 864	12 037	5,3	6,2	4,2
1983	636 046	346 213	289 833	604 142	326 299	277 843	31 904	19 914	11 990	5,0	5,8	4,1
1984	652 251	353 012	299 239	621 236	333 756	287 480	31 015	19 256	11 759	4,8	5,5	3,9
1985	662 632	357 358	305 274	630 853	337 921	292 932	31 779	19 437	12 342	4,8	5,4	4,0
1986	639 805	343 988	295 817	606 905	324 238	282 667	32 900	19 750	13 150	5,1	5,7	4,4
1987	617 727	332 442	285 285	582 000	311 511	270 489	35 727	20 931	14 796	5,8	6,3	5,2
1988	591 395	317 274	274 121	552 688	294 887	257 801	38 707	22 387	16 320	6,5	7,1	6,0
1989	545 249	292 813	252 436	503 163	268 647	234 516	42 086	24 166	17 920	7,7	8,3	7,1
1990	511 913	280 101	231 812	466 769	254 295	212 474	45 144	25 806	19 338	8,8	9,2	8,3
1991	485 295	266 749	218 546	436 550	239 105	197 445	48 745	27 644	21 101	10,0	10,4	9,7
1992	461 951	258 869	203 082	411 211	229 295	181 916	50 740	29 574	21 166	11,0	11,4	10,4
1993	443 359	246 365	196 994	391 051	216 000	175 051	52 308	30 365	21 943	11,8	12,3	11,1
1994	424 544	235 378	189 166	372 755	205 179	167 576	51 789	30 199	21 590	12,2	12,8	11,4

*) bis 1977 einschließlich Sonderschulen im berufsbildenden Bereich, ab 1978 ohne Sonderschulen im berufsbildenden Bereich – 1) Stichtag: 1972 – 1976 und ab 1981: 15. Oktober; 1977 – 1980: 1. Oktober – 2) Zahl der ausländischen Schüler/-innen je 100 der Schüler/-innen insgesamt entsprechenden Geschlechts

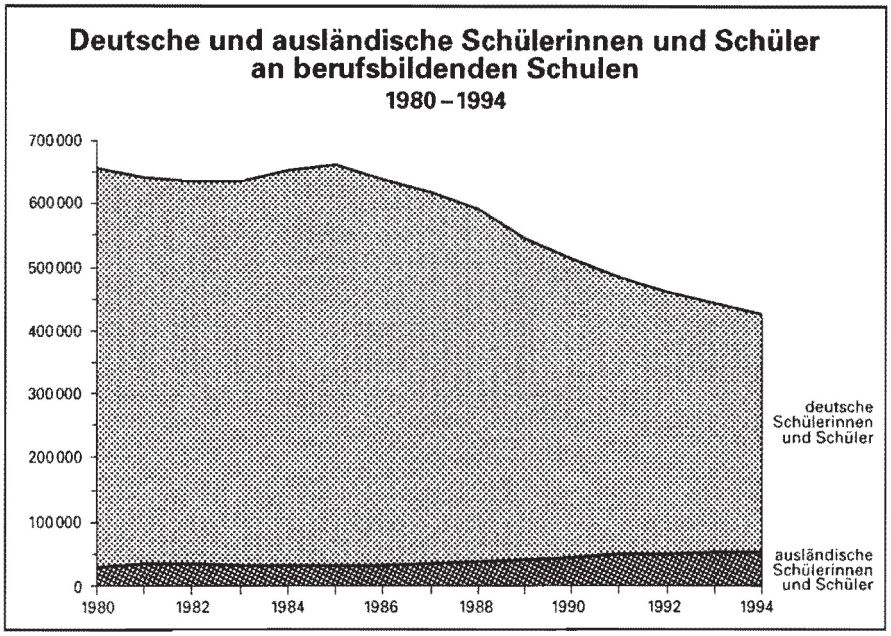
berufsbildenden Schulen registriert worden. Der besonders große Nettozugang an ausländischen Schülerinnen und Schülern im Jahre 1980 von 6 525 Personen bestand zu 97,6 % aus Türkinnen und Türken. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich damit die Zahl der türkischen Schülerinnen und Schüler um 64,5 %. Die außergewöhnlich hohe Zunahme der nichtdeutschen Bevölkerung um 100 624 Personen innerhalb eines Jahres (Stand: Ende September 1980), woran die Türkinnen und Türken mit 63 152 Personen (darunter mit 44,9 % Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis unter 18 Jahren) beteiligt waren, deutet darauf hin, daß eine verstärkte Immigration für die Zunahme der nichtdeutschen Schülerpopulation an den berufsbildenden Schulen wie an den Schulen der allgemeinen Ausbildung (Zunahme dort: +30 410 Schülerinnen und Schüler) im Jahre 1980 die Ursache war. Der vermehrte Eintritt ausländischer Jugendlicher in die berufsbildenden Schulen im Jahre 1980 kompensierte nicht nur den damaligen Rückgang bei den deutschen Schülerinnen und Schülern völlig, sondern brachte darüber hinaus die Gesamtpopulation auf einen vorläufigen Höchststand von 656 688 Schülerinnen und Schülern. Das Jahr 1981 wies dann mit 34 533 die bis dahin größte Anzahl ausländischer Schülerinnen und Schüler auf, worunter die Türkinnen und Türken die größte Nationalitätengruppe mit 62,7 % bildeten. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler türkischer Nationalität hatte um eine im Vergleich zum Vorjahr zwar geringere, aber immer noch beachtliche Wachstumsrate von 33,2 % zugenommen.

Aufgrund des allgemeinen Konjunkturabschwungs in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 80er Jahre und wohl auch aufgrund der damals eingeleiteten Maßnahmen auf dem Gebiet der Ausländerpolitik (z. B. Rückkehrförderung sowie Begrenzung des Nachzugalters der Kinder von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern) wurden bis einschließlich 1984 an den berufsbildenden Schulen von Jahr zu Jahr weniger ausländische Schülerinnen und Schüler gezählt. Dieser Rückgang wurde per Saldo fast ausschließlich durch das Ausbleiben bzw. den Wegzug von türkischen Jugendlichen bewirkt, die infolge der Rückwanderung ihrer Familien in die Türkei Nordrhein-Westfalen verlassen hatten. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einer Staatsangehörigkeit eines der übrigen Anwerbeländer[4] oder eines sonstigen Staates (Nicht-Anwerbelandes) nahm in denselben Jahren nämlich weiter zu. Per Saldo schmolz aber auf diese Weise die ausländische Schülerpopulation auf 31 015 Schülerinnen und Schüler

4) Die ehemaligen Anwerbeländer der Gastarbeiter sind: Griechenland, Italien, das frühere Jugoslawien (bzw. das Gebiet der heutigen Nachfolgestaaten), Portugal, Spanien, Türkei, Marokko und Tunesien.



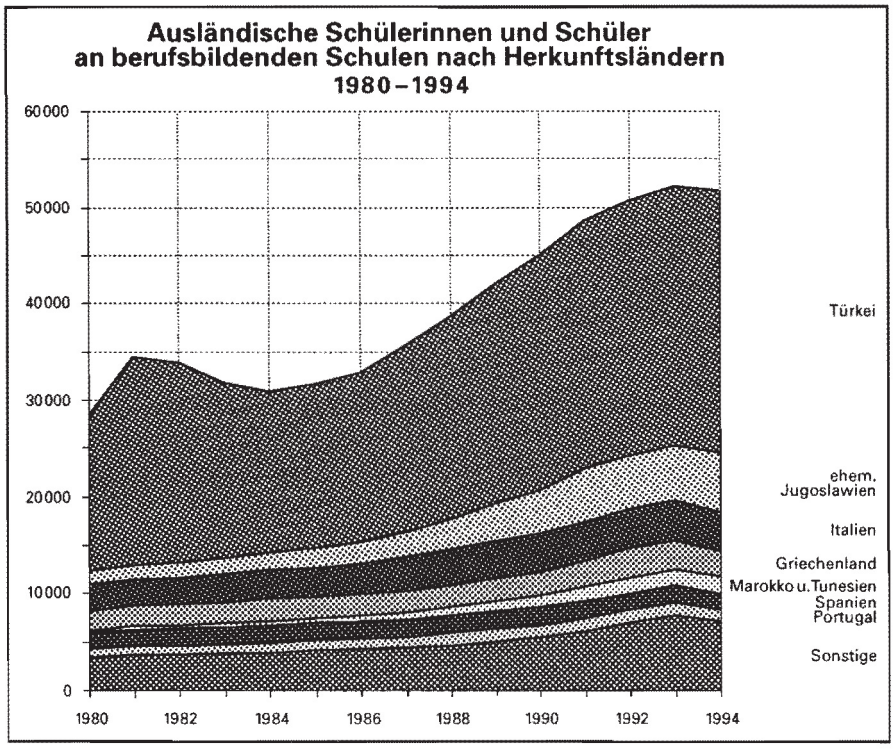
im Jahre 1984 zusammen. Aus den vorgenannten Gründen ging der Anteil der jungen Türkinnen und Türken an der ausländischen Schülerschaft auf 53,8 % zurück, und die auf diese Nation bezogene Meßzahl (Basis: Schülerbestand 1980 = 100) fiel zwischen 1981 und 1984 um 30 Punkte auf 103, während der entsprechende Index für die ausländische Schülerschaft insgesamt nur um 13 Punkte auf 108 absank und für die anderen Nationalitäten sogar weiter – mehr oder minder kräftig – anstieg.

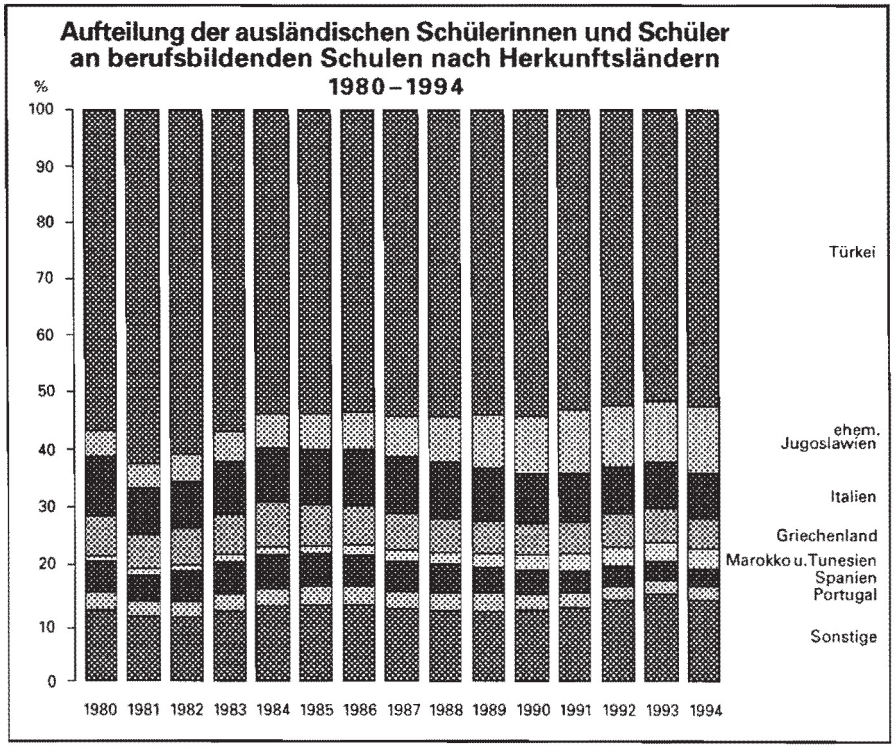


Im Herbst 1985 erreichte die Kopfzahl der deutschen Schülerpopulation noch einmal einen (vorerst letzten) Höchststand von 630 853. In den folgenden Jahren war dann die Entwicklung der Schülerzahl aus den bereits eingangs erwähnten Gründen ständig rückläufig, so daß 1994 nur noch 372 755 deutsche Schülerinnen und Schüler gezählt wurden. Der Beitrag, den die ausländischen Jugendlichen und Erwachsenen zum 1985er Spitzenwert von insgesamt 662 632 Schülerinnen und Schülern (Deutsche und Nichtdeutsche zusammen) beisteuerten, war mit 4,8 % relativ bescheiden, obwohl ab 1985 an den berufsbildenden Schulen wieder deren Zahl (per Saldo), insbesondere auch wegen der erneut einsetzenden Zunahme der türkischen Schülerpopulation, zu expandieren begann. Zwischen 1985 und 1994 (1993) nahm die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler um 63,0 % (64,6 %) zu und diejenige der Deutschen um 40,9 % (38,0 %) ab. Aufgrund des Dimensionsunterschiedes der absoluten Zahlen[5] konnte die Zunahme der nichtdeutschen Schülerschaft im Zeitraum 1985 – 1994 um 20 010 Schülerinnen und Schüler nicht auch nur annähernd den Rückgang der deutschen um 258 098 Schülerinnen und Schüler zahlenmäßig kompensieren.

Im selben Betrachtungszeitraum haben die Nationalitätengruppen der meisten ehemaligen Anwerbeländer relativ an Gewicht unter der ausländischen Schülerschaft eingebüßt. Zu den „Verliererinnen" und „Verlierern" i. d. S. zählen die Schülerinnen und Schüler aus Griechenland (–1,9 Prozentpunkte), Italien (–2,0 Prozentpunkte), Portugal (–0,9 Prozentpunkte), Spanien (–2,4 Prozentpunkte) und sogar der Türkei (–1,2 Prozentpunkte), obwohl letztere nach wie vor die stärkste Gruppe darstellen und ihren Anteil 1994 auf 52,5 % (1993: 51,6 %)

5) 1985 betrug die Relation „ausländische zu deutschen Schülerinnen und Schülern" 1 : 20 (1994: 1 : 7,2).





wieder steigern konnten. Dagegen ist die Schülergruppe, die die Staatsangehörigen aller Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien umfaßt, von der fünftstärksten 1980 (4,7 %) seit dem Jahre 1990 mit 10,0 % (1994: 11,7 %) zur zweitstärksten unter den Schülergruppen aus den Anwerbeländern avanciert. Der gemeinsame Anteil der Schülerinnen und Schüler aus Marokko und Tunesien (1994: 3,4 %) ist ebenfalls kräftig im Vergleich zu 1980 (0,8 %) gestiegen. So besuchten 1994 viereinhalbmal so viele (ehemals) jugoslawische[6] und mehr als siebenmal so viele marokkanisch-tunesische Schülerinnen und Schüler[7] wie im Jahre 1980 die berufsbildenden Schulen in NRW. Weiterhin stieg die Zahl der Schüle-

6) Die in NRW wohnhafte Bevölkerungsgruppe von Staatsangehörigen der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (im folgenden als „(Ex-)Jugoslawien" bezeichnet) wies 1989 eine um 1 080 Personen geringere Zahlenstärke als 1980 auf; in den Jahren 1989 – 1994 wuchs sie von 143 912 auf 299 245 Personen an (Quelle: Ausländerzentralregister), m. a. W. sie verdoppelte sich. Die für berufsbildende Schulen alterstypische Gruppe der 17- bis unter 22jährigen umfaßte 1994 (nach eigenen Berechnungen aufgrund der in der Reihe „Ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen" veröffentlichten Daten in einer nicht völlig übereinstimmenden Altersgruppierung) schätzungsweise rd. 30 800 Personen; das wären zwar 1,7 % weniger als 1993, aber 4,1mal soviel wie 1987 oder 5,4mal soviel wie 1984. (Wegen der Revision der Daten des Ausländerzentralregisters aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung 1987 sind die Zahlen für 1987 und früher nur bedingt mit den 1993er und 1994er Daten kompatibel.) Der Zustrom aus (Ex-)Jugoslawien dürfte zunächst vor dem Bürgerkrieg von der Wirtschaftskrise und später dann durch die Kriegswirren selbst verursacht worden sein. Im Zeitraum 1989 – 1994 nahm die betreffende Schülerzahl in den berufsbildenden Schulen „nur" um 57,6 % zu.

7) Die marokkanische Bevölkerungsgruppe ist – mit Ausnahme der Jahre 1987 (Volkszählung!) und 1994 – von Jahr zu Jahr gewachsen, und zwar von 19 840 Personen im Jahre 1980 bis auf 44 675 Personen 1994 (Veränderung: +125,2 %). Die Altersgruppe der 17- bis unter 22jährigen ist noch stärker expandiert. Mit schätzungsweise rd. 5 300 Personen war sie im Jahre 1994 mehr als doppelt so groß wie 1987 oder 3,5mal so groß wie 1984 (eigene Berechnungen). Dagegen hat sich die Zahl der in NRW wohnhaften Tunesierinnen und Tunesier infolge der Abnahme in den Jahren 1984, 1985 (aufgrund der Rückkehrförderungsmaßnahmen), 1987, 1993 und 1994 nicht in relativ gleicher Weise aufwärts entwickelt, so daß sie mit 9 769 Personen 1994 nur um 14,1 % höher als 1980 lag (Quelle: Ausländerzentralregister). Die marokkanisch-tunesische Schülergruppe an den berufsbildenden Schulen nahm im Zeitraum 1980 – 1994 hingegen um ein Vielfaches stärker, nämlich um 636,4 % zu.

Ausländische Schülerinnen und Schüler sowie Ausländerquoten an berufsbildenden Schulen 1980 – 1994 nach Schulformen

Jahr[1]	Ausländische Schüler/-innen (an) berufsbildenden Schulen							
	insgesamt	Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr	Berufsgrundschuljahr	Berufsschule	Berufsfachschule	Berufsaufbauschule	Fachoberschule	Fachschule
				Anzahl				
1980	28 612	6 753	651	17 521	2 497	76	787	327
1981	34 533	6 743	839	22 311	2 967	112	1 194	367
1982	33 901	5 774	1 149	21 736	3 613	84	1 239	306
1983	31 904	4 351	1 431	20 600	4 172	49	1 010	291
1984	31 015	3 370	1 419	20 536	4 485	23	963	219
1985	31 779	2 687	1 429	21 514	4 881	12	999	257
1986	32 900	1 225	1 544	23 968	4 905	10	972	276
1987	35 727	1 201	1 394	26 374	5 377	5	1 053	323
1988	38 707	1 122	1 388	28 699	6 043	8	1 096	351
1989	42 086	1 056	1 194	32 037	6 152	3	1 152	492
1990	45 144	1 089	990	35 122	6 318	1	1 085	539
1991	48 745	1 191	880	38 125	6 757	–	1 100	692
1992	50 740	1 170	805	39 743	7 135	–	1 062	825
1993	52 308	1 113	952	40 352	7 993	–	1 036	862
1994	51 789	1 201	1 251	38 608	8 373	–	992	1 364
				%				
1980	100	23,6	2,3	61,2	8,7	0,3	2,8	1,1
1981	100	19,5	2,4	64,6	8,6	0,3	3,5	1,1
1982	100	17,0	3,4	64,1	10,7	0,2	3,7	0,9
1983	100	13,6	4,5	64,6	13,1	0,2	3,2	0,9
1984	100	10,9	4,6	66,2	14,5	0,1	3,1	0,7
1985	100	8,5	4,5	67,7	15,4	0	3,1	0,8
1986	100	3,7	4,7	72,9	14,9	0	3,0	0,8
1987	100	3,4	3,9	73,8	15,1	0	2,9	0,9
1988	100	2,9	3,6	74,1	15,6	0	2,8	0,9
1989	100	2,5	2,8	76,1	14,6	0	2,7	1,2
1990	100	2,4	2,2	77,8	14,0	0	2,4	1,2
1991	100	2,4	1,8	78,2	13,9	–	2,3	1,4
1992	100	2,3	1,6	78,3	14,1	–	2,1	1,6
1993	100	2,1	1,8	77,1	15,3	–	2,0	1,6
1994	100	2,3	2,4	74,5	16,2	–	1,9	2,6
				Ausländerquote[2]				
1980	4,4	35,1	6,4	3,7	2,4	2,3	2,8	2,4
1981	5,4	37,2	6,0	4,9	2,8	2,2	4,0	2,3
1982	5,3	34,8	7,7	4,9	3,2	1,9	4,0	1,9
1983	5,0	28,9	9,0	4,6	3,7	1,9	3,7	2,0
1984	4,8	26,5	8,4	4,4	4,0	1,7	3,9	1,5
1985	4,8	28,4	9,4	4,4	4,4	1,8	4,3	1,6
1986	5,1	30,0	12,2	5,0	5,0	2,3	4,2	1,5
1987	5,8	36,5	12,6	5,7	5,9	1,8	4,5	1,5
1988	6,5	41,0	15,4	6,4	7,0	4,9	4,7	1,5
1989	7,7	44,3	17,6	7,8	8,1	3,2	5,4	1,9
1990	8,8	44,6	17,6	9,0	9,3	5,3	5,6	2,0
1991	10,0	48,1	20,2	10,4	10,3	x	5,9	2,4
1992	11,0	51,3	21,2	11,6	10,6	x	6,4	2,7
1993	11,8	47,1	22,6	12,6	11,0	x	7,0	2,9
1994	12,2	45,2	26,6	12,9	13,1	x	7,3	3,3

1) Stichtag: 1980: 1. Oktober; ab 1981: 15. Oktober – 2) Zahl der ausländischen Schüler/-innen je 100 der Schüler/-innen insgesamt der entsprechenden Schulform

rinnen und Schüler aus den übrigen (Nichtanwerbe-)Ländern bis 1993 auf 7 808 Personen an. 1994 ging sie (erstmals seit 1982) wieder zurück, und zwar auf 7 183 Schülerinnen und Schüler, d. h. sie ist immer noch etwas mehr als doppelt so groß (208 %) wie der 1980er Wert.

Schulform-Wahlverhalten ausländischer Schülerinnen und Schüler

Berufsschule

Der überwiegende Teil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen Nordrhein-Westfalens besucht ebenso wie die deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler die (Teilzeit-)Berufsschule, die den theoretischen Teil der Berufsausbildung im sog. dualen System[8] vermittelt, aber auch noch – wie übrigens alle berufsbildenden Schulformen – die Erweiterung der Allgemeinbildung ermöglicht, so daß neben der beruflichen Bildung und Qualifikation ein noch fehlendes Testat der Allgemeinbildung gegebenenfalls mit erworben werden kann. So führt die Berufsschule nicht nur zum Berufsschulabschluß, sondern ggf. auch zum Hauptschulabschluß oder zum Sekundarabschluß I – Hauptschulabschluß nach Klasse 10 bzw. Fachoberschulreife.

Heute gehen mehr als doppelt so viele ausländische Jugendliche in die Berufsschule wie im Jahre 1980. Dagegen hat die Zahl dieser Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen insgesamt im selben Zeitraum „nur" um rd. 80 % zugenommen. Dennoch stimmt der Entwicklungsverlauf der ausländischen Schülerpopulation an der Berufsschule zwischen 1980 und 1994 mit demjenigen an den berufsbildenden Schulen bezüglich der zeitlichen Struktur

8) Berufsausbildung durch Betrieb (= Praxis) und Schule (= Theorie)

recht gut überein. Der Anteil der „Berufsschülerinnen" und „-schüler" unter den ausländischen Schülerinnen und Schülern im berufsbildenden Bereich stieg von 61,2 % im Jahre 1980 sukzessive bis auf 78,3 % in 1992 an und sank danach bis 1994 auf 74,5 % ab (zum Vergleich die entsprechenden Anteile für die deutschen Schülerinnen und Schüler: 1980 = 73,3 %, 1992 = 73,4 %, 1993 = 71,5 % und 1994 = 69,8 %). Obwohl 1994 die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler in dieser Schulform zum ersten Mal nach einem Jahrzehnt wieder gegenüber dem Vorjahr abnahm (−4,3 %), setzte sich der Anstieg der Ausländerquote fort[9], so daß im abgelaufenen Schuljahr jede achte Person der Berufsschülerpopulation (1980: jede siebenundzwanzigste) ausländischer Nationalität war. Diese Entwicklung läßt sich sowohl mit dem verstärkten Streben der jungen Ausländerinnen und Ausländer nach einer qualifizierten Berufsausbildung (als conditio sine qua non für sozialen Aufstieg, pekuniären Erfolg und gesellschaftliche Integration) erklären als auch mit dem Verhalten der Betriebe in den letzten Jahren, bei Mangel an geeigneten deutschen Bewerberinnen und Bewerbern für einen Ausbildungsplatz in zunehmenden Maße mit ausländischen Jugendlichen Ausbildungsverträge abzuschließen (dies gilt insbesondere für das Handwerk).

Die 80er Jahre führten auch relativ mehr junge Ausländerinnen in die Berufsschule, so daß der Frauenanteil unter der ausländischen Schülerschaft zwischen 1980 und 1991 um 9,1 Prozentpunkte auf 41,0 % stieg. Danach ging er auf 38,9 % im Schuljahr 1994/95 zurück. (Bei den deutschen Schülerinnen verlief die Entwicklung ihres Anteils ähnlich: Zunächst stieg er von 39,6 % im Jahre 1980 bis auf 45,0 % 1989; danach war er rückläufig und lag 1994 bei 41,6 %.)

Ausländische Schülerinnen und Schüler, die von einer ausländischen Schule kommend direkt eine berufsbildende Schule in NRW besuchten, 1989 – 1994

Jahr[1]	Von einer ausländischen Schule direkt gekommene ausländische Schüler/-innen							
	insgesamt	davon besuchten anschl. in NRW die/das						
		Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr	Berufsgrundschuljahr	Berufsschule	Berufsfachschule	Berufsaufbauschule	Fachoberschule	Fachschule
				Anzahl				
1989	196	66	6	106	16	–	1	1
1990	214	61	8	120	21	–	2	2
1991	268	55	6	188	14	–	5	–
1992	435	58	1	342	20	–	3	11
1993	446	91	20	272	27	–	3	33
1994	329	42	11	205	46	–	2	23
				%				
1989	100	33,7	3,1	54,1	8,2	–	0,5	0,5
1990	100	28,5	3,7	56,1	9,8	–	0,9	0,9
1991	100	20,5	2,2	70,1	5,2	–	1,9	–
1992	100	13,3	0,2	78,6	4,6	–	0,7	2,5
1993	100	20,4	4,5	61,0	6,1	–	0,7	7,4
1994	100	12,8	3,3	62,3	14,0	–	0,6	7,0

1) Stichtag: 15. Oktober

Auch ausländische Schülerinnen und Schüler, die als letzte Bildungsanstalt vor dem Eintritt in eine berufsbildende Schule in Nordrhein-Westfalen eine Schule im Ausland besucht hatten, entschieden sich in den letzten Jahren überwiegend für den Besuch dieser Schulform. Im Herbst 1994 fingen von den 329 aus dem Ausland neu zugezogenen Schülerinnen und Schülern 205 oder 62,3 % direkt in der Berufsschule an.

Die ausländischen Berufsschülerinnen und -schüler des Schuljahres 1994/95 gehörten zu 87,7 % den Nationen der ehemaligen Anwerbeländer an, und zwar waren die Schülerinnen und Schüler zu 54,3 % aus der Türkei, 11,5 % aus dem ehem. Jugoslawien, 8,0 % aus Italien, 5,3 % aus Griechenland, 3,4 % aus Marokko/Tunesien, 3,0 % aus Spanien sowie 2,2 % aus Portugal. Die prozentuale Verteilung der Nationalitäten an der Berufsschule entsprach damit weitgehend derjenigen der berufsbildenden Schulen insgesamt.

Nicht alle Schülerinnen und Schüler, die zur (Teilzeit-)Berufsschule gingen, standen in einem Ausbildungsverhältnis. Zum Teil besuchten sie diese Schulform lediglich im Rahmen der Schulpflicht[10] als Schülerinnen und Schüler ohne Arbeitsverhältnis oder als berufstätige Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungs- bzw. Lehrvertrag. Unter den ausländischen Berufsschülerinnen und -schülern sind Angehörige dieser beiden Kategorien deutlich stärker vertreten als unter den deutschen, von denen im Betrachtungszeitraum i. d. R. jeweils über 95 % einen Ausbildungsvertrag besaßen. Im Schuljahr 1994/95 waren 3 010 ausländische Berufsschülerin-

9) Da der Rückgang bei den deutschen Berufsschülerinnen und -schülern mit −7,1 % größer als bei den ausländischen mit −4,3 % war, mußte sich notwendigerweise die Ausländerquote erhöhen.

10) Die Berufsschulpflicht besteht für Jugendliche und Erwachsene i. d. R. bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres, sofern ein Ausbildungsverhältnis zuvor begonnen worden ist (§ 11 (1) Schulpflichtgesetz). Jugendliche ohne Berufsausbildungsverhältnis sind nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres berufsschulpflichtig.

Ausländische Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen 1980 – 1994 nach ausgewählten Herkunftsländern

Jahr[1]	Ausländische Schülerinnen und Schüler									
	insgesamt	davon aus								
		(ehemaligen) Anwerbeländern								übrigen Ländern
		Griechenland	Italien	ehem. Jugoslawien	Portugal	Spanien	Türkei	Marokko und Tunesien	zusammen	
					Anzahl					
1980	28 612	2 031	2 877	1 331	868	1 574	16 243	242	25 166	3 446
1981	34 533	2 092	2 768	1 404	895	1 639	21 636	310	30 744	3 789
1982	33 901	2 115	2 766	1 610	967	1 743	20 639	374	30 214	3 687
1983	31 904	2 222	2 923	1 649	983	1 741	18 186	385	28 089	3 815
1984	31 015	2 359	2 952	1 847	992	1 791	16 696	441	27 078	3 937
1985	31 779	2 243	3 069	1 988	1 027	1 794	17 076	444	27 641	4 138
1986	32 900	2 195	3 227	2 133	1 073	1 827	17 624	558	28 637	4 263
1987	35 727	2 276	3 520	2 505	1 098	1 819	19 398	678	31 294	4 433
1988	38 707	2 295	3 750	3 133	1 216	1 908	20 954	784	34 040	4 667
1989	42 086	2 373	3 880	3 846	1 289	1 892	22 767	983	37 030	5 056
1990	45 144	2 498	3 929	4 493	1 278	1 884	24 463	1 150	39 695	5 449
1991	48 745	2 706	4 033	5 458	1 313	1 808	25 887	1 442	42 647	6 098
1992	50 740	3 002	4 073	5 469	1 299	1 743	26 520	1 639	43 745	6 995
1993	52 308	3 016	4 155	5 603	1 289	1 698	27 012	1 727	44 500	7 808
1994	51 789	2 703	4 013	6 063	1 207	1 641	27 197	1 782	44 606	7 183
					%					
1980	100	7,1	10,1	4,7	3,0	5,5	56,8	0,8	88,0	12,0
1981	100	6,1	8,0	4,1	2,6	4,7	62,7	0,9	89,0	11,0
1982	100	6,2	8,2	4,7	2,9	5,1	60,9	1,1	89,1	10,9
1983	100	7,0	9,2	5,2	3,1	5,5	57,0	1,2	88,0	12,0
1984	100	7,6	9,5	6,0	3,2	5,8	53,8	1,4	87,3	12,7
1985	100	7,1	9,7	6,3	3,2	5,6	53,7	1,4	87,0	13,0
1986	100	6,7	9,8	6,5	3,3	5,6	53,6	1,7	87,0	13,0
1987	100	6,4	9,9	7,0	3,1	5,1	54,3	1,9	87,6	12,4
1988	100	5,9	9,7	8,1	3,1	4,9	54,1	2,0	87,9	12,1
1989	100	5,6	9,2	9,1	3,1	4,5	54,1	2,3	88,0	12,0
1990	100	5,5	8,7	10,0	2,8	4,2	54,2	2,5	87,9	12,1
1991	100	5,6	8,3	11,2	2,7	3,7	53,1	3,0	87,5	12,5
1992	100	5,9	8,0	10,8	2,6	3,4	52,3	3,2	86,2	13,8
1993	100	5,8	7,9	10,7	2,5	3,2	51,6	3,3	85,1	14,9
1994	100	5,2	7,7	11,7	2,3	3,2	52,5	3,4	86,1	13,9
					Meßzahl 1980 = 100					
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	121	103	96	105	103	104	133	128	122	110
1982	118	104	96	121	111	111	127	155	120	107
1983	112	109	102	124	113	111	112	159	112	111
1984	108	116	103	139	114	114	103	182	108	114
1985	111	110	107	149	118	114	105	183	110	120
1986	115	108	112	160	124	116	109	231	114	124
1987	125	112	122	188	126	116	119	280	124	129
1988	135	113	130	235	140	121	129	324	135	135
1989	147	117	135	289	149	120	140	406	147	147
1990	158	123	137	338	147	120	151	475	158	158
1991	170	133	140	410	151	115	159	596	169	177
1992	177	148	142	411	150	111	163	677	174	203
1993	183	148	144	421	149	108	166	714	177	227
1994	181	133	139	456	139	104	167	736	177	208

1) Stichtag: 1980: 1. Oktober; ab 1981: 15. Oktober

nen und -schüler (7,8 %) ohne Ausbildungsvertrag als Jungarbeiterinnen und Jungarbeiter berufstätig, worunter sich 62,9 % Türkinnen und Türken befanden. Danach folgten die Angehörigen der Länder ehemaliges Jugoslawien (8,3 %), Italien (7,1 %), Marokko/Tunesien (4,9 %) sowie Griechenland (4,7 %). Diese Kategorie von Schülerinnen und Schülern war – bezogen auf die Gesamtheit der Berufsschülerinnen und -schüler aus den hier betrachteten Anwerbeländern – gering unter portugiesischen (3,0 %) und spanischen Schülerinnen und Schülern (3,7 %) vertreten, relativ hoch dagegen unter den Jugendlichen aus der Türkei (9,0 %) und aus Marokko/Tunesien (11,1 %). Dazwischen, aber noch unter dem generellen Anteilswert dieser Berufsschülergruppe von 7,8 %, lagen die Gruppen aus dem ehem. Jugoslawien (5,6 %) sowie Italien (7,0 %) und Griechenland (6,9 %).

Ganz ohne Arbeitsverhältnis (und damit auch ohne geregelte Erwerbstätigkeit) waren 2 168 ausländische Berufsschülerinnen und -schüler (5,6 %), die zu 64,8 % türkischer Nationalität waren. Als nächstgrößere Gruppen folgten die aus dem ehem. Jugoslawien (9,5 %), Italien (7,7 %), Marokko/Tunesien (4,3 %) und Griechenland (2,5 %). Die letztgenannte Berufsschülerkategorie ist unter den Schülerinnen und Schülern, die den Nationen der (ehemaligen) Anwerbeländer angehören, – mit Ausnahme der türkischen (6,7 %) und marokkanisch-tunesischen Schülergruppe (7,0 %) – nur unterdurchschnittlich vertreten, wenn der Anteilswert dieser Schülerkategorie an der ausländischen Berufsschülerschaft (5,6 %) als Kriterium gewählt wird. Spanische (1,4 %), portugiesische (2,4 %) und griechische (2,6 %) Schülerinnen und Schüler schnitten vergleichsweise besser ab als die Jugendlichen aus dem ehem. Jugoslawien (4,6 %) und aus Italien (5,4 %). Im Vergleich zu 1980, als noch jede(r) zweite ausländische Jugendliche die Berufsschule lediglich aufgrund der Schulpflicht als berufstätige Schülerin bzw. als berufstätiger Schüler ohne Ausbildungsvertrag oder als Schülerin und Schüler ohne Arbeitsverhältnis besuchte, ist demgegenüber heute doch eine erhebliche Verbesserung der Situation festzustellen.

Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr

Zu den vollzeitschulischen Bildungsgängen der Berufsschule zählen die Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr und das Berufsgrundschuljahr. (Beide werden in NRW im Rahmen der Statistik als eigenständige Schulformen behandelt.) Die einjährige Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr hat die Aufgabe und das Ziel, die Allgemeinbildung der Schülerinnen und Schüler zu erweitern und auf eine Berufsausbildung vorzubereiten. Im Anschluß an die Vorklasse kann das ebenfalls einjährige Berufsgrundschuljahr besucht und neben der Berufsgrundbildung in einem Berufsfeld ein dem Hauptschulabschluß gleichwertiger Abschluß erreicht werden. Dementsprechend rekrutieren sich die „Vorkläßlerinnen" und „Vorkläßler" i. d. R. aus Schülerinnen und Schülern, die die Vollzeitschulpflicht von 10 Jahren an einer allgemeinbildenden Schule erfüllt haben, dort aber einen der üblichen Abschlüsse nicht zu erreichen vermochten, sowie aus entsprechenden Sonderschulabgängerinnen und -abgängern – mit einem Wort: lernschwächeren Schülerinnen und Schülern. Auch ein nicht unbedeutender Anteil von den neu aus dem Ausland zugezogenen Schülerinnen und Schülern tritt unmittelbar nach dem Abgang von einer Schule im Ausland in Nordrhein-Westfalen in diesen Bildungsgang ein. 1994 tat dies jeder achte, ein Jahr zuvor jeder fünfte Neuankömmling. Da bereits die Zweitsprache Deutsch neben sozialen, ökonomischen und sonstigen Faktoren für die ausländischen Schülerinnen und Schüler als Barriere in ihrer schulischen Laufbahn wirken kann, ist es nicht überraschend, daß relativ mehr ausländische als deutsche Jugendliche und junge Erwachsene die Vorklasse besuchen. Im Schuljahr 1994/95 nahmen 0,4 % der deutschen, aber 2,3 % der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen an diesem Bildungsgang teil.

Im Betrachtungszeitraum ging die Zahl der ausländischen Vorkläßlerinnen und Vorkläßler von 6 753 im Jahre 1980 bis auf 1 056 in 1989 zurück. Seit 1990 zeigt der Trend wieder aufwärts. Im Schuljahr 1994/95 besuchten 1 201 junge Ausländerinnen und Ausländer diesen Bildungsgang. Die Ausländerquote in der Vorklasse lag im Berichtszeitraum zwischen 26,5 % (1984) und 51,3 % (1992). Im Schuljahr 1994/95 waren von je 100 Vorkläßlerinnen und Vorkläßlern 45 Ausländerinnen und Ausländer. Erfreulicherweise waren seit 1988 jährlich weniger als 3 % aller ausländischen Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen auf den Besuch der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr angewiesen; noch 1980 durchlief jede(r) vierte diesen Bildungsgang. Im Schuljahr 1994/95 fanden sich hier mit 18,5 % die Schülerinnen und Schüler aus dem ehem. Jugoslawien häufiger, als ihrem Anteil an der gesamten ausländischen Schülerpopulation (11,7 %) entsprach[11], während dagegen die übrigen (ehemaligen) Anwerbeländer – jeweils gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtpopulation – überwiegend geringer, höchstens aber im gleichen Verhältnis vertreten waren: Türkei 48,5 %, Italien 5,3 %, Griechenland 3,6 %, Marokko/Tunesien 3,4 %, Spanien 0,9 % und Portugal 0,8 %. Während nur 2,3 % aller

11) Die Frage, ob und ggf. inwieweit dies auf vor dem Bürgerkrieg geflohene Jugendliche zurückzuführen ist, läßt sich aufgrund der Schulstatistik nicht beantworten.

ausländischen Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen im Schuljahr 1994/95 die Vorklasse besuchten, waren es von den Jugendlichen aus dem ehem. Jugoslawien 3,7 %. Unter den Schülerinnen und Schülern aus Marokko/Tunesien waren Vorkläßlerinnen und Vorkläßler relativ genauso häufig vertreten wie generell unter den ausländischen Schülerinnen und Schülern der berufsbildenden Schulen (2,3 %); unter den Schülerinnen und Schülern der übrigen (ehemaligen) Anwerbeländer waren sie jeweils seltener zu finden (d. h. mit niedrigeren Anteilswerten, nämlich zwischen 0,7 % bei den spanischen und 2,1 % bei den türkischen Schülerinnen und Schülern.

Berufsgrundschuljahr

Aufgabe und Ziel des Berufsgrundschuljahres ist es, als einjähriger vollzeitschulischer Bildungsgang eine berufliche Grundbildung in einem Berufsfeld und – falls noch nicht vorhanden – einen Schulabschluß der Sekundarstufe I zu vermitteln.

Die Entwicklung der ausländischen Schülerpopulation im Berufsgrundschuljahr verlief im Betrachtungszeitraum 1980 – 1994 wellenförmig auf und ab: Von 651 im Jahre 1980 kletterte die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler bis auf 1 544 im Jahre 1986. Danach ging sie bis 1992 auf 805 zurück und wuchs in den folgenden Jahren erneut bis auf 1 251 im Schuljahr 1994/95 an, das damit rd. 300 ausländische Schülerinnen und Schüler (+31,4 %) mehr vorzuweisen hatte als das vorhergehende. Diese Steigerung der Schülerzahl ist zur Hälfte darauf zurückzuführen, daß junge Türkinnen und Türken (+33,2 %) vermehrt in das Berufsgrundschuljahr eintraten. Ein weiteres Viertel der zusätzlichen Schülerinnen und Schüler wurde von jungen (Ex-)Jugoslawinnen und Jugoslawen (+67,3 %) gestellt. Während der Anteil der Berufsgrundschülerinnen und -schüler an den gesamten ausländischen Schülerinnen und Schülern der berufsbildenden Schulen – dem Auf und Ab der absoluten Zahlen folgend – zwischen 1,6 % (1992) und 4,7 % (1986) schwankte, ist bezüglich der Ausländerquote im Betrachtungszeitraum ein ausgeprägt steigender Trend feststellbar, der dazu geführt hat, daß im Schuljahr 1994/95 jede(r) vierte Schülerin und Schüler (1980: jede(r) sechzehnte) ein(e) junge(r) Ausländerin oder Ausländer war. Während im letzten Schuljahr nur 0,9 % der Deutschen an berufsbildenden Schulen das Berufsgrundschuljahr besuchten, waren es 2,4 % der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler.

In demselben Schuljahr bildeten die Türkinnen und Türken mit 47,8 % zwar die stärkste Gruppe; in bezug auf ihren Anteilswert an der gesamten ausländischen Schülerschaft (52,5 %) waren sie damit aber im Berufsgrundschuljahr nur unterrepräsentiert. Mit 14,7 % waren hier die (Ex-)Jugoslawinnen und Jugoslawen stärker vertreten, als im vorgenannten Sinne aufgrund ihres allgemeinen Nationalitätsanteil von 11,7 % zu erwarten gewesen wäre. Als nächstes folgten Italienerinnen und Italiener (7,0 %), die Sammelgruppen der sonstigen asiatischen Staatangehörigen (5,6 %) und der aus Marokko/Tunesien (5,0 %), dann Griechinnen und Griechen (3,7 %). Von den (ehemaligen) Anwerbeländern besuchten die Jugendlichen aus Marokko/Tunesien (mit 3,5 % ihrer Schülerpopulation) und (Ex-)Jugoslawinnen und Jugoslawen (mit 3,0 %) das Berufsgrundschuljahr in stärkerem Maße, als dem durchschnittlichen Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler in diesem Bildungsgang (2,4 %) an der gesamten ausländischen Schülerschaft entsprach.

Berufsfachschule

Die Berufsfachschule umfaßt i. d. R. vollzeitschulische Ausbildungsgänge, die als Eingangsvoraussetzung je nach Fachklasse den Hauptschulabschluß, die Fachoberschulreife oder die allgemeine Hochschulreife erfordern und zumeist zwei Jahre dauern. Die an der Berufsfachschule möglichen Abschlüsse reichen von der Berufsgrundbildung über die berufliche Qualifikation bis zum Berufsabschluß. Zusätzlich kann die Fachoberschulreife und in der gymnasialen Oberstufe die Fachhochschulreife bzw. die allgemeine Hochschulreife erworben werden.[12)]

Junge Frauen frequentieren die Berufsfachschule in relativ höherem Maße als junge Männer. Von dieser Regel machen auch die jungen Ausländerinnen keine Ausnahme. Im Schuljahr 1994/95 waren im statistischen Mittel von jeweils 100 ausländischen Schülern 56 weiblichen Geschlechts. Das war der bislang niedrigste Frauenanteil; bis einschließlich 1992 hatte er noch in jedem Schuljahr über 60 % ausgemacht.

Im Betrachtungszeitraum 1980 – 1994 hat sich die Anzahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler an der Berufsfachschule von Jahr zu Jahr erhöht. So war im Schuljahr 1994/95 die betreffende Schülerschar von 8 373 Ausländerinnen und Ausländern 3,4mal so groß wie im Jahre 1980, obwohl die Gesamtpopulation der Berufsfachschülerinnen und -schüler seit 1984 rückläufig ist. Die wachsende Vorliebe ausländischer Jugendlicher für die Bildungsgänge

12) Detailliertere Informationen (Aufgabe und Ziel, Organisation und Aufnahmevoraussetzungen, Unterricht, Abschluß und Berechtigungen) über die diversen Formen und Typen der Berufsfachschule können z. B. der Broschüre des Kultusministeriums Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) „Die Sekundarstufe II", Düsseldorf 1994, S. 9 ff. entnommen werden.

der Berufsfachschule[13] zeigt sich in dem von Jahr zu Jahr größer werdenden Berufsfachschüleranteil an der ausländischen Schülerpopulation. So besuchten im Schuljahr 1994/95 16,2 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen diese Schulform; 1980 waren es erst 8,7 % gewesen. Aus dem vorgenannten Grunde und wegen der abnehmenden Anzahl deutscher Berufsfachschülerinnen und -schüler kletterte im selben Zeitraum die Ausländerquote in dieser Schulform von 2,4 % auf 13,1 %.

Auch neu aus dem Ausland zugezogene Schülerinnen und Schüler entscheiden sich für diese Schulform: 1994 traten 14,0 % der 329 vorgenannten „Newcomer" in die Berufsfachschule als erste deutsche Schule ein. In den Jahren 1989 – 1993 bewegte sich der betreffende Anteilswert zwischen 4,6 % (1992) und 9,8 % (1990).

Unter den ausländischen Berufsfachschülerinnen und -schülern bildeten die Türkinnen und Türken die stärkste Gruppe, die im vergangenen Schuljahr 4 119 Schülerinnen und Schüler umfaßte, was einem Anteil von 49,2 % entsprach. Hierunter waren 54,6 % weiblichen Geschlechts. Dennoch waren damit türkische Jugendliche sowohl bezüglich des Nationalitäts- als auch des Frauenanteils in dieser Schulform unterrepräsentiert, sofern der Anteil der Türkinnen und Türken an der ausländischen Schülerschaft der berufsbildenden Schulen (52,5 %) bzw. der Frauenanteil unter den ausländischen Berufsfachschülern (56,2 %) auch für diese Schulform als Orientierungs- oder Richtwert betrachtet werden. Von den (ehemaligen) Anwerbeländern folgten als anzahlmäßig nächststärkste: (Ex-)Jugolawien (12,1 %, 58,7 % Frauen), Italien (7,1 %, 61,1 % Frauen), Griechenland (5,1 %, 56,7 % Frauen), Spanien (3,8 %, 61,8 % Frauen), Marokko/Tunesien (3,6 %, 51,2 % Frauen) und Portugal (2,9 %, 59,9 % Frauen). Jede(r) fünfte portugiesische oder spanische Jugendliche an den berufsbildenden Schulen besuchte die Berufsfachschule. Des weiteren war jede(r) sechste Jugendliche der marokkanisch-tunesischen oder der (ex-)jugoslawischen Sammelgruppe sowie der griechischen Schülerschaft und ferner jede(r) siebte der türkischen oder italienischen Jugendlichen in dieser Schulform zu finden.

Fachoberschule

Aufgabe und Ziel der Fachoberschule ist es, ihren Schülerinnen und Schülern eine erweiterte Allgemeinbildung sowie eine vertiefte berufliche Fachbildung zu vermitteln und sie zum Studium an einer Fachhochschule zu befähigen. Dazu bietet die Fachoberschule zwei alternative Bildungsgänge an:

1. einen zwei Jahre dauernden, zweiklassigen Bildungsgang (Klasse 11 und 12), der unmittelbar im Anschluß an eine Schule der Sekundarstufe I besucht werden kann,
2. einen einklassigen Bildungsgang (Klasse 12 B) für Schülerinnen und Schüler, die bereits über eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine mehrjährige Berufserfahrung verfügen oder in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen. In Vollzeitform dauert dieser Bildungsgang ein Jahr, in Teilzeitform zwei Jahre.[14]

Die Entwicklung der ausländischen Schülerpopulation der Fachoberschule verlief im Betrachtungszeitraum in zwei Zyklen. Die Scheitelpunkte dieser Zyklen lagen im Jahre 1982 (1 239 Schülerinnenn und Schüler) bzw. 1989 (1 152 Schülerinnen und Schüler). Dazwischen erreichte der Schülerbestand 1984 mit 963 Fachoberschülerinnen und -schülern einen Tiefpunkt, der das Ende des ersten und den Beginn des zweiten Zyklus markierte. Nach dem Zwischenhoch von 1991 (1 100 Schülerinnen und Schüler) nahm die Schülerzahl von Jahr zu Jahr ab. Im Schuljahr 1994/95 besuchten gerade noch 992 Schülerinnen und Schüler oder 1,9 % der jungen Ausländerinnen und Ausländer an berufsbildenden Schulen die Fachoberschule. (Bei den deutschen Schülerinnen und Schülern waren es 3,4 %.) Erstmals waren damit die Fachoberschüler die relativ kleinste Gruppe unter den ausländischen Schülerinnen und Schülern im berufsbildenden Bereich. Da aber bei dieser Schulform in den letzten Jahren die Zahl der deutschen Schülerinnen und Schüler (ggf. sogar stärker als die der nichtdeutschen) zurückgegangen ist, ist die Ausländerquote dennoch weiter gestiegen. Sie hat im Schuljahr 1994/95 mit 7,3 % (1980: 2,8 %) einen neuen Höchststand erreicht.

Auch an der Fachoberschule bildeten im Schuljahr 1994/95 die türkischen Schülerinnen und Schüler mit 46,9 % die zahlenmäßig stärkste Schülernation. Sie waren damit aber in bezug auf ihren Anteil an der Schülerschaft der berufsbildenden Schulen hier unterproportional vertreten. Ebenfalls unterrepräsentiert war mit 9,9 % die zweitstärkste Nationalitätengruppe, die der (Ex-)Jugoslawinnen und Jugoslawen. An dritter Stelle folgte bereits die nicht aus einem der (ehemaligen) Anwerbeländer stammende Schülerschaft aus dem Iran mit 7,1 %. Danach kamen die Italienerinnen und Italiener (6,8 %), die Gruppe der sonstigen asiatischen Staatsangehörigen (4,5 %) und die Jugendlichen aus Griechenland (3,5 %), Spanien (3,4 %), Portugal (2,9 %) und Marok-

13) Der Berufsfachschule kommt bei erfolgloser Suche nach einem Ausbildungsplatz eine wichtige Funktion als „Auffangschule" zur Überbrückung von Wartezeiten (sog. „Warteschleife") zu. Inwieweit dieser Grund die Wahl der Schulform – insbesondere der jungen Ausländer – beeinflußt hat, dazu ist aufgrund der amtlichen Schuldaten keine gesicherte, quantitative Aussage möglich.

14) Näheres dazu siehe Kultusministerium Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), a.a.O., S. 14.

ko/Tunesien (2,7 %). Mit Ausnahme von Spanien und Portugal waren somit alle (ehemaligen) Anwerbeländer in der Fachoberschule unterproportional im obigen Sinne vertreten. Zusammen brachten es die Jugendlichen mit Herkunft aus einem der früheren Anwerbeländer auf einen Anteil von 76,1 % an den ausländischen Fachoberschülerinnen und -schülern, der damit um genau 10 Prozentpunkte hinter dem allgemeinen Anteil dieser Nationen an den ausländischen Schülerinnen und Schülern der berufsbildenden Schulen zurückblieb. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Fachoberschüler-Anteilen an den jeweiligen Nationalitätengruppen der berufsbildenden Schulen: Fachoberschülerinnen und -schüler aus Portugal und Spanien hatten demnach mit 2,4 % bzw. 2,1 % ein gewisses Faible für diese Schulform, während die Schülerinnen und Schüler der übrigen (ehemaligen) Anwerbeländer nur unterdurchschnittlich (d. h. zu weniger als 1,9 %) an ihr interessiert waren. (Die betreffenden Anteile streuten zwischen 1,3 % bei den griechischen und 1,7 % jeweils bei türkischen und italienischen Schülerinnen und Schülern.)

Fachschule

Die Fachschule dient primär der beruflichen Weiterbildung. Sie vermittelt eine erweiterte und vertiefte Fachbildung und führt zu einer beruflichen Qualifikation, die zum Aufstieg in mittlere und gehobene Positionen in Technik, Wirtschaft und Gesellschaft befähigt. Voraussetzungen für den Besuch der Fachschule sind i. d. R. eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie eine mehrjährige Berufspraxis. Die Fachschule wird im allgemeinen sowohl in Vollzeitform (als Tagesschule) als auch in Teilzeitform (als Abendschule) durchgeführt. Die Dauer der Bildungsgänge beträgt ein bis drei Jahre in der Vollzeit-/Tagesform und doppelt so lange in Teilzeit-/Abendform.

Im Betrachtungszeitraum verlief die Expansion der Fachschüler-Gesamtpopulation in zwei Wachstumszyklen. Der erste Scheitelpunkt wurde 1982 mit 15 916 Schülerinnen und Schülern erreicht. Bei der ausländischen Teilpopulation war dieses Ereignis mit 367 Schülerinnen und Schülern bereits ein Jahr früher eingetreten. Die auf den anschließenden Abschwung folgende Talsohle mit 14 624 Schülerinnen und Schülern (darunter 291 Ausländerinnen und Ausländer) durchschritt die Gesamtpopulation 1983 und damit ein Jahr früher als die ausländische Teilpopulation, die 1984 219 Schülerinnen und Schüler umfaßte. Seither expandiert die ausländische Schülerpopulation von Jahr zu Jahr kontinuierlich. Gleiches gilt für die Gesamtpopulation, die aber 1993 überraschend einen leichten Rückgang um 1,6 % gegenüber dem Vorjahreswert hinnehmen mußte. Im Schuljahr 1994/95 drückten 41 254 Jugendliche und Erwachsene (darunter 1 364 Ausländerinnen und Ausländer) die Schulbänke der Fachschule. Die starke Steigerung der Fachschülerzahl des Schuljahres 1994/95 gegenüber 1993/94 um insgesamt 39,3 % bzw. bei den ausländischen Schülerinnen und Schülern um 58,2 % war vor allem methodisch bedingt: Die Fachschule für Sozialpädagogik[15], die bis zum Schuljahr 1993/94 (einschließlich) – trotz der Bezeichnung „Fachschule" – statistisch unter die Schulform „Berufsfachschule" subsumiert wurde, wird seit dem Schuljahr 1994/95 als „Fachschule" gezählt. Diese methodische Änderung trug auch hauptsächlich mit dazu bei, daß der Anteil der Fachschülerinnen und -schüler an der ausländischen Schülerschaft der berufsbildenden Schulen von einem Schuljahr zum anderen um einen Prozentpunkt auf 2,6 %[16] gestiegen ist; desgleichen erhöhte sich die Ausländerquote für diese Schulform von 2,9 % auf 3,3 %. Nachdem erst im Jahre 1991 die Ausländerquote an der Fachschule den Stand von 1980 (2,4 %) wieder erreicht hatte, nimmt sie seither von Jahr zu Jahr zu. Das zwischenzeitliche Absinken der Ausländerquote sogar in Jahren mit steigenden ausländischen Schülerzahlen erklärt sich mit der relativ stärkeren Zunahme der deutschen Schülerpopulation in dieser Schulform.

In den von den ausländischen weiterbildungswilligen Männern und Frauen besuchten Fachschultypen spiegelte sich das traditionelle Rollenverständnis der Geschlechter wider: Männer dominierten in der Fachschule für Technik (617 Männer = 97,0 %) und in der Fachschule für Informatik (10 Schüler, alles Männer). In der Fachschule für Wirtschaft war das Geschlechterverhältnis mit 79 Männern zu 78 Frauen ausgeglichen. Bei der Fachschule für Sozial- und Gesundheitswesen waren 91,6 % der insgesamt 535, bei der Fachschule für Ernährung und Hauswirtschaft zehn der insgesamt elf und bei der Fachschule für Mode acht der insgesamt zehn Weiterbildungswilligen Frauen.[17] Generell kamen im Schuljahr 1994/95 bei der ausländischen Fachschülerpopulation acht Mitschülerinnen auf zehn Mitschüler. Der Typ „Fachschule für Sozial- und Gesundheitswesen" gewann durch die oben beschriebene methodische „Umbuchungsaktion" 471 Schülerinnen hinzu und avancierte so mit insgesamt 490 Schülerinnen zum von Frauen am meisten frequentierten Fachschultyp.

15) Der Bildungsgang vermittelt den Berufsabschluß „Staatlich anerkannter Erzieher / Staatlich anerkannte Erzieherin". Im Schuljahr 1994/95 besuchten allein 509 ausländische Schülerinnen und Schüler (darunter 471 Frauen = 92,5 %) die Fachschule für Sozialpädagogik; darunter waren 20 Frauen und 1 Mann, die eine berufsbegleitende Ausbildung absolvierten.

16) Bei den entsprechenden deutschen Schülerinnen und Schülern lag der Fachschüleranteil im Schuljahr 1994/95 bei 10,7 % (im Schuljahr 1993/94 bei 7,4 %).

17) Die Fachschule für Gestaltung bzw. für Agrarwirtschaft besuchten 3 resp. 2 Schüler, darunter 1 Frau bzw. 2 Frauen.

Von den 1 364 ausländischen Fachschülerinnen und -schülern des Schuljahres 1994/95 besaß gut jede(r) dritte (35,1 %) die türkische Staatsangehörigkeit. Türkinnen und Türken bildeten damit auch in dieser Schulform die zahlenmäßig stärkste ausländische Schülergruppe. Ihr Anteil an den ausländischen Fachschülerinnen und -schülern blieb aber hier um 17,4 Prozentpunkte hinter ihrem Anteilswert an der ausländischen Schülerschaft der berufsbildenden Schulen zurück. Von den insgesamt 181 türkischen Fachschülerinnen besuchten 146 oder 80,7 % den Typ „Fachschule für Sozialpädagogik" (d. h. wollten Erzieherinnen werden); von den insgesamt 298 türkischen Männern gingen 275 oder 92,3 % in den Typ „Fachschule für Technik".

Aus dem Kreis der weiteren (ehemaligen) Anwerbeländer folgten dann – nach ihrer relativen Häufigkeit in absteigender Rangfolge – die Schülerinnen und Schüler aus Italien (10,4 %), (Ex-)Jugoslawien (8,9 %), Griechenland (8,1 %), Spanien (5,9 %) und Portugal (3,4 %). Aus den Niederlanden, die aber nicht zur Kategorie der Anwerbeländer zählen, kamen 5,3 % der ausländischen Schülerschaft an Fachschulen. Die Sammelgruppe der Marokkaner/Tunesier (zus. 1,8 %) fand sich im Mittelfeld der Rangliste. Demnach waren an der Fachschule im Schuljahr 1994/95 die Staatsangehörigen der beiden nordafrikanischen Nationen sowie diejenigen der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien nicht den für diese Nationen an berufsbildenden Schulen ermittelten generellen Anteilswerten (3,4 % bzw. 11,7 %) entsprechend vertreten, während Angehörige der übrigen „klassischen Gastarbeiter-Nationen" unter der ausländischen Fachschülerpopulation i. d. S. überrepräsentiert waren.

Der Anteil der Fachschülerinnen und -schüler unter den eine berufsbildende Schule besuchenden Angehörigen der vorgenannten Nationen variierte im Schuljahr 1994/95 zwischen 1,3 % bei der Schülerschaft aus Marokko/Tunesien und 4,9 % bei der aus Spanien. Aus Griechenland (4,1 %), Portugal (3,9 %) und Italien (3,5 %) kam ebenfalls ein größerer Anteil an Fachschülerinnen und -schülern, als ihrem Anteilswert über alle ausländischen Nationen hinweg (2,6 %) entsprach. Diesen Wert erreichte der Fachschüleranteil unter türkischen (1,8 %) und (ex-)jugoslawischen Schülerinnen und Schülern (2,0 %) nicht.

Erreichte Schulabschlüsse 1994

19 918 ausländische Schülerinnen und Schüler (darunter 8 856 Schülerinnen = 44,5 %) beendeten im Jahre 1994 einen der diversen Bildungsgänge, die an den berufsbildenden Schulen Nordrhein-Westfalens angeboten wurden. Ohne den angestrebten Abschluß blieben 7 318 junge Ausländerinnen und Ausländer; das entspricht einer Mißerfolgs- oder Durchfallquote von 36,7 %. (Zum Vergleich: Nicht erfolgreich waren 18,9 % aller bzw. 16,5 % der deutschen Abgängerinnen und Abgänger.) Insgesamt gesehen hatten die ausländischen Frauen etwas mehr schulischen Erfolg als die ausländischen Männer: 64,0 % der Schülerinnen und 62,7 % der Schüler schafften es, den jeweiligen Bildungsgang mit Erfolg abzuschließen. (Bei den deutschen Schülerinnen und Schülern machten die entsprechenden geschlechtsspezifischen Erfolgsquoten 84,0 % bzw. 83,1 % aus.)

Die Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr schlossen 636 junge Ausländerinnen und Ausländer (darunter 193 Frauen) erfolgreich ab, das bedeutet eine Erfolgsquote von 61,7 %. Die Schüler reüssierten hier stärker (zu 64,3 %) als die Schülerinnen (zu 56,6 %). (Zum Vergleich: Von den deutschen Schülern beendeten 66,2 % die Vorklasse mit Erfolg, von den Schülerinnen 54,9 %; das ergab zusammen eine Erfolgsquote von 61,3 %.)

Von den 890 Abgängerinnen und Abgängern nichtdeutscher Nationalität des Berufsgrundschuljahres konnte 31,9 % leider kein Abschluß zuerkannt werden, wobei die jungen Frauen mit 33,8 % um 3,3 Prozentpunkte schlechter abschnitten als die Männer. (Von den deutschen Schülerinnen und Schülern blieben 27,7 % der Männer und 24,4 % der Frauen – zusammen 26,0 % – ohne Erfolg.) Ein Drittel der jungen Ausländerinnen und Ausländer erhielt den Erwerb von Berufsgrundbildung im Sinne der Anrechnungsverordnung[18] (ohne einen zusätzlichen allgemeinbildenden Abschluß) testiert. (Von den deutschen Schülerinnen und Schülern waren es 43,2 %.) Berufsgrundbildung und den Hauptschulabschluß erwarben 18,3 % der ausländischen, aber nur 6,7 % der deutschen Abgängerinnen und Abgänger. 7,8 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler schafften zusätzlich zum Erwerb von Berufsgrundbildung den Sekundarabschluß I – Hauptschulabschluß nach Klasse 10 –, 8,1 % den Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife –. (Von den deutschen Schülerinnen und Schülern schlossen 9,7 % bzw. 14,3 % so das Berufsgrundschuljahr ab.) 40,1 % der ausländischen Schülerinnen, aber nur 29,7 % der ausländischen Schüler erreichten eine der drei vorgenannten „Doppelqualifikationen" (Berufsgrundbildung und allgemeinbildenden Abschluß). (Die entsprechenden Anteile für die deutsche Schülerpopulation betrugen 32,8 % bei den Frauen bzw. 28,6 % bei den Männern.)

18) Das bedeutet: Das Berufsgrundschuljahr kann auf eine spätere Berufsausbildung angerechnet werden, wenn der Ausbildungsberuf aus dem entsprechenden Berufsfeld des Berufsgrundschuljahres gewählt wird.

Ausländische und deutsche Abgängerinnen und Abgänger der berufsbildenden Schulen 1994 nach Schulformen und Abschlußarten

Abschlußart	Schulabgänger/-innen						
	ins-gesamt	davon					
		Ausländer/-innen			Deutsche		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr (BV)							
Ohne Abschluß	837	394	246	148	443	221	222
Abschlußzeugnis	1 338	636	443	193	702	432	270
Zusammen	2 175	1 030	689	341	1 145	653	492
Berufsgrundschuljahr (BG)							
Ohne Abschluß	1 059	284	155	129	775	398	377
Berufsgrundbildung (im Sinne der Anrechnungsverordnung)	1 590	302	202	100	1 288	628	660
Berufsgrundbildung und Hauptschulabschluß	363	163	79	84	200	99	101
Berufsgrundbildung und Sekundarabschluß I – Hauptschulabschluß nach Klasse 10 –	358	69	30	39	289	107	182
Berufsgrundbildung und Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife –	499	72	42	30	427	204	223
Zusammen	3 869	890	508	382	2 979	1 436	1 543
Berufsschule (ohne BV und BG)							
Ohne Berufsschulabschluß	23 029	5 666	3 246	2 420	17 363	9 893	7 470
Berufsschulabschluß	83 700	7 766	4 399	3 367	75 934	40 855	35 079
Berufsschulabschluß und Hauptschulabschluß	1 763	324	220	104	1 439	1 029	410
Berufsschulabschluß und Sekundarabschluß I – Hauptschulabschluß nach Klasse 10 –	2 208	349	213	136	1 859	1 306	553
Berufsschulabschluß und Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife –	2 450	161	76	85	2 289	1 093	1 196
Zusammen	113 150	14 266	8 154	6 112	98 884	54 176	44 708
Berufsfachschule							
Ohne Abschluß	4 317	777	342	435	3 540	1 377	2 163
Berufsgrundbildung	1 755	157	31	126	1 598	184	1 414
Berufsgrundbildung und Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife ohne Qual.-Vermerk –	1 961	315	121	194	1 646	550	1 096
Berufsgrundbildung und Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife mit Qual.-Vermerk –	836	93	26	67	743	197	546
berufliche Kenntnisse	1 010	68	29	39	942	361	581
berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife (schulischer Teil)	9 315	1 004	424	580	8 311	3 771	4 540
berufliche Kenntnisse und Hochschulreife für das Land NRW	66	6	4	2	60	39	21
berufliche Kenntnisse und Hochschulreife	1 439	86	40	46	1 353	811	542
Berufsabschluß	2 549	189	24	165	2 360	335	2 025
Berufsabschluß und Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife ohne Qual.-Vermerk –	8	1	1	–	7	5	2
Berufsabschluß und Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife mit Qual.-Vermerk –	–	–	–	–	–	–	–
Berufsabschluß und Fachhochschulreife	1 311	130	57	73	1 181	607	574
Zusammen	24 567	2 826	1 099	1 727	21 741	8 237	13 504
Fachoberschule							
Ohne Abschluß	1 329	146	105	41	1 183	774	409
Fachhochschulreife	7 475	371	257	114	7 104	4 537	2 567
Zusammen	8 804	517	362	155	8 287	5 311	2 976
Fachschule							
Ohne Abschluß	1 111	51	33	18	1 060	625	435
Fachschulabschluß	12 641	311	194	117	12 330	7 183	5 147
Fachschulabschluß und Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife –	1 046	24	20	4	1 022	787	235
Fachschulabschluß und Fachhochschulreife	84	3	3	–	81	73	8
Zusammen	14 882	389	250	139	14 493	8 668	5 825
berufsbildende Schulen							
Insgesamt	**167 447**	**19 918**	**11 062**	**8 856**	**147 529**	**78 481**	**69 048**

Mit Erfolg[19] beendeten 60,3 % der 14 266 nichtdeutschen und 82,4 % der 98 884 deutschen Abgängerinnen und Abgänger die (Teilzeit-) Berufsschule. Bei den erfolglosen ausländischen Schülerinnen und Schülern waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede mit 39,8 % Abgängern bzw. mit 39,6 % Abgängerinnen ohne Berufsschulabschluß äußerst gering (bei den deutschen Schülerinnen und Schülern zum Vergleich: 16,7 % bzw. 18,3 %). 54,4 % der ausländischen Abgängerinnen und Abgänger schlossen den Bildungsgang nur mit dem Berufsschulabschluß ab. 2,3 % holten gleichzeitig den Hauptschulabschluß nach, und 2,4 % erwarben bei dieser Gelegenheit den Hauptschulabschluß nach Klasse 10 bzw. 1,1 % die Fachoberschulreife. Diese Anteilswerte wurden von denen der deutschen Schülerpopulation nur bei den Abgangsarten „Berufsschulabschluß" und „Berufsschulabschluß und Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife – " (2,3 %) übertroffen. Von den 1 728 ausländischen Berufsschulabgängerinnen und -abgängern, die weder in einem Ausbildungs- noch in einem Arbeitsverhältnis gestanden hatten, d. h. nicht erwerbstätig gewesen waren, bekamen nur 11,0 % den Berufsschulabschluß zuerkannt. Von den 555 Schülerinnen dieser Kategorie erhielten nur 8,8 % ein entsprechendes Zeugnis. Fast ebenso deprimierend war die Bilanz bei den Jungarbeitern und -arbeiterinnen: Nur 15,5 % der 2 446 nichtdeutschen und 21,1 % der 6 779 deutschen Schulabgängerinnen und -abgänger schlossen die Berufsschule mit Erfolg ab. Die Erfolgsquoten der entsprechenden Frauengruppen betrugen 15,1 % bzw. 24,5 %. Im Gegensatz zu den erstgenannten, nichterwerbstätigen Jugendlichen, von denen keine(r) neben dem Berufsschulabschluß einen zusätzlichen allgemeinbildenden Abschluß erreichte, erhielt von den Abgängerinnen und Abgängern mit Arbeitsvertrag – neben zwei deutschen Schülerinnen und einem deutschen Schüler – eine junge Ausländerin den Berufsschulabschluß mit dem Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife – zuerkannt.

Von der Berufsfachschule gingen 2 826 ausländische Schülerinnen und Schüler (darunter 1 727 Frauen) ab. Mehr als ein Viertel (27,5 %) davon blieben ohne Abschluß. (Die Mißerfolgsquote bei den deutschen Schülerinnen und Schülern betrug 16,3 %.) Die ausländischen Schülerinnen waren mit einer Erfolgsquote von 74,8 % deutlich erfolgreicher als ihre Mitschüler mit 68,9 %. (Fast keine Unterschiede waren dagegen bei den geschlechtsspezifischen Erfolgsquoten der deutschen Schülerinnen und Schüler mit 84,0 % bzw. 83,3 % zu verzeichnen.) Der relativ größte Teil der nichtdeutschen Schülerinnen und Schüler (35,5 %) ebenso wie der deutschen Schülerinnen und Schüler (38,2 %) verließ die Berufsfachschule mit einem Zeugnis, das den Erwerb beruflicher Kenntnisse und des schulischen Teils der Fachhochschulreife bescheinigte. An zweiter Stelle folgte mit 11,1 % die Gruppe der ausländischen Abgängerinnen und Abgänger, die Berufsgrundbildung und den Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife ohne Qualifikationsvermerk – erworben hatten. 6,7 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler hatten einen Berufsabschluß an der Berufsfachschule erreicht sowie weitere 5,6 % nur die Berufsgrundbildung. Ansonsten wurden alle hier nicht genannten Abschlüsse[20], die in dieser Schulform möglich sind, auch von jungen Ausländerinnen und Ausländern erzielt; allerdings hatten jeweils weniger als 5 % der ausländischen Berufsfachschulabgängerinnen und -abgänger ein solches Abschlußzeugnis in der Tasche.

Mit der Fachhochschulreife verließen 71,8 % der 517 ausländischen Abgängerinnen und Abgänger die Fachoberschule. Der Rest (28,2 %) erreichte nicht das Ziel des Bildungsgangs, d. h. blieb ohne den angestrebten Abschluß. (Auch 14,3 % der 8 287 deutschen Fachoberschulabgängerinnen und -abgänger konnte die Fachhochschulreife nicht zuerkannt werden.) Die ausländischen Schülerinnen waren ebenso wie die deutschen schulisch ein wenig erfolgreicher als ihre Mitschüler: Ihre Erfolgsquoten von 73,5 % bzw. 86,3 % lagen um 2,5 bzw. 0,9 Prozentpunkte über denen der entsprechenden männlichen Abgängergruppe.

Unter den 14 882 Fachschulabgängerinnen und -abgängern waren 389 Ausländerinnen und Ausländer (2,6 %), von denen 86,9 % die Fachschule mit Erfolg abschlossen. Für die ausländischen Fachschülerinnen betrug die Erfolgsquote 87,1 %; sie war damit um 0,3 Prozentpunkte höher als die der ausländischen Männer. (Die Erfolgsquote der deutschen Schülerschaft lag bei 92,7 %; die Männer waren hier mit 92,8 % um 0,3 Prozentpunkte erfolgreicher als die Frauen.) Die Masse der ausländischen Schülerinnen und Schüler (79,9 %) hatte – ebenso wie die der deutschen Schülerinnen und Schüler (85,1 %) – nur den Fachschulabschluß angestrebt und geschafft. 6,2 % erwarben aber noch zusätzlich den Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife – bzw. 3 ausländische Schüler sogar die Fachhochschulreife.

Ausblick

An den Schulen der allgemeinen Ausbildung wächst die ausländische Schülerpopulation seit 1986 wieder von Jahr zu Jahr. Sie umfaßte im

19) Der Berufsschulabschluß wird unabhängig von der Abschlußprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf (§§ 34 ff. BBiG, §§ 31 ff. HWO) zuerkannt, wenn die schulischen Leistungen den Anforderungen entsprechen.

20) Ausnahme: Die Abschlußart „Berufsabschluß und Sekundarabschluß I – Fachoberschulreife mit Qualifikationsvermerk –" wurde von keinem Abgänger erworben.

Herbst 1994 285 340 Schülerinnen und Schüler. Auch die Zahl der ausländischen Erstkläßlerinnen und Erstkläßler steigt jährlich weiter an. So begann für 32 081 ausländische Schulanfängerinnen und -anfänger mit dem Schuljahr 1994/95 der Ernst des Lebens; das waren 5,9 % mehr als im Schuljahr zuvor oder 30,1 % mehr als im Schuljahr 1990/91. Im entsprechenden Alter wird der überwiegende Teil dieser Schülerinnen und Schüler in die berufsbildenden Schulen hinüberwechseln. Das Kultusministerium[21] – jetzt in „Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW)" umbenannt – geht in seiner Prognose von 1995 davon aus, daß ab dem Schuljahr 1996/97 die Schülergesamtpopulation der berufsbildenden Schulen wieder von Jahr zu Jahr zunehmen wird, bis sie im Schuljahr 2009/10 mit 511 210 Schülerinnen und Schülern ein Maximum erreichen und danach wieder zurückgehen wird. Vor allem aufgrund des Heranwachsens geburtenstärkerer Jahrgänge der deutschen Bevölkerung (Geburtsjahrgang 1980 und jünger) werden die Schülerbestände expandieren.

Abschließend sei noch eine Schätzung zur zahlenmäßigen Stärke der ausländischen Schülerpopulation an den berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 1996/97 abgegeben: Aufgrund einer Ausländerquote von 12,2 % – das ist die in den Schuljahren 1994/95 und 1995/96 realisierte Quote – und des in der angegebenen Veröffentlichung des Kultusministeriums für das fragliche Schuljahr aufgeführten Prognosewertes von insgesamt 421 170 Schülerinnen und Schülern wäre mit ca. 51 380 nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern zu rechnen. Vermutlich wird aber der wahre Wert näher bei 50 000 als bei 51 000 liegen. Da in den nächsten Jahren – unter sonst gleichen Bedingungen – die alterstypische Gruppe der nichtdeutschen 17- bis unter 22jährigen zahlenmäßig leicht abnehmen bzw. stagnieren wird, dürfte die ausländische Schülerpopulation an den berufsbildenden Schulen mittelfristig rd. 50 000 Personen umfassen. ■

21) Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Vorausberechnungen der Schülerzahlen bis zum Jahre 2020 (Basis: Schuljahr 1994/95), Statistische Übersicht Nr. 270/I, Düsseldorf 1995, Tabelle 3.1.

Industrieproduktion im Juni 1996

Die Produktion der nordrhein-westfälischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) war im Juni dieses Jahres um 2 % höher als ein Jahr zuvor. Die Entwicklung innerhalb der einzelnen Hauptgruppen war jedoch sehr unterschiedlich: Einer zweistelligen Steigerung bei den Investitionsgüterproduzenten (+12 %) und einer Zunahme bei den Gebrauchsgüterproduzenten (+3 %) stand ein Rückgang bei den Verbrauchsgüterproduzenten (−7 %) gegenüber. Der Produktionsausstoß bei den Vorleistungsgüterproduzenten blieb dagegen in etwa auf Vorjahresniveau.

Auftragseingänge der Industrie im Juni 1996

Die Auftragseingänge der nordrhein-westfälischen Industrie waren im Juni 1996 preisbereinigt um 6 % niedriger als vor Jahresfrist. Wie auch in den Vormonaten konnte bei den Inlandsbestellungen das Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats nicht erreicht werden (−8 %). Bei den Auslandsbestellungen (−2 %) fiel der Rückgang demgegenüber moderater aus.

Bei den Gebrauchsgüterproduzenten führte eine verminderte Nachfrage aus dem Inland (−8 %) und dem Ausland (−19 %) zu einem Gesamtrückgang um 11 %. Auch das Auftragsminus bei den Vorleistungsgüterproduzenten (−5 %) beruht auf gesunkenen Inlands- (−6 %) und Auslandsorders (−4 %). Bei den Investitionsgüterproduzenten (−3 %) konnten Rückgänge aus dem Inland (−9 %) durch ein Auftragsplus bei den Auslandsbestellungen (+6 %) abgeschwächt werden. Allein die Verbrauchsgüterproduzenten (+5 %) konnten eine Zunahme der Orders sowohl aus dem Inland (+6 %) als auch aus dem Ausland (+4 %) verzeichnen.

Milcherzeugung im ersten Halbjahr 1996

Die rund 468 000 nordrhein-westfälischen Milchkühe gaben im ersten Halbjahr zusammen gut 1,4 Milliarden Liter Milch. Anhand vorläufiger Ergebnisse belief sich die Milcherzeugung pro Kuh und Tag rein rechnerisch auf 16,8 Liter; in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres hatte dieser Wert noch bei 17,0 Litern gelegen. Insgesamt lag die im ersten Halbjahr 1996 in NRW produzierte Milchmenge um 2,7 % unter der des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Die durchschnittliche „Milcherzeugung" einer Kuh war mit 3 066 Kilogramm um 0,6 % oder 18 Kilogramm niedriger als 1995.

Preisindex für die Lebenshaltung im Juli 1996

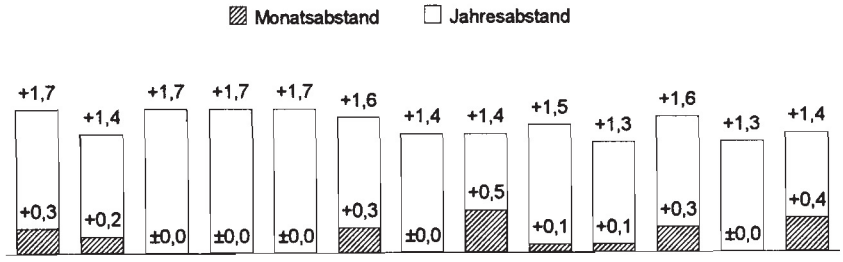
Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte Juli/Mitte Juni) um +0,4 % auf 114,1 Punkte gestiegen (Basis 1991 = 100); gegenüber dem **Vorjahr** (Juli 1995) beträgt die Indexveränderung +1,4 %. Im Juni hatte die Teuerungsrate bei +1,3 % gelegen, nach +1,6 % im Mai d. J.

Der deutliche Anstieg des Preisniveaus gegenüber Juni wurde vor allem dadurch verursacht, daß sich Pauschalreisen sowie Leistungen des Beherbergungsgewerbes z. T. kräftig verteuerten; auch Wohnungsmieten und Preise für Gesundheitsdienstleistungen zogen wieder spürbar an. Stabil blieben dagegen die Preise für Nahrungsmittel sowie für Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung; Kraftstoffe (Benzin, Diesel), Telefongebühren, Bekleidung sowie Unterhaltungs- und Filmgeräte wurden sogar billiger. – Im Jahresabstand wirkten sich die Preissteigerungen für Wohnungsnutzung sowie für Mineralölprodukte und Dienstleistungen am stärksten aus.

Für die ersten sieben Monate 1996 errechnet sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +1,4 % (Januar bis Juli 1995/94: +1,9 %).

Für Vier-Personen-Haushalte mit **mittlerem Einkommen** betrug die Indexveränderung gegenüber dem Vormonat +0,4 % (auf 114,3 Punkte) und in Jahresfrist +1,3 %, für 4-Personen-Haushalte mit **höherem Einkommen** (auf 114,6 Punkte) +0,4 % bzw. +1,6 % und für 2-Personen-Haushalte mit **geringem Einkommen** (auf 114,8 Punkte) +0,3 % bzw. +1,1 %.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW
(Basis 1991 = 100)
– Veränderungen in Prozent –



Neu eingestellte Auszubildende im Jahr 1995

Gut 20 % der 112 904 im Jahr 1995 neu eingestellten Auszubildenden besaßen die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife. Der größte Teil dieser (Fach-)Abiturientinnen und Abiturienten fand einen Ausbildungsplatz im Ausbildungsbereich „Industrie, Handel, Banken, Versicherungen sowie im Gast- und Verkehrsgewerbe". Wie die Tabelle zeigt, waren angehende Industrie- und Bankkaufleute unter den Abiturienten am häufigsten.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Zahl der Azubis mit (Fach-)Abitur in Relation zu der Gesamtzahl der Azubis für einen bestimmten Ausbildungsberuf setzt. Am höchsten ist diese „Abiturientenquote" bei den angehenden Luftverkehrskaufleuten, gefolgt von den Werbekaufleuten.

Ausbildungsberuf	Ausbildungsbereich[1]	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag		
		insgesamt	darunter mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife	
		Anzahl		%
die zehn von Abiturienten am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe 1995				
Industriekaufmann/-frau	IH	5 861	3 450	58,9
Bankkaufmann/-frau	IH	3 869	3 005	77,7
Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel	IH	4 412	2 081	47,2
Fachgehilfe/-gehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen	FB	1 853	1 430	77,2
Bürokaufmann/-frau	IH	3 763	1 234	32,8
Versicherungskaufmann/-frau	IH	1 088	698	64,2
Hotellfachmann/-frau	IH	1 540	570	37,0
Bauzeichner/-in	IH	1 159	569	49,1
Sozialversicherungsfachangestellter/ -angestellte	ÖD	821	564	68,7
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	IH	4 833	551	11,4
die zehn am stärksten mit Abiturienten besetzten Ausbildungsberufe 1995				
Luftverkehrskaufmann/-frau	IH	31	31	100,0
Werbekaufmann/-frau	IH	237	214	90,3
Mathematisch-technische(r) Assistent/-in	IH	145	129	89,0
Verlagskaufmann/-frau	IH	149	125	83,9
Buchhändler/-in	IH	269	216	80,3
Bankkaufmann/-frau	IH	3 869	3 005	77,7
Fachgehilfe/-gehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen	FB	1 853	1 430	77,2
Film- und Videolaborant/-in	IH	34	26	76,5
Kaufmann/-frau in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft	IH	331	250	75,5
Werbevorlagenhersteller/-in	IH	88	66	75,0

1) Abkürzungen: IH = Industrie, Handel u.a., FB = Freie Berufe, ÖD = Öffentlicher Dienst

Dipl.-Volkswirt Manfred Majohr

Insolvenzen 1985 – 1995

Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit den Insolvenzverfahren, die in NRW von 1985 bis 1995 gerichtlich gemeldet wurden.

Die Insolvenzentwicklung dieses Zeitraums wird dargestellt in Abhängigkeit des volks- und betriebswirtschaftlichen Bedingungsrahmens sowie der Kriterien der statistischen Aufbereitung: wirtschaftliche und regionale Gliederung, Rechtsform der Schuldner, Höhe der voraussichtlichen Konkursforderungen und Alter der insolventen Unternehmen.

Zur Quantifizierung der Insolvenzgefährdung von Unternehmen werden Insolvenzrisiken berechnet und u. a. kartographisch auf Strukturregionen übertragen.

Die Insolvenzstatistik befaßt sich mit der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung von Unternehmen und sonstigen Gemeinschuldnern (vornehmlich Privatpersonen und Nachlässe), soweit sich dies in gerichtlich **beantragten Konkursverfahren** und **eröffneten Vergleichsverfahren** niederschlägt.

Außergerichtliche Vergleiche über den teilweisen Verzicht auf Forderungen oder Stundungen von Zahlungen werden in der amtlichen Insolvenzstatistik nicht erfaßt.

Die Konkurs- und Vergleichsverfahren sind rechtlich in der Konkursordnung[1] und in der Vergleichsordnung[2] geregelt.

Danach wird ein **Konkursverfahren** auf Antrag des Schuldners oder eines Gläubigers eröffnet, wenn eine Zahlungsunfähigkeit oder eine Überschuldung des Gemeinschuldners vorliegt. Zahlungsunfähigkeit liegt vor, wenn der Schuldner seinen Zahlungsverbindlichkeiten nicht nachkommen kann. Im Falle der Überschuldung sind die Verbindlichkeiten größer als das vorhandene Vermögen; übrigens der alleinige Konkursgrund beim Nachlaßkonkurs.

Es liegt dann im Ermessen des zuständigen Amtsgerichtes, den Umfang der Zahlungsunfähigkeit oder der Überschuldung abzuschätzen und danach das **beantragte Konkursverfahren zu eröffnen oder aber mangels Masse abzulehnen.** Letzteres geschieht dann, wenn nach Abschätzung des Gerichtes die Konkursmasse nicht einmal ausreicht, die Kosten des Verfahrens zu decken.

Die Ablehnung eines Konkursantrages beendet im Normalfall die Existenz eines Unternehmens. Über Schuldner, deren Eröffnungsantrag abgewiesen wurde, führt das Gericht ein Verzeichnis, das jede Person einsehen kann; nach 5 Jahren ist der Name des Unternehmens zu löschen.

Das **gerichtliche Vergleichsverfahren,** das nur vom Schuldner beantragt werden kann, verfolgt den Zweck, einen drohenden Konkurs abzuwenden oder einen allmählichen Abbau des zahlungsunfähigen Unternehmens zu ermöglichen.

Für die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens ist es erforderlich, daß mindestens 35 % der Gläubigerforderungen befriedigt werden können. Bei Ablehnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens ist zugleich über die Eröffnung des Konkursverfahrens zu entscheiden; das sich anschließende Verfahren wird als **Anschlußkonkurs** bezeichnet.

Datengrundlage

Die Daten der Insolvenzstatistik gründen auf monatliche Meldungen der Amtsgerichte, die für die Konkurs- und Vergleichsverfahren zuständig sind.

Die Insolvenzstatistik ist eine sogenannte koordinierte Länderstatistik, die auf individuellen Rechtsgrundlagen der Länder beruht[3].

Die in der Insolvenzstatistik dargestellte **Anzahl der Insolvenzen** ergibt sich durch die Addition der beantragten Konkursverfahren (eröffnete und abgelehnte) und der eröffneten Vergleichsverfahren abzüglich der Anschlußkonkurse (um Doppelzählungen zu vermeiden).

Die statistische Aufbereitung der Daten zur Insolvenzstatistik erfolgt bundeseinheitlich nach der wirtschaftlichen Gliederung[4], nach den Rechtsformen der Gemeinschuldner, nach dem Alter der insolventen Unternehmen und nach der Höhe der voraussichtlichen Konkursforderungen. Regional werden in Nordrhein-Westfalen die Ergebnisse ab 1980 bis auf Kreisebene (kreisfreie Städte und Kreise) erstellt.

Ergebnisschwerpunkte

Aus der gesamten Insolvenzentwicklung der letzten elf Jahre sind im we-

1) ... vom 28. Mai 1898 (RGBl. I S. 612), letztmalig geändert in den Vorschriften über das Schuldnerverzeichnis vom 15. Juli 1994 (BGBl. I S. 1566)

2) ... vom 26. Februar 1935 (RGBl. I S. 321, Ber. S. 356), letztmalig geändert im Registerverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182)

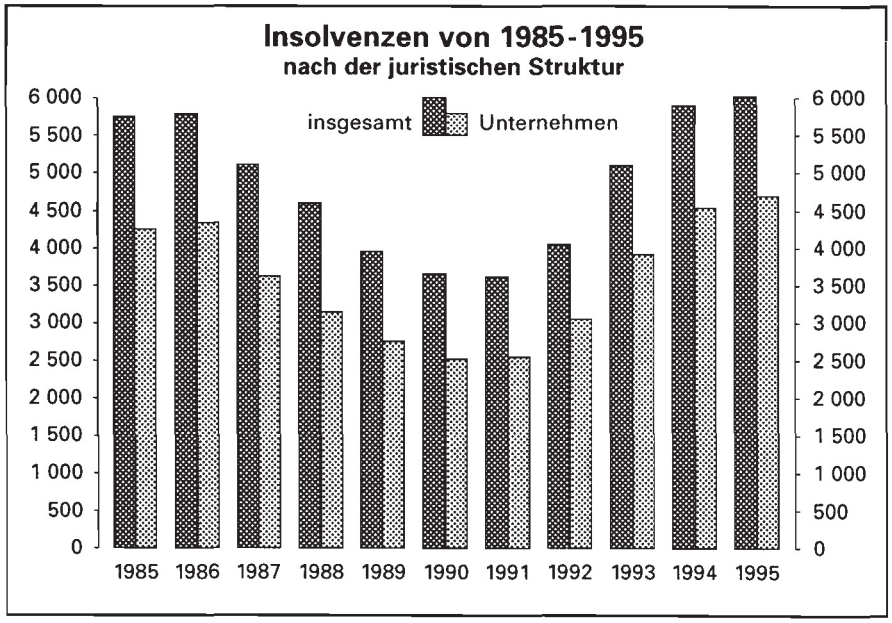
3) Rechtsgrundlage der Meldungen: Verordnung über die Konkurs- und Vergleichsstatistik vom 29. Dezember 1927 (RMBl. 1928 S. 12) und Erlaß des Justizministeriums NRW vom 6. April 1949 (V 1 – 3763 – 1).

4) Ab 1995 wird nach der Wirtschaftszweigklassifikation der Europäischen Union gegliedert. Die Gliederungsergebnisse des Jahres 1995 sind deshalb im wesentlichen nur mit vorjährigen Bereichs-Ergebnissen vergleichbar; für den Bereich Handel gilt eine noch stärker eingeschränkte Vergleichbarkeit. Vgl. auch: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1993, Stuttgart 1994.

sentlichen folgende Ergebnisschwerpunkte ableitbar:

Die Insolvenzen sind **typische Indikatoren des volkswirtschaftlichen Bedingungsrahmens**, denn die Schwankungen des Insolvenzniveaus folgen – wenn auch teilweise mit einer zeitlichen Verzögerung – der konjunkturellen Wirtschaftslage.

Die folgende Graphik zeigt eindrucksvoll die Wendepunkte der Insolvenzentwicklung:



1985/86: Hier zeigte sich die Spätwirkung des Ölpreisschocks des Jahres 1979 mit einer fast dreijährigen Rezessionsphase, die verbunden war mit vergleichsweise ungünstigen volkswirtschaftlichen Eckdaten des Jahres 1985 (u. a. Bruttoinlandsprodukt: +2 %, Inlandsnachfrage: +1 %, Bauinvestitionen: −5,9 %, privater Verbrauch: +1,7 %[5]). Die Zahl der Insolvenzen stieg 1986 auf den bis dahin höchsten Wert von 5 785.

1990/91: Als Folge der deutschen Einheit, in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs (u. a. Bruttoinlandsprodukt: +5,7 %, Inlandsnachfrage: +5,2 %, Bauinvestitionen: +4,9 %, privater Verbrauch: +5,4 % und Ausrüstungsinvestitionen: +13,2 %[5]) fiel die Gesamtzahl der Insolvenzen auf den Tiefpunkt von 3 617 im Jahre 1991; zu diesem Zeitpunkt stieg bereits, als Frühindikator der beginnenden stärksten Rezession der Nachkriegszeit, die Zahl der Unternehmenssinsolvenzen auf 2 558.

1995: Nach dem größten Rezessionsjahr 1993 (u. a. Bruttoinlandsprodukt: −1,8 %, Inlandsnachfrage: −2,5 %, Bauinvestitionen: −3,7 % und Ausrüstungsinvestitionen: −17,8 %[5]) mit der bis dahin stärksten Insolvenz-Steigerungsrate von Unternehmen in Höhe von 28,3 % (im Vergleich zum Vorjahr) stieg die Zahl der gesamten Insolvenzen im Jahre 1995 auf den bisher höchsten Nachkriegsstand von 6 018.

Auch die Insolvenzzahlen nur von Unternehmen, einschließlich der freien Berufe, variierten im dargestellten Konjunkturrhythmus. Dabei fiel der Unternehmensanteil an der Gesamtheit der Insolvenzen von 74 % (1985) auf 68,9 % (1990) und stieg dann wieder auf 78 % im Vorjahr.

Aus der zweiten Abbildung wird der Zusammenhang sichtbar, der zwischen den Veränderungsraten der wichtigen Konjunkturdaten Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigte einerseits sowie den Insolvenzen andererseits besteht.

Die juristischen Strukturdaten der Insolvenzen begründen eindrucksvoll die jahrelangen Bemühungen um eine **Reform des immer noch geltenden Insolvenzrechtes**:

Die geringe Zahl der eröffneten Vergleichsverfahren (im Jahre 1995: 25) und die hohen Anteile der mangels Masse abgelehnten Konkursverfahren (1995: 67,6 % aller beantragten Verfahren) zeigen das Ausmaß der Verhinderung einer geordneten Abwicklung der Insolvenzverfahren.

In rd. 2/3 aller beantragten Konkursverfahren war der Schuldner nicht einmal in der Lage, für die Verfahrenskosten aufzukommen, oder ein Gläubiger willens, einen dafür ausreichenden Betrag vorzuschießen.

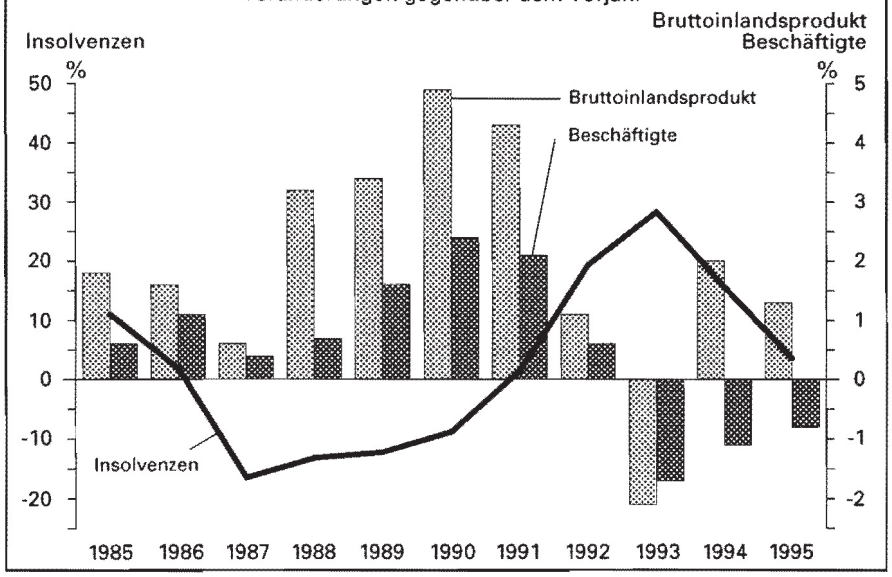
Dies bedeutet für die Gläubiger, daß sie ihre Forderungen gänzlich abschreiben müssen.

Ein wesentliches Ziel der Reformbestrebungen ist es deshalb, die Sanierungschancen der Schuldner zu verbessern, denn wie alleine aus der folgenden Tabelle ersichtlich, besteht die erwähnte Grundproblematik schon länger. Verfolgt man die Ergebnisse noch weiter zurück, stellt man fest, daß sich schon ab Ende der 70er Jahre ein Handlungsbedarf abzeichnete (rd. 57 % abgelehnte Konkursverfahren, knapp 4 % aller Insolvenzen waren Vergleichsverfahren).

5) alle Angaben für alte Bundesländer, bezogen auf das Vorjahr und in Preisen von 1991. **Vgl. hierzu**: Jahresgutachten 1995/96 des Sachverständigenrates.

Insolvenzen, Bruttoinlandsprodukt[1] und Beschäftigte[2] 1985 – 1995

– Veränderungen gegenüber dem Vorjahr –



1) in Preisen von 1991, nach Berechnungen des LDS NRW
2) nach einer Schätzung des LDS NRW, die **alle Erwerbstätigen** umfaßt

Insolvenzen von 1985 – 1995 nach der juristischen Struktur

Jahr	Insolvenzen			Beantragte Konkursverfahren				Eröffnete Vergleichsverfahren
	insgesamt[1]	davon von Unternehmen	davon von übrigen Gemeinschuldner	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	insgesamt	darunter Anschlußkonkurse	
	Anzahl	%				Anzahl		
1985	5 755	74,0	26,0	27,5	72,5	5 730	5	30
1986	5 785	75,0	25,0	26,5	73,5	5 764	5	26
1987	5 112	70,9	29,1	26,5	73,5	5 094	3	21
1988	4 600	68,4	31,6	26,6	73,4	4 590	1	11
1989	3 958	69,8	30,2	27,3	72,7	3 949	5	14
1990	3 654	68,9	31,1	27,6	72,4	3 646	1	9
1991	3 617	70,7	29,3	29,4	70,6	3 611	4	10
1992	4 048	75,4	24,6	31,0	69,0	4 043	3	8
1993	5 101	76,7	23,3	30,8	69,2	5 092	1	10
1994	5 893	76,9	23,1	28,7	71,3	5 875	1	19
1995	6 018	78,0	22,0	32,4	67,6	5 993	–	25

1) Insolvenzen = beantragte Konkursverfahren + eröffnete Vergleichsverfahren – Anschlußkonkurse

Im neuen Insolvenzrecht, das am 1. Januar 1999 in Kraft tritt, können künftig die Gläubiger entscheiden, ob sie die Sanierung des Schuldners oder die Liquidation des Unternehmens für die günstigere Form der Insolvenzabwicklung halten.

Zudem soll die Stellung der kleinen Gläubiger gestärkt werden durch die Einschränkung bestimmter bevorrechtigter Gläubigergruppen.

Weiterhin werden im neuen Gesetz sog. Verbraucherinsolvenzen und Kleinverfahren für solche natürlichen Personen eingeführt, die keine oder nur eine geringfügige selbständige wirtschaftliche Tätigkeit ausüben.

Es gibt zudem für alle natürlichen Personen die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen von der Restschuld befreit zu werden. Dahinter steht die Absicht, auch hochverschuldeten Personen künftig einen Anreiz zu geben, erwerbstätig zu werden.

Erst nach Inkrafttreten des neuen Insolvenzrechtes, das übrigens auch die bisherige Konkurs- und Vergleichsordnung sowie die Gesamtvollstreckungsordnung der neuen Bundesländer zu einem einheitlichen Gesamtrecht zusammenfaßt, wird sich zeigen, inwieweit die Einwendungen, vornehmlich zur Restschuldbefreiung, berechtigt sind. Es wird nämlich befürchtet, daß die Aussicht auf die Restschuldbefreiung zu sehr vielen Verbraucherinsolvenzen führen wird, die weniger das Ziel haben, die Gläubiger gleichmäßig zu befriedigen.

Besonders **insolvenzanfällig sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung und junge Unternehmen.**

Im Jahre 1985 waren 51 % aller insolventen Unternehmen GmbH, dieser Anteil stieg dann 1995 auf 63,5 %.

Die unter acht Jahre alten Unternehmen waren im Durchschnitt der letzten zehn Jahre zu rd. 80 % am Insolvenzgeschehen beteiligt. Wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich, variieren nicht nur die absoluten Zahlen, sondern auch die Anteile dieser Unternehmen in Abhängigkeit vom Konjunkturverlauf.

Die hohen Insolvenzzahlen der unter acht Jahre alten Unternehmen werden vornehmlich mit der **Gründungsmotivation** und mit den zu geringen **Eigenkapitalquoten** in Verbindung gebracht.

Aus Umfrageergebnissen von Banken, Industrie- und Handelskammern, Marketing-Unternehmen u. ä. Institutionen ist bekannt, daß viele Unternehmen gegründet werden, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. In diesen Fällen fehlt es dann oft an Erfahrung und Wissen (Fach-, Branchen-

Insolvenzen von Unternehmen 1985 – 1995 nach Rechtsformen und Alter

Jahr	Insolvenzen von Unternehmen					
	insgesamt	und zwar von				
		Einzelunternehmen[1]	Personengesellschaften	Gesellschaften mit beschränkter Haftung	Unternehmen, unter acht Jahre alt	Unternehmen, acht oder mehr Jahre alt
			Anzahl			
1985	4 257	1 532	534	2 174	3 246	1 011
1986	4 336	1 574	513	2 238	3 254	1 082
1987	3 627	1 241	408	1 963	2 733	854
1988	3 150	1 078	291	1 770	2 462	688
1989	2 763	1 007	231	1 514	2 190	573
1990	2 521	873	215	1 418	2 030	491
1991	2 558	844	209	1 499	2 033	525
1992	3 054	942	249	1 843	2 403	651
1993	3 917	1 287	271	2 352	3 055	862
1994	4 536	1 348	311	2 865	3 601	935
1995	4 695	1 354	348	2 983	3 562	1 133
			%			
1985	100	35,9	12,5	51,0	76,2	23,7
1986	100	36,3	11,8	51,6	75,0	25,0
1987	100	34,2	11,2	54,1	76,4	23,5
1988	100	34,2	9,2	56,1	78,1	21,8
1989	100	36,4	8,3	54,7	79,2	20,7
1990	100	34,6	8,5	56,2	80,5	19,5
1991	100	33,0	8,2	58,6	79,4	20,5
1992	100	30,8	8,1	60,3	78,6	21,3
1993	100	32,8	6,9	60,0	78,0	22,0
1994	100	29,7	6,8	63,2	79,4	20,6
1995	100	28,8	7,4	63,5	75,9	24,1

1) ins Handelsregister eingetragene Einzelunternehmen einschl. der nicht eingetragenen Unternehmen

und betriebswirtschaftliches Wissen), um das Unternehmen längerfristig zu leiten.

Zudem regen etablierte Unternehmen verstärkt ihre Mitarbeiter an, selbständig zu werden, um die Kosten des Arbeitsplatzes zu sparen. Im Grunde führt dies zu einer Scheinselbständigkeit mit der häufigen Festlegung auf einen Großkunden[6]. Hierbei sieht man sich dann oft gezwungen, allein um das Geschäftsverhältnis fortzuführen, diktierte Preise und Zahlungsbedingungen zu akzeptieren.

Geringe Eigenkapitalquoten von Unternehmen sind generell, nicht nur bei jungen Unternehmen, eine der wesentlichen Gründe der Insolvenzgefährdung. Denn das Eigenkapital hat neben der Finanzierungs- und Bonitätsfunktion auch die Aufgabe, als Insolvenzschutz zu wirken: „Das Eigenkapital trägt das Risiko im Falle des Verlustes und verringert damit als eine Art Puffer ganz wesentlich die Gefahr einer Insolvenz[7]."

Nach Untersuchungen, nicht nur des Verbandes der Vereine Creditreform, wurden insbesondere kleine Unternehmen (1 – 5 Beschäftigte) insolvent; der Anteil an der Gesamtzahl der Insolvenzen für die alten Bundesländer beträgt danach rd. 37 %[8].

Während große Unternehmen ein sehr effizientes Finanzmanagement betreiben, sind viele kleine – und teilweise auch mittlere – Unternehmen von der Aufgabe überfordert, Kundenakquisition und Umsatz sowie Finanzierung und Liquidität auszugleichen.

Die Aussagen zur Betriebsgröße insolventer Unternehmen können durch Daten aus der amtlichen Statistik nur tendenziell (und folgernd) bestätigt werden, denn bei der Erörterung zur Neugestaltung des Insolvenzrechtes wurden zwar auch die Betriebsgrößenmerkmale "Umsatz" und "Beschäftigte" diskutiert, aber letztlich nicht als neue Merkmale aufgenommen (u. a. aus Kostengründen).

Die eingangs erwähnte Insolvenzanfälligkeit der GmbH hingegen wird erklärbar, wenn man aus der Statistik der Kapitalgesellschaften, die leider nach 1993 aus Kosteneinsparungsgründen eingestellt wurde, die Verteilung der Kapitalausstattungen betrachtet: bis Ende 1993 besaßen rd. 70 % der GmbH nur das gesetzlich vorgeschriebene Mindestkapital von 50 000 DM.

Zudem handelt es sich bei den GmbH vielfach um kleine Unternehmen, denn nach der Umsatzsteuerstatistik 1992 hatten nur rd. 60 % aller GmbH einen Jahresumsatz, der über der Erfassungsgrenze von 25 000 DM lag.

Der Bezug zur Umsatzsteuerstatistik, der nachfolgend auch zur Berechnung von Insolvenzrisiken dient, bedarf einer einschränkenden Interpretationshilfe:
a) In der Insolvenzstatistik zählt jedes rechtlich selbständige Unternehmen, in der Umsatzsteuerstatistik hingegen werden nur steuerpflichtige Unternehmen erfaßt mit einem steuerbaren Umsatz von mehr als 25 000 DM (bis 1988 mehr als 20 000 DM).
b) In der Umsatzsteuerstatistik zählen auch rechtlich selbständige Unternehmen, wenn sie finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in ein

6) Vgl.: Insolvenzen und Zahlungsverhalten in der Europäischen Union 1995/96, eine Creditreform-Untersuchung, Verband der Vereine Creditreform e. V., Neuss

7) Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, Nr. 9, Frankfurt, 1994

8) Insolvenzen und Zahlungsverhalten in der Europäischen Union 1995/96, eine Creditreform-Untersuchung, Verband der Vereine Creditreform e. V., Neuss

Unternehmen (den Organträger) eingebunden sind, als ein Umsatzsteuerpflichtiger.

Bemerkenswert ist, daß der Insolvenzanteil der Einzelunternehmen von 35,9 % im Jahre 1985 auf einen Anteil von 28,8 % (1995) abfiel, während die entsprechenden Anteile der GmbH stiegen. Das hängt mit den zu beobachtenden bevorzugten GmbH-Gründungen zusammen (beschränktes Haftungsrisiko, teilweise Sachwerte als Stammkapital u. ä.).

Andererseits relativieren sich die hoch erscheinenden Insolvenzanteile von Einzelunternehmen durch den Bezug zur Umsatzsteuerstatistik; 1992 waren rd. 72 % aller Umsatzsteuerpflichtigen Einzelunternehmen.

Aus den Anteilswerten, wie auch aus den absoluten Zahlen der obigen Tabelle, läßt sich eine rd. doppelt so hohe Insolvenzanfälligkeit der GmbH im Vergleich zu den Einzelunternehmen ableiten.

Durch den Bezug der 1992 insolventen Einzelunternehmen auf die Gesamtheit der umsatzsteuerpflichtigen Einzelunternehmen aus der Umsatzsteuerstatistik 1992 ergibt sich eine Insolvenzquote (bezüglich 1 000 Unternehmen), die in Analogie zu statistisch üblichen Wahrscheinlichkeitsaussagen als **Insolvenzrisiko** interpretiert werden kann. Danach bestand 1992 für die Einzelunternehmen ein Insolvenzrisiko von 2,3 ‰, während das Insolvenzrisiko für GmbH durch den Bezug zu den Bestandszahlen der Statistik der Kapitalgesellschaften des Jahres 1992 den Wert von 15 ‰ annahm, d. h. das Insolvenzrisiko der GmbH war 1992 rd. 6 mal so hoch wie das der Einzelunternehmen.

Diese generelle Relation gilt auch für die Zeit von 1985 bis 1995. In diesem Zeitraum war das Insolvenzrisiko der Personengesellschaften hingegen nur maximal doppelt so hoch wie das der Einzelunternehmen (1985: 8,1 ‰).

Im Jahre 1995 sind **erstmalig seit 1990** die von den Gläubigern angemeldeten **finanziellen Forderungen rückläufig**; dies gilt sowohl für die Forderungen insgesamt (5 296 Mill. DM) als auch für die Durchschnittsforderungen je Konkursfall (954 000 DM).

Die angemeldeten Forderungen geben lediglich einen Anhaltspunkt über die finanzielle Tragweite der beantragten Konkursverfahren.

Dies deshalb, weil für die beantragten Konkursverfahren von den Amtsgerichten nur die Höhe der voraussichtlichen Gläubigerforderungen ermittelt wird, soweit das möglich ist. Zudem können die Konkursrichter die Außenstände der Gläubiger oft nur schätzen, wobei sich die Schätzwerte häufig als zu niedrig erwiesen.

Die Ermittlung der voraussichtlichen Forderungen gelang 1995 in 5 549 Fällen von insgesamt 6 018 Insolvenzen, das sind 92,2 %; im Durchschnitt des Betrachtungszeitraums lag dieser Prozentsatz bei rd. 90 %.

Beantragte Konkursverfahren 1985 – 1995 nach angemeldeten Forderungen

Jahr	Beantragte Konkursverfahren[1]				Angemeldete Forderungen	
	insgesamt	davon angemeldete Forderungen von ... bis unter ... DM			insgesamt	Durchschnittsforderung je Konkursfall
		unter 100 000	100 000 – 500 000	500 000 und mehr		
	Anzahl	%			Mill. DM	1 000 DM
1985	5 053	41,2	32,6	26,0	3 994	790
1986	5 260	41,9	34,0	24,0	3 573	679
1987	4 646	43,1	32,5	24,3	3 348	720
1988	4 051	45,0	33,3	21,7	2 441	603
1989	3 456	46,2	34,4	19,4	1 821	527
1990	3 157	43,9	35,5	20,6	1 633	517
1991	3 143	42,1	35,7	22,3	2 261	719
1992	3 548	38,5	35,0	26,5	2 384	799
1993	4 602	34,7	37,9	27,4	4 505	979
1994	5 309	35,3	37,0	27,7	6 873	1 294
1995	5 549	34,7	37,4	27,9	5 296	954

1) ohne Konkurse mit unbekannten Forderungen

Insolvenzrisiken von Unternehmen 1985 – 1995 nach Rechtsformen

Rechtsform	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Insolvenzen jeweils bezogen auf 1 000 bestehende Unternehmen										
Unternehmen und freie Berufe insgesamt[1]	**8,5**	**8,4**	**7,0**	**5,8**	**5,1**	**4,6**	**4,6**	**5,2**	**6,7**	**7,9**	**8,1**
darunter											
Einzelunternehmen[1)2)]	4,1	4,1	3,2	2,7	2,5	2,2	2,1	2,3	3,1	3,2	3,2
Personengesellschaften[1)]	8,1	7,6	6,0	4,2	3,3	3,0	3,0	3,4	3,7	4,2	4,7
GmbH[3)]	25,5	25,2	21,6	18,6	15,1	13,2	13,0	15,0	17,9	20,8	21,6

1) bezogen auf die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen der Umsatzsteuerstatistik der Jahre 1984, 1986, 1988, 1990 und 1992; der Bezug zur Umsatzsteuerstatistik 1994 unterblieb aus Gründen der Datenverfügbarkeit (Klassifizierungsumstellungen). – 2) ins Handelsregister eingetragene Einzelunternhmen einschl. der nicht eingetragenen Unternehmen – 3) bezogen auf den GmbH-Bestand zum 1. Januar des jeweiligen Jahres aus der Statistik der Kapitalgesellschaften bis 1994

Aus der Größenklassengliederung der angemeldeten Forderungen ist ersichtlich, daß die Anteile der Forderungen, die unter 100 000 DM lagen, bei guter Konjunkturlage stiegen (1989: 46,2 %), während die Anteile der Forderungen über 500 000 DM zwar auch konjunkturabhängig waren, jedoch gegenläufig (1989: 19,4 %). Die Anteilswerte der Forderungen aus der mittleren Größenklasse wiederum nahmen tendenziell zu in den letzten zehn Jahren, sie erreichten 1995 den Wert von 37,4 %.

Die Höhe und die Verteilung der voraussichtlichen Gläubigerforderungen können tendenziell auch einen Anhaltspunkt geben zur ungefähren Betriebsgröße insolventer Unternehmen:
Nach einer detaillierteren Auswertung auf der Basis der angemeldeten Forderungen hatten 1994 rd. 50 % aller insolventen Unternehmen voraussichtliche Verluste, die unter 250 000 DM lagen.

Zudem erwirtschafteten nach der Umsatzsteuerstatistik 1992 rd. 52 % aller Unternehmen einen jährlichen Umsatz von unter 250 000 DM.

Es erscheint deshalb sehr plausibel, anzunehmen, daß vornehmlich "kleinere" (umsatzschwächere) Unternehmen insolvent werden.

Die endgültigen finanziellen Ergebnisse der Insolvenzverluste werden in einem späteren Beitrag dargestellt.

Aus der **wirtschaftlichen Gliederung** lassen sich **brachenspezifische Insolvenzrisiken** ableiten; besonders gefährdet waren Unternehmen des Baugewerbes (1995: 17,4 ‰) und des Großhandels (1995: 15,5 ‰).

Mehr als die Hälfte der insolventen Unternehmen – in der Betrachtungszeit rd. 54 % – entstammen dem tertiären Sektor. 1994 wurden z. B. 2 437 Insolvenzfälle registriert, die Dienstleistungs- und Handelsbetriebe betrafen, das entspricht einer Quote von 53,7 %.

Die Unternehmen der Wirtschaftsbereiche Baugewerbe und Verarbeitendes Gewerbe waren in den letzten zehn Jahren mit einem durchschnittlichen Anteil von rd. 39 % an den gesamten Unternehmensinsolvenzen beteiligt; 1994 wurden 941 Unternehmen des Baugewerbes und 802 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes insolvent; insgesamt sind das 38,4 % aller Unternehmensinsolvenzen.

Nur in der Summe entsprechen die dargestellten Branchenanteile der Unternehmensinsolvenzen auch dem Gewicht, das allen vier Bereichen zukommt; auf der Grundlage der Umsatzsteuerstatistik 1984 gehörten 93,5 % aller Unternehmen diesen Wirtschaftsbereichen an, im Jahre 1992 waren es 93,6 %.

Die einzelnen Bereiche entwickelten sich in der Zeit von 1984 bis 1992 durchaus unterschiedlich: Während der Bestandsanteil des Dienstleistungssektors von 36 % auf 43 % stieg, fiel der des Verarbeitenden Sektors von 15 % auf 12 %, gleichfalls fiel auch der Anteil des Handels (von 32 % auf 28 %), dagegen variierte der entsprechende Wert des Baugewerbes nur unwesentlich um die 10 %.

Zur Ausschaltung auch dieser Strukturveränderung wurden deshalb die insolventen Unternehmen der Bereiche auf die entsprechenden Bestände der Umsatzsteuerstatisken bezogen und die bereits erläuterten Insolvenzrisiken errechnet.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Unternehmen des Baugewerbes, bis auf die Jahre 1990 – 1992, am stärksten insolvenzgefährdet waren; das Insolvenzrisiko lag in den Jahren 1985 und 1995 zwischen 18,9 ‰ und 17,4 ‰.

Demgegenüber bewegten sich die Insolvenzrisiken von Dienstleistungsunternehmen und freien Berufen in allen Jahren unterhalb der Risiken,

Insolvenzen von Unternehmen 1985 – 1995 nach wirtschaftlicher Gliederung

Wirtschaftliche Gliederung	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995[1]
Unternehmen und freie Berufe insgesamt	**4 257**	**4 336**	**3 627**	**3 150**	**2 763**	**2 521**	**2 558**	**3 054**	**3 917**	**4 536**	**4 695**
darunter											
Baugewerbe	1 036	970	751	700	603	495	527	627	780	941	1 034
Verarbeitendes Gewerbe	762	690	615	537	476	445	442	551	742	802	799
Handel	1 017	1 143	947	791	759	668	686	786	1 012	1 173	1 147
darunter											
Großhandel	395	458	400	325	330	319	322	364	430	458	525
Einzelhandel	607	679	533	458	418	339	352	411	562	695	622
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	1 227	1 294	1 115	891	738	711	691	849	1 008	1 264	1 416

1) Siehe Anmerkung 4) zur Wirtschaftszweigklassifikation (S. 447).

Insolvenzrisiken von Unternehmen 1985 – 1995 nach wirtschaftlicher Gliederung

Wirtschaftlicher Gliederung	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995[1]
	Insolvenzen jeweils bezogen auf 1 000 bestehende Unternehmen[2]										
Unternehmen und freie Berufe insgesamt	**8,5**	**8,4**	**7,0**	**5,8**	**5,1**	**4,6**	**4,6**	**5,2**	**6,7**	**7,9**	**8,1**
darunter											
Baugewerbe	18,9	17,9	13,8	12,7	10,9	8,7	9,2	10,5	13,1	15,8	17,4
Verarbeitendes Gewerbe	10,1	9,3	8,3	7,3	6,4	6,2	6,1	7,6	10,3	11,2	11,1
Handel	6,4	7,2	5,9	4,9	4,7	4,2	4,2	4,2	6,1	7,1	7,0
darunter											
Großhandel	12,1	14,0	12,2	9,7	9,9	9,5	9,6	10,7	12,6	13,5	15,5
Einzelhandel	5,7	6,3	4,9	4,2	3,8	3,1	3,2	3,6	5,0	6,2	5,6
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	6,8	6,6	5,6	4,1	3,5	3,2	3,0	3,4	4,0	5,1	5,7

1) Siehe Anmerkung 4) zur Wirtschaftszweigklassifikation (S. 447). – 2) bezogen auf die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen der Umsatzsteuerstatistik der Jahre 1984, 1986, 1988, 1990 und 1992. Der Bezug zur Umsatzsteuerstatistik 1994 unterblieb aus Gründen der Datenverfügbarkeit (Klassifizierungsumstellungen).

die für alle Unternehmen des Landes berechnet wurden; das geringste Insolvenzrisiko hatten die Dienstleistungs-Unternehmen mit 3 ‰ im Jahre 1991, in dem Jahr lag das Insolvenzrisiko aller Unternehmen NRWs bei 4,6 ‰.

Durch die Trennung der Handelsunternehmen wird deutlich, daß die Insolvenzgefährdung des Großhandels (1994: 13,5 ‰) zwei- bis dreimal höher ist als die des Einzelhandels (1994: 6,2 ‰); diese hohen Werte des Großhandels werden häufig begründet mit der allgemeinen Konsumzurückhaltung in den letzten Jahren und den geringen Eigenkapitalquoten; sehr wahrscheinlich spielen aber hierbei auch Konzentrationsaktivitäten eine Rolle.

Verursacher des relativ hohen Insolvenzrisikos der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ab 1993 (10,3 ‰) sind im wesentlichen die Betriebe der Metallerzeugung und -bearbeitung, des Stahl- und Leichtmetallbaus sowie des Maschinenbaus. Eine tiefergehende Analyse zeigt, daß die konjunkturelle Talfahrt dieser Unternehmen 1992/1993 begann; in den Jahren stieg deren Insolvenzzahl um rd. 52 %.

Die starke Konkursgefährdung der Unternehmen aus der Baubranche ist erklärbar, besonders in den letzten fünf Jahren, durch vornehmlich konjunkturelle Komponenten: im privaten Bereich fehlt es an Einkommensentwicklung, der öffentliche Bau ist konfrontiert mit den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand, im Wirtschaftsbau ist man gleichfalls zurückhaltend, zu dem kam bis 1994 die Hochzinssituation.

Häufig sind die unterschiedlichen Insolvenzrisiken von Branchen aber auch ein Spiegelbild des Zusammenwirkens der anderen bereits erwähnten Ursachenkomponenten der Konkursfälligkeit von Unternehmen (wie z. B.: Rechtsform, Eigenkapitalquoten, Größenstruktur).

In einer ergänzenden Strukturuntersuchung auf der Basis der Umsatzsteuerstatistiken vornehmlich des Jahres 1992 wurden die Branchenergebnisse mit den durchschnittlichen Anteilswerten aller Unternehmen verglichen. Die Ergebnisse begründen zusätzlich zum bisher Dargestellten die hohe Insolvenzanfälligkeit der GmbH im Vergleich zu den Einzelunternehmen.

Danach sind z. B. GmbH relativ stark vertreten im Baugewerbe (rd. 16 % aller steuerpflichtigen GmbH, Landesdurchschnitt: 10 %), wobei rd. 30 % dieser Unternehmen nur einen Jahresumsatz unter 500 000 DM hatten.

Überproportional sind GmbH auch im Großhandel (rd. 15 %, Land: 6 %) und im Verarbeitenden Gewerbe (20 %, Land: 12 %) tätig, unterdurchschnittlich hingegen im Dienstleistungsbereich (28 %, Land: 43 %).

Im Gegensatz dazu sind 2/3 aller Einzelunternehmen Dienstleister (46 %) und Einzelhändler (21 %), wobei davon wiederum 2/3 einen Umsatz von unter 250 000 DM hatten. Im besonders konjukturabhängigen Baugewerbe (9 %) und im Verarbeitenden Gewerbe (10 %) sind Einzelunternehmen nur unterdurchschnittlich präsent und in der Mehrzahl auch hier Kleinunternehmen.

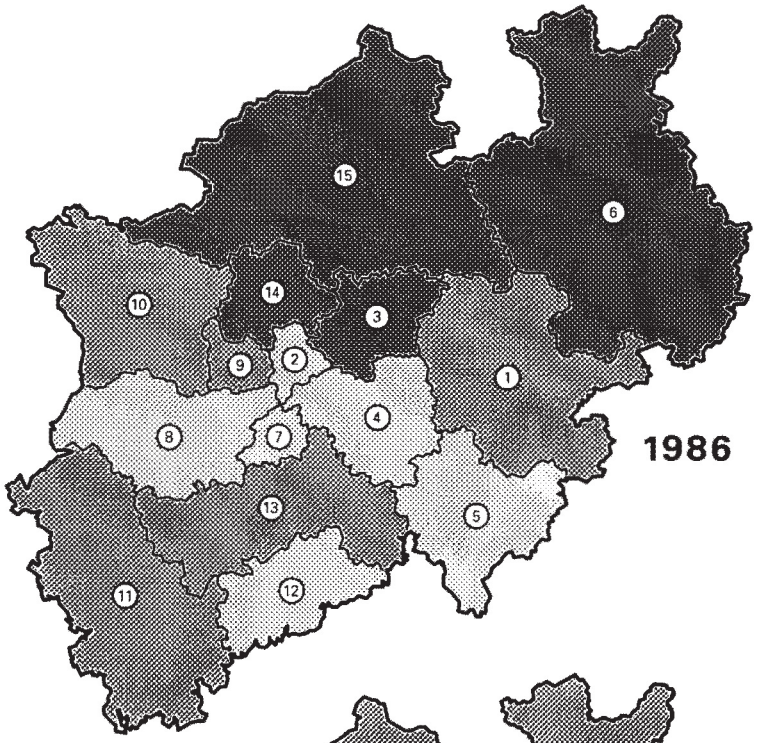
Aus der **regionalen Gliederung in der Abgrenzung** der regionalisierten **Strukturpolitik Nordrhein-Westfalens** wurden **Insolvenz-Risiken** für Unternehmen berechnet; zur kartographischen Darstellung sind diese gruppiert (s. S. 455).

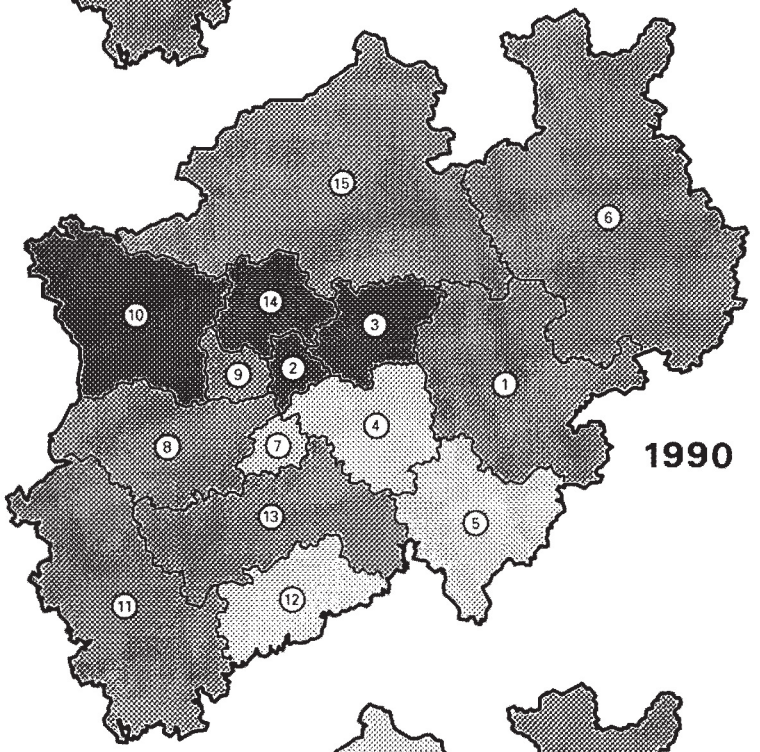
Danach hatten im Betrachtungszeitraum 1986 bis 1994 Unternehmen aus der Region Dortmund (Städte Dortmund und Hamm, Kreis Unna) und der Region Emscher-Lippe (Städte Bottrop und Gelsenkirchen, Kreis Recklinghausen) ein durchgängig doppelt bis dreifach so hohes Risiko, insolvent zu werden, als Unternehmen aus der Region Siegen (Kreis Olpe und Siegen-Wittgenstein).

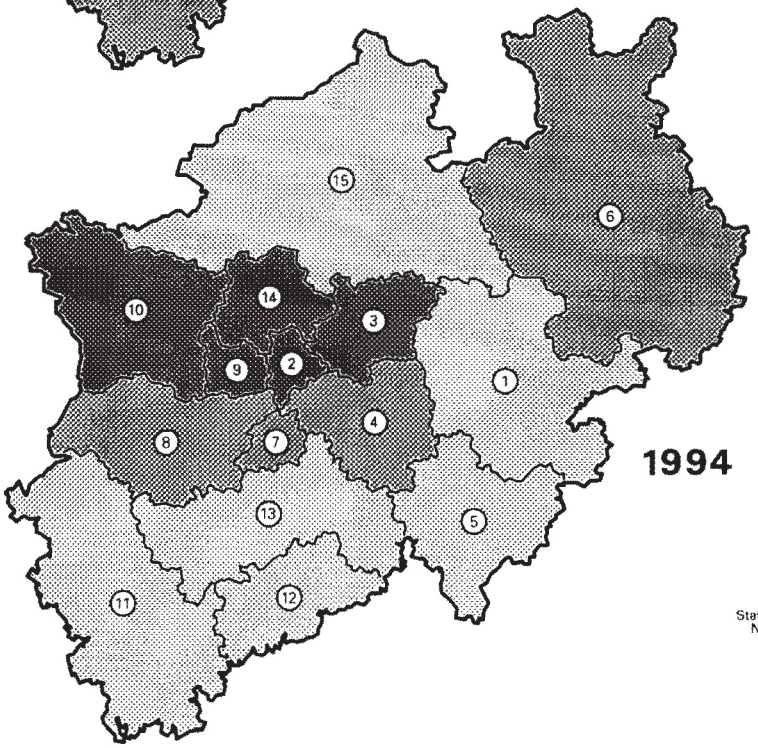
Struktur-Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen

1 Arnsberg
2 Bochum
3 Dortmund
4 Hagen
5 Siegen
6 Ostwestfalen-Lippe
7 Bergische Großstädte
8 Düsseldorf/mittl. Niederrhein
9 Westliches Ruhrgebiet
10 Niederrhein
11 Aachen
12 Bonn
13 Köln
14 Emscher-Lippe
15 Münsterland

Insolvenzrisiken der Unternehmen nach Struktur-Regionen







Niedriges Insolvenzrisiko (unterhalb der Mittelgruppe)

Mittleres Insolvenzrisiko (Landeswert +/- 10%)

Erhöhtes Insolvenzrisiko (oberhalb der Mittelgruppe)

Insolvenzrisiken der Unternehmen nach Strukturregionen*) 1986, 1990 und 1994

Strukturregionen[1]	1986			1990			1994[2]		
	Insolvenzen	Unternehmen	Insolvenzen pro 1 000 Unternehmen	Insolvenzen	Unternehmen	Insolvenzen pro 1 000 Unternehmen	Insolvenzen 1994	Unternehmen 1992	Insolvenzen pro 1 000 Unternehmen
	Anzahl								
Region Arnsberg	137	16 646	8,2	79	17 270	4,6	110	18 162	6,1
Region Bochum	125	17 012	7,3	109	17 887	6,1	183	18 677	9,8
Region Dortmund	348	27 906	12,5	183	29 185	6,3	363	31 009	11,7
Region Hagen	184	25 585	7,2	101	26 460	3,8	240	27 697	8,7
Region Siegen	42	11 997	3,5	29	12 646	2,3	67	13 369	5,0
Region Ostwestfalen-Lippe	577	58 413	9,9	255	62 273	4,1	511	66 050	7,7
Region Bergische Großstädte	132	23 342	5,7	70	24 037	2,9	204	25 021	8,2
Region Düsseldorf/ Mittlerer Niederrhein	545	82 350	6,6	397	88 798	4,5	699	93 771	7,5
Region Westliches Ruhrgebiet	224	29 530	7,6	146	31 043	4,7	313	32 511	9,6
Region Niederrhein	275	32 395	8,5	186	34 125	5,5	345	36 194	9,5
Region Aachen	275	33 902	8,1	176	36 225	4,9	233	38 996	6,0
Region Bonn	143	23 896	6,0	106	26 201	4,0	166	28 161	5,9
Region Köln	588	66 963	8,8	315	73 022	4,3	529	77 814	6,8
Region Emscher-Lippe	325	24 821	13,1	173	25 824	6,7	281	27 033	10,4
Region Münsterland	416	39 787	10,5	196	42 796	4,6	292	45 613	6,4
Nordrhein-Westfalen	**4 336**	**514 545**	**8,4**	**2 521**	**547 792**	**4,6**	**4 536**	**580 078**	**7,8**

*) Bezogen auf die Steuerpflichtigen der jeweiligen Umsatzsteuerstatistik – 1) Strukturregionen (Gebietsstand : 31. 12. 1994)

Region Arnsberg: Hochsauerlandkreis, Kreis Soest
Region Bochum: Städte Bochum, Herne, Witten, Hattingen
Region Dortmund: Städte Dortmund, Hamm, Kreis Unna
Region Hagen: Stadt Hagen, Ennepe-Ruhr-Kreis, o. Witten u. Hattingen, Märkischer Kreis
Region Siegen: Kreise Olpe u. Siegen Wittgenstein
Region Ostwestfalen Lippe: Reg.-Bez. Detmold: Stadt Bielefeld, Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn
Region Berg. Großstädte: Remscheid, Solingen, Wuppertal
Region Düsseldorf/ mittlerer Niederrhein: Düsseldorf, Krefeld, Mönchen-Gladbach Kreise Mettmann, Neuss, Viersen
Region westl. Ruhrgebiet: Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen
Region Niederrhein: Duisburg, Kreise Kleve, Wesel
Region Aachen: Stadt Aachen, Kreise Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg
Region Bonn: Stadt Bonn, Rhein-Sieg-Kreis
Region Köln: Städte Köln, Leverkusen, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis, Erftkreis
Region Emscher-Lippe: Städte Bottrop, Gelsenkirchen, Kreis Recklinghausen
Region Münsterland: Stadt Münster, Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf

2) Für 1994 wurden den Insolvenzen die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1992 gegenübergestellt.

1994 hatten z. B. die Unternehmen der Region Dortmund ein Insolvenzrisiko von 11,7 ‰, die Unternehmen der Region Siegen hingegen ein Risiko von 5 ‰, und als Insolvenzrisiko aller Unternehmen NRWs wurden 7,8 ‰ errechnet.

Die Berechnung der regionalen Insolvenzrisiken erfolgte in Analogie zur Vorgehensweise der Risikoabschätzung der GmbH und der wirtschaftlichen Gliederung.

Aus Gründen der Datenverfügbarkeit wurden die regionalen Unternehmensinsolvenzen, beginnend mit dem Jahr 1986, für 1990 und 1994 jeweils bezogen auf die entsprechenden Bestände aus den Umsatzsteuerstatistiken der Jahre 1986, 1990 und 1992.

Neben den bereits erwähnten Interpretationseinschränkungen bedarf der regionale Bezug zur Umsatzsteuerstatistik einer ergänzenden Anmerkung: Gehören zu einem Unternehmen mehrere örtliche Betriebe oder Organgesellschaften, so werden die gesamten Umsätze am Sitz der Geschäftsleitung des (Gesamt-) Unternehmens erfaßt. Dadurch werden nicht alle Umsätze in den Verwaltungseinheiten nachgewiesen, in denen sie entstanden.

Die regionale Berechnung in der Abgrenzung der regionalisierten Strukturpolitik Nordrhein-Westfalens erfolgte, weil eine Vorabauswertung zeigte, daß die errechneten Risiken bei der statistisch üblichen Regionalabgrenzung nach kreisfreien Städten und Kreisen im betrachteten 8-Jahres-Zeitraum besonders stark variierten; dies in erster Linie durch die teilweise kleinen Grunddaten und deren Änderung.

Die Beschränkung der Berechnung auf Regierungsbezirksebene hingegen, führte zu einem starken Nivellierungseffekt.

Dies wird besonders deutlich, wenn man z. B. den Reg.-Bezirk Arnsberg betrachtet: 1986 lag das Insolvenzrisiko bei 8,4 ‰ und entsprach damit genau dem des gesamten Landes NRW. In den Jahren 1990 und 1994 stieg das Insolvenzrisiko von 4,8 ‰ auf 8,8 ‰, diese Werte lagen in beiden Vergleichsjahren höher als die entsprechenden Risikowerte des gesamten Landes (4,6 ‰ bzw. 7,8 ‰).

Insolvenzrisiken der Unternehmen nach Regierungsbezirken*) 1986, 1990 und 1994

Verwaltungsbezirk[1]	1986			1990			1994[2]		
	Insolvenzen	Unternehmen	Insolvenzen pro 1 000 Unternehmen	Insolvenzen	Unternehmen	Insolvenzen pro 1 000 Unternehmen	Insolvenzen 1994	Unternehmen 1992	Insolvenzen pro 1 000 Unternehmen
	Anzahl								
Regierungsbezirke									
Düsseldorf	1 176	167 617	7,0	799	178 003	4,5	1 561	187 497	8,3
Köln	1 006	124 761	8,1	597	135 448	4,4	928	144 971	6,4
Münster	741	64 608	11,5	369	68 620	5,4	573	72 646	7,9
Detmold	577	58 413	9,9	255	62 273	4,1	511	66 050	7,7
Arnsberg	836	99 146	8,4	501	103 448	4,8	963	108 914	8,8
Nordrhein-Westfalen	**4 336**	**514 545**	**8,4**	**2 521**	**547 792**	**4,6**	**4 536**	**580 078**	**7,8**

*) Bezogen auf die Steuerpflichtigen der jeweiligen Umsatzsteuerstatistik – 1) Gebietsstand: 31. 12. 1994 – 3) Für 1994 wurden den Insolvenzen die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1992 gegenübergestellt.

Wie aus der Regionenabgrenzung und den Werten der Tabelle ersichtlich, verbergen sich hinter den genannten Risiken des Reg.-Bezirks Arnsberg u. a. die völlig unterschiedlich risikobehafteten Regionen Dortmund und Siegen.

Zur kartographischen Darstellung der Ergebnisse (s. S. 455) wurden für jedes Betrachtungsjahr drei Risikogruppen gebildet; ausgehend von den entsprechenden Risikowerten des Landes, wurde mit einer 10 %igen Streubreite eine Durchschnittsgruppe definiert mit jeweils einer Gruppe mit höherem bzw. geringerem Insolvenzrisiko der Unternehmen.

Eine gesonderte Auswertung zeigte, daß die abweichenden Insolvenzrisiken der Strukturregionen nicht in allen Fällen erklärbar sind durch unterschiedliche Branchenstrukturen, sondern, daß die anderen bisher im Beitrag genannten Insolvenzgründe verstärkend, ergänzend oder sogar dominierend wirken.

Auffällig war z. B., daß vornehmlich in den Regionen mit relativ hohen Insolvenrisiken (Dortmund, Emscher-Lippe) die Anteile solcher Unternehmen, die weniger als acht Jahre bestanden, deutlich über den durchschnittlichen Landeswerten lagen. Im Jahre 1994 erreichte dieser Anteil z. B. in der Region Dortmund 87 %, die entsprechenden Quoten in den Regionen Siegen und Bergische Großstädte hingegen ergaben rd. 70 %, der Landesdurchschnitt aller Branchen war 80 %.

Bei Unternehmen des Baugewerbes der besonders insolvenzgefährdeten Regionen führten die Berechnungen sogar zu Anteilswerten von 90 %.

In diesen Regionen und Bereichen scheinen wirtschaftliche Beratungen zu Unternehmensgründungen besonders dienlich zu sein.

Bemerkenswert war zudem, daß bei aller Unterschiedlichkeit der Strukturregionen, die entsprechenden Insolvenzrisiken homogener wurden, dies im Zeitablauf und im Vergleich zu den Landeswerten; die Variationskoeffizienten fielen von 31 % im Jahre 1986 auf rd. 24 % im Jahre 1994.

Neben den bereits angesprochenen volks- und betriebswirtschaftlichen sowie branchentypischen und regionalen Insolvenzgründen von Unternehmen wird zunehmend das **Zahlungsverhalten** bedeutsam.

In einer Creditreform-Untersuchung[9] wurde das Zahlungsverhalten in den wichtigsten europäischen Ländern nach folgenden Kriterien erfragt: durchschnittlich vereinbartes Zahlungsziel, durchschnittlicher Zahlungsverzug und Zahlungseingang nach Rechnungsdatum.

Hiernach besteht insbesondere zwischen dem Zahlungseingang und dem Insolvenzniveau eine starke Korrelation.

Überschreitungen von Zahlungsfristen können die Liquiditäts- und Finanzsituation eines Unternehmens schnell in eine gefährliche Schieflage bringen (bei einem Zinsniveau von 12 % p. a. und einem kalkulatorischen Gewinn von 6 % führt eine vereinbarte Zahlungsfrist von 2 Monaten und ein Zahlungsverzug von 1 Monat bereits zur Halbierung des möglichen Gewinns).

Die Unternehmen in Deutschland z. B. belegen mit 44,5 Tagen (1994) und 46 Tagen (1995) Zahlungseingang – nach Schweden und nach den Niederlanden – einen mittleren Rang, während die Unternehmen Italiens mit jeweils 115 Tagen das restriktivste Zahlungsverhalten zeigen.

Im Hinblick auf die starke europäische Verflechtung, insbesondere der Unternehmen NRWs, sind die skizzierten Komponenten der Insolvenzgefährdung sicher beachtenswert.

9) Vgl. hierzu: Insolvenzen und Zahlungsverhalten in der Europäischen Union 1995/96, eine Creditreform-Untersuchung, Verband der Vereine Creditreform e. V., Neuss, auch aus den Jahren 1993/94 und 1994/95.

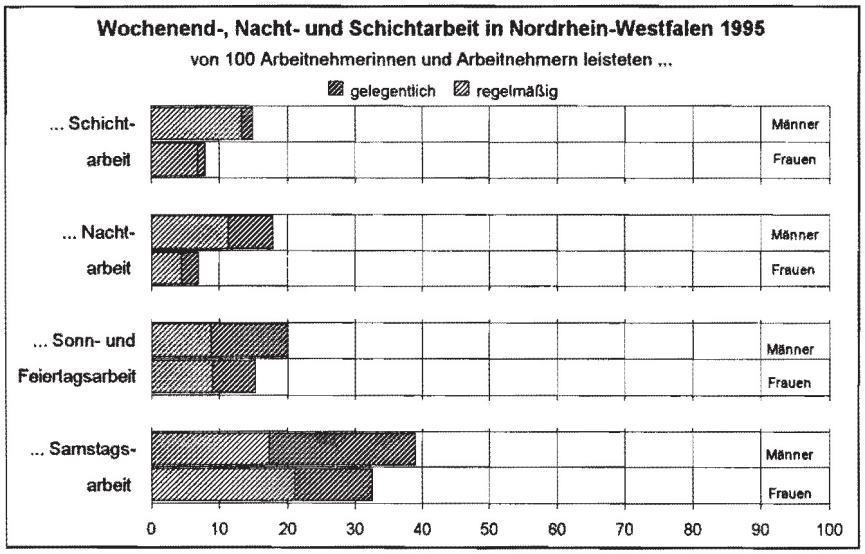
In diesem Zusammenhang seien abschließend noch erwähnt die Untersuchungen, u. a. auch der Bundesbank, über die Höhe von Eigenkapitalquoten in den meisten europäischen Ländern. Danach sind die Eigenkapitalquoten deutscher Unternehmen zu gering (rd. 15 % – 23 % bezüglich der gesamten Bilanzsumme) und sogar rückläufig. ■

Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit im Jahr 1995

Zwei von fünf der rund 6,6 Millionen nordrhein-westfälischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen zumindest gelegentlich auch außerhalb der normalerweise üblichen Arbeitszeiten arbeiten. Anhand jetzt vorliegender Ergebnisse des Mikrozensus 1995 ist insbesondere der Samstag für viele ein Arbeitstag: 18,9 % der Arbeitnehmer gaben an, regelmäßig – ggf. auch ständig – samstags zu arbeiten; bei weiteren 17,6 % war dies gelegentlich der Fall. Arbeit an Sonn- und Feiertagen leisteten 18,2 % (dabei regelmäßig 8,9 %) und Nachtarbeit 13,6 % (8,6 %).

Wie die Grafik zeigt, spielten Nacht- und Schichtarbeit für weibliche Arbeitnehmer (7,1 bzw. 8,0 %) eine eher untergeordnete Rolle im Vergleich mit ihren männlichen Kollegen (18,0 bzw. 15,1 %). Dagegen mußte jede fünfte Frau (21,2 %), aber nur jeder sechste Mann (17,4 %) regelmäßig samstags arbeiten.

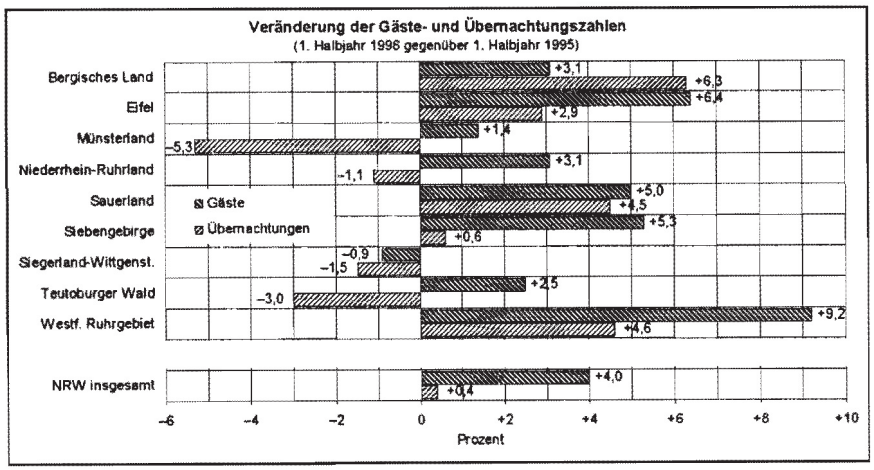
Für jeden zweiten Selbständigen in NRW gehörte Wochenendarbeit zur Normalität: 56 % der Selbständigen gaben an, regelmäßig samstags, 46 % regelmäßig sonntags arbeiten zu müssen.



Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im ersten Halbjahr 1996

Die nordrhein-westfälischen Beherbergungsbetriebe (mit mindestens neun Gästebetten) konnten im ersten Halbjahr über 6,2 Millionen Gäste begrüßen, die es zusammen auf 17,6 Millionen Übernachtungen brachten. Damit stieg die Zahl der Gäste gegenüber dem ersten Halbjahr 1995 um 4,0 % und die Zahl der Übernachtungen um 0,4 %.

Wie die Grafik zeigt, verlief die Entwicklung in den einzelnen Reisegebieten NRWs überwiegend positiv. Lediglich in den Regionen „Münsterland", „Niederrhein-Ruhrland", „Siegerland-Wittgenstein" und „Teutoburger Wald" mußten Rückgänge des Übernachtungsaufkommens hingenommen werden. Außer in der Region „Siegerland-Wittgenstein" konnten in allen Reisegebieten höhere Gästezahlen verbucht werden als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.



Dipl.-Volkswirt Wolfgang Schubert

Israel – Von der Landwirtschaft zur Hochtechnologie

Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur in hohem Maße vom Außenhandel abhängig. Der Pflege bestehender und der Anknüpfung neuer Außenwirtschaftsbeziehungen ist der jährlich stattfindende Außenwirtschaftstag NRW gewidmet, in dessen Blickpunkt 1996 Israel, Rumänien und die Republik Südafrika standen, die als Wirtschaftspartner für Nordrhein-Westfalen von besonderem Interesse sind. Der vom LDS zum Außenwirtschaftstag erstellte Beitrag über Israel wird hier nochmals abgedruckt.

Israel ist ein kleines Land, mit 20 700 km² gerade einmal so groß wie das Bundesland Hessen[1]. In Nord-Süd-Richtung erstreckt es sich über 420 km, in Ost-West-Richtung zwischen 14 und 100 km. Es ist von islamisch geprägten Staaten umgeben: Ägypten im Süden, Jordanien im Osten, Syrien im Nordosten und Libanon im Norden.

Israel kann in vier landschaftliche Zonen untergliedert werden. Die Küstenebene ist ein bis zu 40 km breiter und 185 km langer Landstreifen, in dem mehr als die Hälfte der israelischen Bevölkerung lebt. Hier ist auch der Großteil der Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe angesiedelt. Auch spielt in dieser Zone der Tourismus eine wichtige Rolle.

Der Küstenebene schließen sich von Nord nach Süden verlaufende Gebirgszüge in Nord- und Zentralisrael mit Erhebungen bis zu 1 200 m an. Die Region ist von ständig wasserführenden kleinen Flüssen durchzogen. In Verbindung mit relativ hohen Niederschlägen ist das Gebiet die grüne Zone Israels. Hier leben 17 % der Gesamtbevölkerung des Landes zumeist von Landwirtschaft, von Leichtindustrie und von Tourismus. Nach Osten grenzt Israel mit dem Jordantal und der Aravasenke an seine Nachbarn Jordanien und Syrien. Diese Landschaft ist Teil des großen syrisch-afrikanischen Grabens. Hier befindet sich das Tote Meer, das mit 400 m unter dem Meeresspiegel der tiefste Punkt der Erde ist und zugleich aus dem salzhaltigsten Wasser der Welt besteht. Das Hauptwasserreservoir Israels, der See Genezareth, liegt 212 m unter dem Meeresspiegel. Vornehmlich wird dieser östliche Landschaftsteil landwirtschaftlich genutzt.

Der Negev, die Wüstenregion im Süden, nimmt etwa die Hälfte der Gesamtfläche Israels ein. Ihr nördlicher Teil ist landwirtschaftlich und industriell erschlossen. Ansonsten wird das Gebiet weitgehend von Schluchten und Wadis (trockenen Flußbetten, in den Winterregen oft zu Sturzfluten führen) durchzogen. Nackte Felsformationen, Krater und geröllübersäte Plateaus prägen die Landschaft.

Israel ist arm an Bodenschätzen. Von Bedeutung sind lediglich die Phosphatvorkommen bei Oron und Ein Yahat im Negev und die Pottaschegewinnung aus dem Toten Meer. Bei Timna im Negev bestehen Kupfervorkommen, doch ist der Metallgehalt des Gesteins zu gering, um in Anbetracht der niedrigen Weltmarktpreise einen Abbau zu rechtfertigen.

Israels Bevölkerung belief sich Mitte 1995 auf rd. 5,5 Millionen, darunter 4,5 Millionen Juden (einschl. derer in Ost-Jerusalem und in den besetzten Gebieten), wovon knapp zwei Drittel Zabarim (Bezeichnung für in Israel geborene Juden) sind. Der jüdische Bevölkerungsteil ist keinesfalls homogen, sondern unterscheidet sich stark nach Herkunft und religiöser Ausrichtung.

Die Aschkenasim kamen vornehmlich aus Mittel- und Osteuropa, manche auch aus Amerika, Südafrika und Australien. Die Sephardim stammen von Juden ab, die aus Spanien und Portugal im 15. und 16. Jahrhundert vertrieben wurden und dann hauptsächlich in Italien, Bulgarien, Griechenland und in den Niederlanden Zuflucht fanden. Die dritte Gruppe wird von orientalischen Juden gebildet (oftmals fälschlicherweise den Sephardim zugerechnet), die aus alten jüdischen Gemeinden der islamischen Länder Nordafrikas und des Vorderen Orients einwanderten.

Nach religiöser Ausrichtung wird zwischen ultra-orthodoxen (strenge Befolgung des rabbinischen Rechts; Glaube an jüdische Souveränität erst nach dem Kommen des Messias und deshalb Nichtanerkennung des israelischen Staates), national-religiösen (strenge Befolgung des rabbinischen Rechts; Anerkennung des Staates Israel), traditionellen (Befolgung eines Teils der religiösen Gesetze; Anerkennung des Staates Israel) und nicht praktizierenden Juden (Führen eines liberal-westlichen Lebensstils) unterschieden.

Unter den rd. 1 Millionen Nichtjuden überwiegen deutlich die moslemischen Araber, zumeist Sunniten, mit 75 %, gefolgt von den Christen (meist christliche Araber) mit 14 % und den Drusen (einer Geheimreligion mit kultureller, sozialer und religiöser Autonomie) mit 9 %.

Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte belief sich 1993 auf 242 Einwohner pro km². Allerdings ist die Verteilung äußerst ungleichmäßig. Im Großraum von Tel Aviv lag sie z. B. 1992 bei 6 719. 90,4 % der Israelis leben in Städten, 3,8 % in Dörfern, 3,3 % in Moshawim (genossenschaftlich organisierten Siedlungen mit relativ hohem Anteil an persönlichem Eigentum) und 2,5 % in Kibbuzim (auf sozialistischen Prinzipien beruhende Gemeinschaftssiedlungen).

1) Diese wie auch die folgenden Angaben beziehen sich auf Israel in seinen Grenzen vor 1967, sofern nicht anders angegeben.

Hebräisch und Arabisch sind die offiziellen Sprachen in Israel. Doch wird auch weitgehend Englisch verwendet.

Abriß der Geschichte des Staates Israel

Es ist wohl einmalig in der neueren Geschichte, daß ein Volk nach seiner Vertreibung vor 1 900 Jahren in die Diaspora auf dem verloren gegangenen Territorium wieder seinen Staat errichtete. Genau dies hat das jüdische Volk 1948 vollbracht, nachdem die Römer 70 n. Chr. ihren damals selbständigen Staat zerschlagen hatten. Am Beispiel Jerusalems läßt sich die Historie des Landes am besten nachvollziehen. Es überdauerte mindestens 48 Belagerungen, Eroberungen und Zerstörungen. Achtzehnmal wurde die Stadt wieder aufgebaut, und die herrschende Religion wechselte in den vergangenen 1 900 Jahren elfmal.

Das Fundament für den neuen jüdischen Staat wurde in dem halben Jahrhundert zwischen dem 1. Zionistischen Weltkongreß 1897 und der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 29. 11. 1947, die die Aufteilung Palästinas in einen separaten arabischen und einen israelischen Staat vorsah, gelegt. In dieser Zeit erfuhr das Land grundlegende politische, demographische, soziale und wirtschaftliche Veränderungen. Im 1. Weltkrieg setzten britische Truppen der osmanischen Herrschaft ein Ende. 1922 übertrug der Völkerbund Großbritannien das "Palästina-Mandat" mit der Maßgabe, auf die Gründung einer "jüdischen, nationalen Heimstatt" hinzuwirken. Hierfür sahen die Briten das Land westlich des Jordans vor. Aber drei Viertel des Palästina-Gebietes wurden in das arabische Emirat Transjordanien (das heutige Jordanien) eingebracht.

Die zionistische Bewegung prägte stark die Ereignisse dieser Zeit. Das von Theodor Herzl initiierte Programm entstand als Reaktion auf die Unterdrückung und Verfolgung der Juden in Osteuropa wie auch die unterbliebene Emanzipierung in Westeuropa. In ihm wurde die Rückkehr der Juden in das gelobte Land Israel festgeschrieben, wo sie frei von Verfolgung leben und sich als Juden entfalten konnten. Osteuropäische Juden wanderten in zwei großen Wellen gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jh. ein, machten Felder urbar, gründeten Siedlungen und betrieben eine blühende Landwirtschaft. Nach dem 1. Weltkrieg setzten sich die Immigrationswellen fort. Von 1919 – 1923 kamen 35 000 Einwanderer aus Rußland, die meist in der Landwirtschaft tätig wurden. Zwischen 1924 und 1932 folgten etwa 60 000 Juden aus Polen, die sich vornehmlich in Tel Aviv, Haifa und Jerusalem niederließen und dort kleine Betriebe gründeten. Die letzte große Einwanderungswelle vor dem 2. Weltkrieg erfolgte nach der Machtergreifung Hitlers, als ca. 165 000 Menschen, vornehmlich aus Deutschland, darunter viele Facharbeiter und Akademiker, nach Israel kamen. Sie trugen mit ihrer Bildung und Berufserfahrung wesentlich zur Verbesserung des Wirtschaftslebens, der öffentlichen Einrichtungen und des kulturellen Lebens bei.

Die zionistische Bewegung war jedoch bereits seit ihrer Gründung ideologisch und politisch tief gespalten. Einer ihrer Flügel startete z. B. eine Initiative, eine jüdische Heimstatt außerhalb des historischen Palästinas zu gründen. Eine andere Richtung bestand darauf, daß die Juden gottgewollte Rechte auf das gesamte biblische Palästina (einschließlich Transjordanien und Teile Syriens und Libanons) hätten. In der Praxis agierte jedoch die Bewegung sehr pragmatisch. Sie nutzte weitgehend alle Chancen, die sich aus den jeweiligen geopolitischen Verhältnissen ergaben, um das Ziel eines unabhängigen Staates zu verwirklichen.

Allerdings erwuchs den Zionisten aus dem arabischen Bevölkerungsteil eine Opposition. Deren Nationalgefühl war im Kampf gegen die 400jährige osmanische Herrschaft erwacht. Als Beispiel soll hier nur der gemeinsame Kampf der arabischen Hedschas-Stämme unter Führung des englischen Oberst Thomas E. Lawrence mit den Briten gegen die türkische Herrschaft angeführt werden. Bereits 1915 war dem Großscherif Hussein Ibn Ali von Mekka durch den britischen Hochkommissar in Ägypten schriftlich die Errichtung eines unabhängigen Großarabischen Reiches unter Einbziehung Palästinas zugesichert worden. Doch schon im geheimen Sykes-Picot-Abkommen von 1916 teilten sich die beiden Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien die Ansprüche auf diese Gebiet auf. Um die Verwirrung komplett zu machen, versprach die britische Regierung 1917 in der sogenannten Balfour-Deklaration den Vertretern des zionistischen Judentums die Errichtung einer "nationalen Heimstätte" in Palästina.

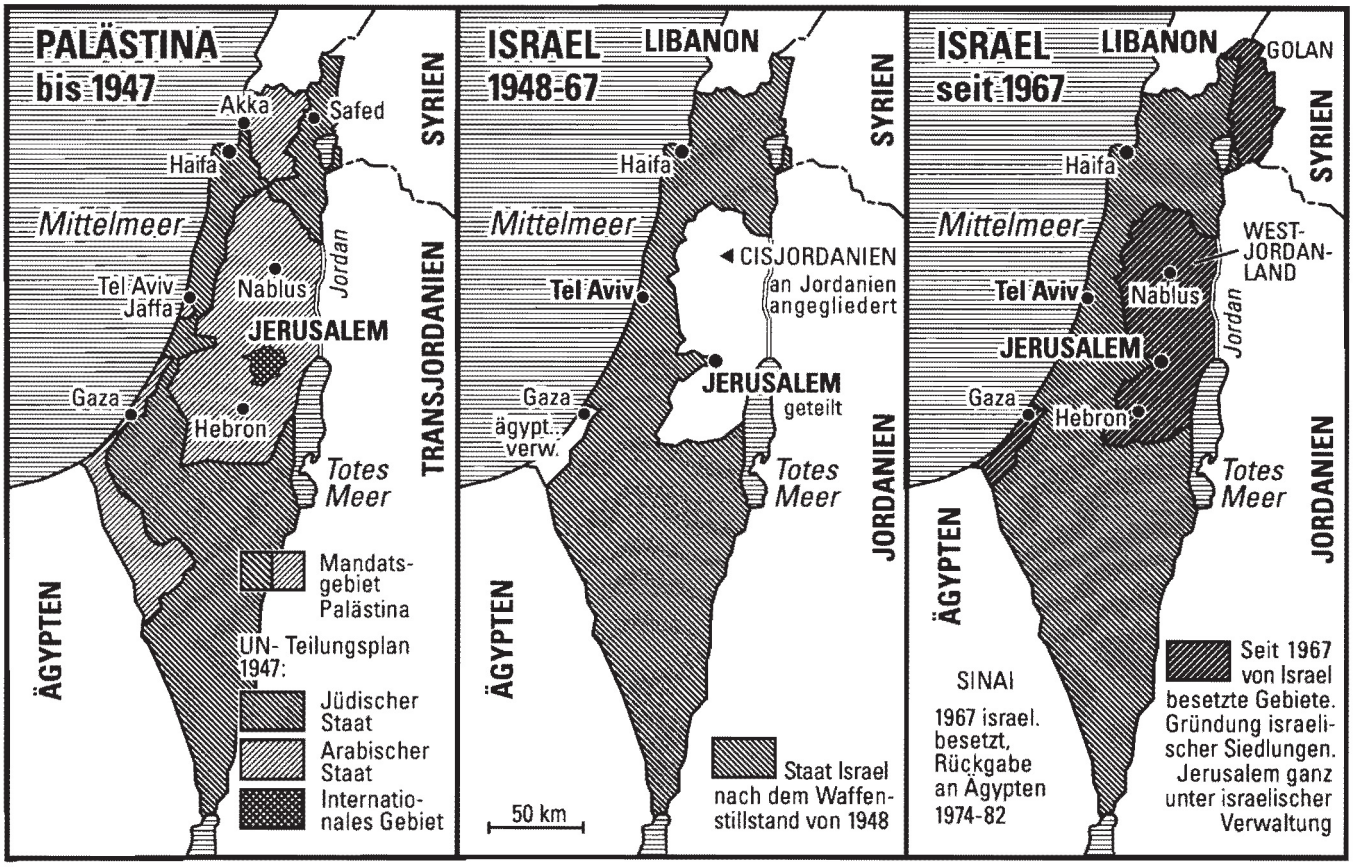
Als Großbritannien Transjordanien 1923 als unabhängigen arabischen Staat anerkannte, entzweite sich die zionistische Bewegung.

Es dauert bis 1942, bis sich die zionistische Führung unter den Eindrücken der Ereignisse in Europa auf die absolute Notwendigkeit eines unabhängigen jüdischen Staates festlegte. In der Folge verschärften sich die Zusammenstöße mit der britischen Verwaltung. Diese verzichtete bald darauf auf das Mandat und stimmter UN-Resolution vom 29. November 1947 zur Aufteilung Palästinas zu, was wiederum heftig von den arabischen Palästinensern und den angrenzenden islamischen Staaten bekämpft wurde.

Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen arabischen Einheiten und jüdischen Milizen.

Am 15. Mai 1948 lief das britische Mandat für Palästina aus. Doch infolge des bevorstehenden Sabbats proklamierte David Ben Gurion bereits am Freitag, dem 14. Mai 1948, den Staat Israel, der sofort von der Sowjetunion und der USA anerkannt wurde. Die arabischen Staten reagierten schnell. Der sogenannte Unabhängigkeitskrieg nahm seinen Anfang. Am 15. Mai 1948 griffen die Armeen Ägyptens, Transjordaniens, Syriens, des Libanon und des Irak den neuen Staat Israel an. Der Krieg endete 1949 und sah Israel im Besitze eines Gebietes, das größer war, als es der UN-Teilungsplan vorsah. Die Anliegerstaaten Israels verweigerten Israel konsequent die Anerkennung, hielten den Kriegszustand aufrecht und boykottierten das Land wirtschaftlich und kulturell. Der Waffenstillstand war äußerst brüchig, zumal die Ost-West Spannungen in den Nahostkonflikt hineinwirkten. Unter dem nach der Revolution vom 23. Juli 1952 an die Macht gekommenen Präsidenten Gamal Abdul Nasser konnte Ägypten seine alten Waffenstärke schnell wiederherstellen. Als daraufhin der Westen die finanzielle Förderung des Assuan-Staudammes verweigerte, verstaatlichte Nasser den Suez-Kanal. Dazu verhängte er ein Durchfahrtsverbot für israelische Schiffe und für solche, die Israel anlaufen wollten. Nachdem sich auch noch Syrien und Jordanien im Oktober 1956 mit ihm verbündeten, sah sich Israel derart bedrängt, daß es nach geheimen Absprachen mit Frankreich und Großbritannien in den Sinai und den Gazastreifen einmarschierte. Innerhalb von acht Tagen wurden diese Gebiete und darüber hinaus bis zu 16 km jenseits des Suez-Kanals erobert. Der amerikanische Präsident Eisenhower und der sowjetische Ministerpräsident Bulganin bewogen schließlich Israel, sich bis März 1957 aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. In der Folgezeit bemühte sich Israel verstärkt um diplomatische Anerkennung. 1965 wurden volle diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen.

Doch in Israel war keinesfalls Ruhe eingekehrt. Nasser sperrte die Zufahrt zum lebenswichtigen Hafen Eilat und konzentrierte im Bündnis mit Syrien und Jordanien Truppen an Israels Grenzen. Israel führte am 5. Juni 1967 einen "Präventivschlag" gegen Ägypten aus. Israelische Truppen besetz-



ten die gesamte Sinai-Halbinsel, den Gazastreifen, das Westjordanland, Ost-Jerusalem und die syrischen Golan-Höhen. Doch die militärischen Eroberungen bedeuteten keinesfalls Frieden. Hunderttausende arabischer Palästinenser kamen nun unter israelische Besatzung und Militärverwaltung. Das bis heute andauernde Palästinenserproblem fand seinen Anfang.

Ägypten seinerseits begann 1968 einen "Zermürbungskrieg" gegen Israel, der 1970 von einem von US-Außenminister William Rogers vermittelten Waffenstillstandvertrag abgelöst wurde. Doch nun mehrten sich die Kämpfe, die von der palästinensischen Bevölkerung ausgingen. Die PLO betrat die politische Bühne.

Am Jom Kippur, am 6. Oktober 1973, dem höchsten Feiertag des jüdischen Jahres, griffen Ägypten und Syrien Israel militärisch an. Der "Jom-Kippur-Krieg" sollte drei Wochen dauern. Zunächst fast niedergeworfen, erholte sich Israel schnell und erkämpfte sich Gebiete bis über den Suez-Kanal hinaus und bis 32 km vor Damaskus. Zwar ebnete der vierte Nahostkrieg den Weg für eine Neuorientierung der Politik im Vorderen Orient, doch wurden die folgenden trotz der Waffenstillstandsvereinbarung stattfindenden Überraschungsangriffe Syriens und Ägyptens zum "Trauma" für das Land.

Dem Likud-Block unter Menachem Begin, der 1977 gemeinsam mit der nationalreligiösen Partei die Regierungsverantwortung in Israel übernahm, blieb es vorbehalten, in Friedensverhandlungen mit Ägypten einzutreten. Ihm gegenüber saß ein verhandlungsbereiter Anwar al Sadat. Als erstes arabisches Land erkannte Ägypten die Existenz Israels an. Der Camp-David-Vertrag von 1979 bildete die Grundlage für den Truppenabzug Israels aus dem Sinai und die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen. Der Warenaustausch blieb hinter den Erwartungen zurück, insbesondere nachdem Ende 1987 die Intifada (arabisch: abschütteln; gemeint ist die israelische Besatzung) einsetzte. Darüber hinaus formierten sich Bewegungen wie der "islamische heilige Krieg" und der "Hamas" (Islamischer Widerstand), die die Gegensätze weiter aufheizten. Dennoch – es war wohl der entscheidene Durchbruch bei den Friedensbemühungen – erkannte die PLO am 16. Dezember 1988 die UNO-Resolutionen, die Israels Unabhängigkeit garantierten, an.

Der Golfkrieg von 1991 erwies sich als Wendepunkt im israelisch-arabischen Konflikt. Israel wurde danach von der arabischen Seite zunehmend als Verhandlungspartner akzeptiert. Im Oktober 1991 fand in Madrid eine Nahost-Konferenz statt, an der sich unter Führung der USA Israel, Syrien, Jordanien, Libanon und eine palästinensische Delegation beteiligten. Die Verhandlungen schleppten sich über Monate ohne nennenswerte Ergebnisse dahin. Auch der Erfolg der Arbeitspartei Israels in den Wahlen 1992 brachte zunächst keine Änderung. Erst die Verhandlungen in Oslo Mitte 1993 führten zum gewünschten Erfolg. Aufgrund der dort getroffenen Vereinbarung schloß Israel im Oktober 1994 mit Jordanien Frieden. Ungelöst ist allerdings nach wie vor das Verhältnis zu Syrien.

Im Oktober 1995 unterzeichneten Israel und die arabischen Palästinenser ein Abkommen, wodurch letztere die volle Autonomie über den Gaza-Streifen und die Stadt Jericho erhielten.

Die wirtschaftliche Entwicklung Israels

Israels Wirtschaft wird stark vom Staat beeinflußt. Er beherrscht viele der für Produktion und Beschäftigung wichtigen Unternehmen. Daneben spielen die genossenwirtschaftlich organisierten Kibbuzim und Moschawin im landwirtschaftlichen Sektor eine bedeutende Rolle. Schließlich beherrscht der Histadrut (der israelische Gewerkschaftsbund) eine nicht unwesentliche Zahl von Unternehmen, obwohl sie privatwirtschaftlich geführt und an den Börsen gehandelt werden.

Israels Wirtschaftsleistung ist verglichen mit den großen westlichen Staaten relativ klein. Das Bruttosozialprodukt (BSP) beträgt lediglich 4 % des deutschen BSP. Aber betrachtet man das BSP pro Kopf der Bevölkerung, wird deutlich, daß Israel mit 13 760 US $ (1993) mit im Vorderfeld der Weltgemeinschaft rangiert (Deutschland 1993: 23 560 US $).

Israels Wirtschaft profitierte zunächst von der Einwanderungswelle Ende des vergangenen Jahrhunderts. Damals gründeten die zionistischen Immigranten die ersten vornehmlich landwirtschaftlich ausgerichteten Unternehmen. In der Zeit zwischen 1923 und 1948 stieg die Gesamtleistung des jüdischen Wirtschaftssektors um das Fünfundzwanzigfache. Und dieses Wachstum mußte auch weiterhin beibehalten werden, um den Kapitalbedarf, die Eingliederung der einwandernden Neubürger und die Landesverteidigung finanzieren zu können.

In den ersten Jahren nach seiner Staatsgründung sah sich Israel aufgrund dieser Belastungen sogar zu einem Rationierungsprogramm für Lebensmittel und anderer Grundbedarfsgüter gezwungen. Auch wurden Devisen strikt reglementiert. Gleichzeitig steuerte der Staat mit Bewirtschaftungsmaßnahmen das wirtschaftliche Leben. Diese Politik wurde Anfang der 50er Jahre durch ein System von Subventionen und Steuern abgelöst, das der Regierung dennoch einen großen Beeinflussungsspielraum überließ. So konnte sie durch Gewährung verbilligter Kredite die Einfuhr selektiv steuern.

In den 50er Jahren begann die Regierung verstärkt auf die Industrialisierung zu setzen. Wichtig war hierbei der Arbeitsplatzaspekt. Er führte dazu, daß das Land gegen den Welthandel zunehmend abgeschottet wurde. In den 60er Jahren setzte sich eine stärkere außenwirtschaftliche Orientierung durch. Nachdem in der Folge jedoch Zahlungsbilanzschwierigkeiten auftraten, intervenierte die Regierung nach 1965. Die Konjunktur erholte sich nach dem "6-Tage-Krieg" wieder, doch stieg gleichzeitig der Inflationsdruck.

Nicht nur die Folgelasten des "Jom-Kippur-Kriegs" 1973 trafen Israels Wirtschaft empfindlich. Das von Erdölimporten stark abhängige Land wurde durch die sprunghaft gestiegenen Weltmarktpreise gebeutelt. Der Anteil der Erdöleinfuhr an den Gesamtimporten erhöhte sich von 1,6 % in den Jahren 1968 bis 1972 auf 5,8 % in der Zeit von 1974 bis 1978 dramatisch. Gleichzeitig stiegen die Militärausgaben empfindlich. Die Folgen waren hohe Inflationsraten und ein großes Leistungsbilanzsdefizit.

Eine entscheidende Wende wurde 1977 von der neu gewählten Regierung nach den Knesset-Wahlen versucht. Sie kürzte zahlreiche Subventionen und Exportanreize und wertete die nationale Währung, den Schekel, ab. Mit der gleichzeitig vollzogenen Lockerung der Devisenkontrolle geriet allerdings das Land in eine weitere Inflationsspirale. Die Preissteigerung erklomm bald dreistellige Beträge (1985: 305 %). Dem antwortete Mitte 1985 die Regierung mit einem drastischen Sanierungsprogramm, dessen Kernpunkte eine weitere Abwertung des israelischen Schekels und Subventionskürzungen waren. Ein befristeter Preisstopp wurde verhängt, die Reallöhne gesenkt und eine restriktive Haushaltspolitik begonnen. Ab dem 4. September 1985 entsprach der neue Schekel (NIS) 1 000 alten Schekel. Im August 1986 wurde die neue Währung an einen Währungskorb gekoppelt, der zu 60 % aus US-$, 20 % aus DM, 10 % britischen £-Sterling, 5 % französischen Francs und 5 % japanischen Yens bestand. Die US-$-Schwäche (ihr Außenwert sank um 52 %) zwang die israelischen Zentralbank Mitte 1995, den Anteil des US-$ auf 63,2 % festzusetzen, um israelische Exporte zu fördern. Entsprechend wurden die anderen Währungsanteile reduziert.

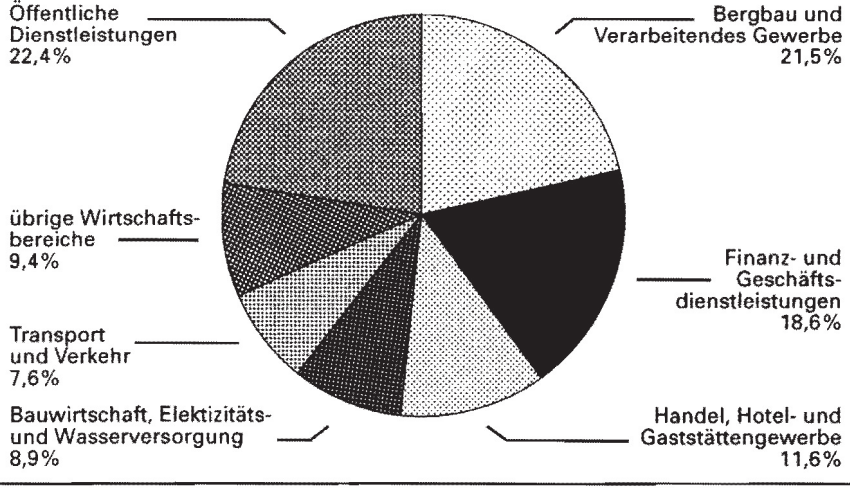
Stark prägten nach wie vor militärische Notwendigkeiten die Wirtschaftspolitik. Zwar helfen Rüstungsunterstützungen befreundeter Staaten, insbesondere der USA, dem Land, den Finanzierungsbedarf abzudecken, doch verschlingen die Verteidungsausgaben einen wesentlichen Teil der Staatsausgaben.

Die Wirtschaft Israels

In Israel sind die öffentlichen Dienste am stärksten am Bruttoinlandsprodukt (BIP) beteiligt, 1993 mit 22 %. Wie bereits schon an anderer Stelle ausgeführt, ist dies vornehmlich auf die hohen Verteidigungsausgaben zurückzuführen. Angesichsts der jüngsten Ereignisse ist auch nicht damit zu rechnen, daß sich dies in nächster Zukunft ändern wird.

Im privaten Sektor stellt der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe den wichtigsten Posten des Sozialprodukts. 1993 belief sich der Anteil auf 21 %. Danach folgten die Finanz- und Geschäftsdienstleistungen mit 19 % und der Bereich Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe mit 12 %. Die Bauwirtschaft, Elektrizitäts- und Wasserversorgung waren zu 9 % und Transport und Verkehr zu 8 % am Aufkommen beteiligt. Der Einfluß der einst so bedeutenden Landwirtschaft schwindet kontinuierlich. Ihr Anteil belief sich auf lediglich 2 %. Das Verarbeitende Gewerbe machte über 29 % der Wertschöpfung des Privatsektors aus. Größte Industriebranche ist die Metallverarbeitung und Elektronik mit einem Anteil von rd. 30 % an der Gesamtproduktion. Auf die Nahrungsmittelindustrie entfielen rd. 20 % und auf die chemische Industrie und Kunststoffverarbeitung rd. 15 %. Von weiter nennenswerter Bedeutung waren die Beiträge der Holzverarbeitung, der Herstellung von Papier

Wirtschaftsstruktur Israels in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 1994



und Druckerzeugnissen, der Erzeugung von Textilien und Bekleidung sowie der Diamantschleiferei.

Auch aufgrund gezielter Förderungsmaßnahmen des Staates, der die Handelsbilanz entlasten will, gewinnt die Produktion von Ausfuhrgütern ständig an Bedeutung, trotz eines signifikanten Absatzrückgangs bei Rüstungsgütern, die in den beiden letzten Dekaden die Spitzenstellung bei den Exporten einnahmen. Drei Wirtschaftszweige stellen über die Hälfte der gesamten Exporterzeugnisse her: der Straßen- und Luftfahrzeugbau, die elektrotechnische und elektronische sowie die chemische Industrie. Damit wird eindrucksvoll der Wandel zur High-Tech-Produktion belegt. Die Diamanten- und Halbedelsteinverarbeitung ist eine weitere bedeutende Exportbranche. Das Rohmaterial wird vornehmlich aus Südafrika bezogen, im Lande bearbeitet und zumeist in die USA, nach Japan und nach Hongkong verkauft.

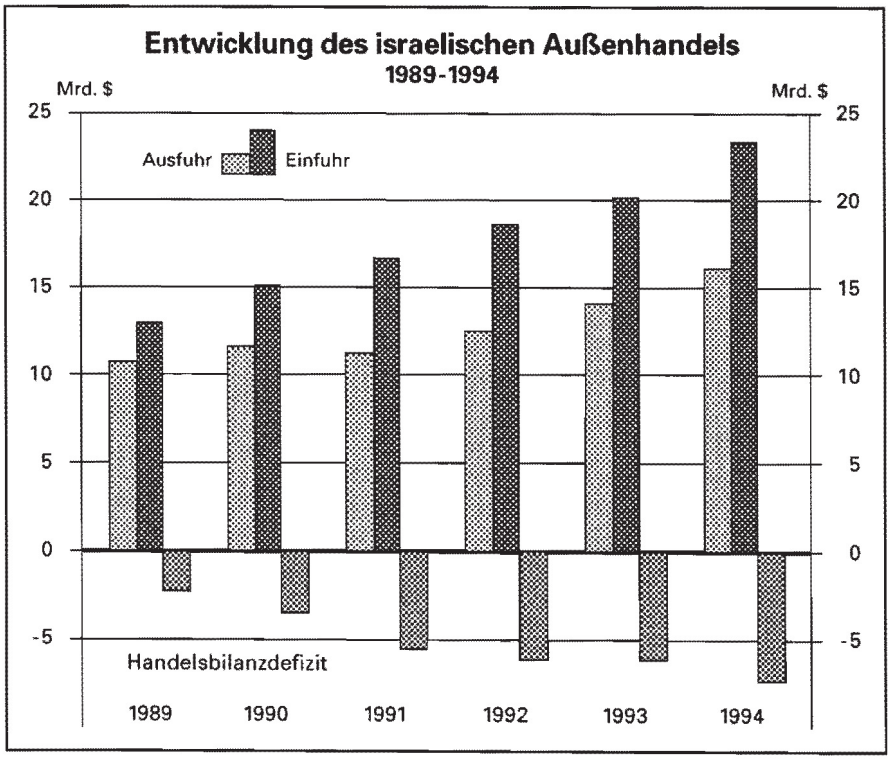
Die Bauindustrie wuchs nach 1990 sehr schnell, nachdem ihre Bedeutung im Verlauf der 80er Jahre ständig abgenommen hatte. Die Trendwende erfolgte 1989, als die Zinssätze drastisch gesenkt wurden. Aber der Hauptanstoß kam von den Hunderttausenden von jüdischen Immigranten aus der Sowjetunion, für die der Staat ein gewaltiges Wohnungsbauprogramm auflegte. Die Zahl der Fertigstellungen von Wohngebäuden stieg von 20 Tsd. in 1990 auf 70 Tsd. in 1992. Danach fiel sie schnell wieder (1994: 34 Tsd.), weil sich herausstellte, daß man Überschüsse und teilweise am Markt vorbei (z. B. Wohnungsbau in der Negevwüste) produziert hatte.

Der Tourismus hat in Israel stets eine bedeutende Rolle gespielt. Neben dem stets vorhandenen religiösen Fremdenverkehr – Israel ist das spirituelle Zentrum für drei Weltreligionen – hat das Land in den vergangenen Jahren beachtliche Anstrengungen unternommen, auch im anderen Marktsektor Fuß zu fassen. 1993 konnten insgesamt 1,654 Mill. Besucher begrüßt werden (+9,7 % gegenüber 1992), wobei die Kreuzfahrtpassagiere noch nicht einmal berücksichtigt sind. Knapp 60 % der Touristen kamen aus Europa, 25 % aus Nordamerika.

Nachdem die Landwirtschaft früher der wichtigste Wirtschaftsbereich gewesen war, ist ihre Bedeutung ständig gesunken. Die Wertschöpfung beläuft sich nur noch auf knapp 10 % des Beitrages des Verarbeitenden Gewerbes. Hauptgrund ist die Abkehr vom Zitrusfruchtanbau hin zum profitableren Anbau von Wintergemüse, Blumen und exotischen Früchten wie Avocados. Diese Entscheidung ist auch auf die Importrestriktionen der EU zurückzuführen, die ihre Zitrusfruchtbauländer schützt. Ein weiterer Grund liegt in der permanenten Wasserknappheit in Israel. Anstatt große Gebiete zu bewässern, kann man sich nun auf kleinere Anbauflächen konzentrieren und damit Wasser einsparen; denn 85 % der in Israel jährlich verfügbaren Wassermenge wird von der Landwirtschaft verbraucht.

Der israelische Außenhandel

Israel ist in hohem Maße auf den Außenhandel angewiesen. Gerade für eine relativ kleine Volkswirtschaft spielt die internationale Arbeitsteilung eine wichtige Rolle. Oftmals lassen sich Güter nur in großen Mengen rentabel herstellen. So ist es häufig sinnvoll, diese Erzeugnisse zu importieren. Deshalb verwundert der relativ hohe Anteil importierter Industrieprodukte nicht. Um diese Importe finanzieren zu können, muß umgekehrt ein hohes Exportniveau aufrechterhalten werden. Dies begründet die enge Einbindung Israels in den Welt-



handel. Auf 49 % des BIP belief sich 1993 die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, auf 34 % die der Ausfuhren.

Bei Würdigung dieser Anteile wird schon ein Hauptproblem des israelischen Außenhandels deutlich: das chronische Handelsbilanzdefizit. Es hat seit Staatsgründung bestanden. Finanziert werden konnte es nur durch Leistungen des Diaspora-Judentums, Wirtschafts- und Militärhilfen der USA, Kreditaufnahmen und letztlich auch durch Reparationen aus Deutschland. Israel mußte 1993 rund 5 % seines BIP für den Schuldendienst aufbringen.

Im Jahre 1994 exportierte Israel Waren im Werte von 16 050 Mill. US-$ (+14,0 % gegenüber dem Vorjahr) und bezog im gleichen Jahr Güter (ohne Militärgüter) im Werte von 23 369 Mill. US-$ (+15,4 %) aus dem Ausland[2]. Gegenüber 1990 haben damit die Exporte um 38 % und die Importe um 55 % zugenommen. Das Handelsbilanzdefizit belief sich somit 1994 auf 7 319 Mill. US-$ (+18,8 % gegen 1993; +108,9 % gegen 1990).

Israel exportiert in hohem Maße industrielle Produkte. 1994 belief sich deren Wert auf 14 825 Mill. US-$ (+12,4 %). Wichtigster Posten waren Maschinenbau- und Elektro- bzw. Elektronikerzeugnisse (5 491 Mill. US-$; +8,9 %). Die Vorstellung, Israel sei weitgehend ein landwirtschaftliches Exportland, ist längst überholt. Inoffiziellen Schätzungen zufolge, bestehen ca. 50 % der Exporte aus Hochtechnologieprodukten wie medizinischer Elektronik, Technologieprodukten für die Landwirtschaft etc.

Der Wert der Diamantenexporte (ohne Retouren) belief sich auf 4 015 Mill. US-$ (+32,2 %). Von Bedeutung sind außerdem die Ausfuhren von chemischen Produkten (2 217 Mill. US-$; +17,4 %). Hier spielen Feinchemikalien eine besondere Rolle. Gegen diese Zahlen verblassen die Exporte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Ihr Wert belief sich 1994 auf 594 Mill. US-$ (+8,6 %).

Bei den Importen überwogen 1994 die Grundstoffe und Produktionsmittel deutlich. Ihr Wert betrug 16 193 Mill. US-$, 12,5 % mehr als 1993. Auf Diamanten entfielen hierbei 3 873 Mill. US-$ (+15,9 %) und auf Erdöl und Erdölprodukte 1 658 Mill. US-$ (−4,8 %). Investitionsgüter schlugen mit 4 177 Mill. US-$ (+16,8 %) und Konsumgüter mit 3 047 Mill. US-$ (+20,3 %) zu Buche.

Obwohl die USA weiterhin der bedeutenste einzelne Handelspartner Israels sind, ist die EU in ihrer Gesamtheit wichtiger, insbesondere wenn der Handel mit Diamanten unberücksichtigt bleibt; denn dieser ist zwar im Volumen hoch, aber erbringt relativ wenig Wertschöpfung. Israel ist das einzige Land der Welt, das sowohl mit den USA wie auch der EU Freihandelsabkommen abgeschlossen hat, mit der Folge, daß Waren aus diesen Gebieten zollfrei eingeführt werden können.

Der Handel mit dem Rest der Welt, insbesondere mit den Ländern des Fernen Ostens, wurde von einer Vielzahl von Schutzmaßnahmen wie Zöllen, nicht-tarifären Handelshemmnissen und Importlizenzen behindert. Ab 1. September 1991 traten jedoch neue Regelungen in Kraft. Seidem werden lediglich Zölle erhoben, die schrittweise abgebaut werden. Davon ausgenommen sind nur die sog. "sensitiven" Güter.

Im Jahre 1994 wurden 29,2 % der Exporte in die EU ausgeführt. 1993 waren es noch 29,6 % und 1992 gar 34,5 % gewesen. Innerhalb der Gemeinschaften war Großbritannien wichtigstes Bestimmungsland (6,3 %), gefolgt von Belgien-Luxemburg (5,5 %) und Deutschland (5,4 %). In die USA versandte Israel 30,6 % seiner Exporte, nach Japan 6,9 % und nach Hongkong 5,2 %.

Die Importe stammten 1994 zu 53,7 % aus der EU (nach 60,9 % in 1993).

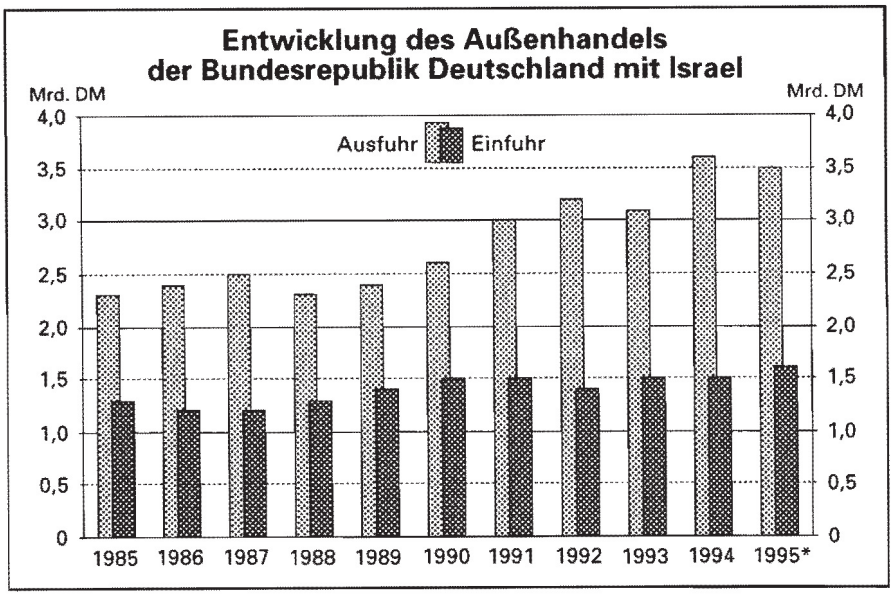
Am meisten wurde aus Belgien-Luxemburg bezogen (12,7 %), gefolgt von Deutschland (10,4 %) und Großbritannien (8,7 %). Die USA trugen zu 17,9 % zu den Einfuhren bei und Japan zu 4,1 %.

Der Handel Deutschlands mit Israel

Das Volumen des bilateralen Handels zwischen Deutschland und Israel belief sich 1995 auf 5 125 Mill. DM, eine Abnahme von 0,8 % gegenüber dem Vorjahr. Deutschland exportierte Güter im Werte von 3 504 Mill. DM (−2,9 %), während es aus Israel Waren im Werte von 1 621 Mill. DM (+4,3 %) bezog. Der Außenhandelsüberschuß betrug damit 1 882 Mill. DM – ein Rückgang von 8,4 %.

Die Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes nahmen bei den Ausfuhren nach Israel schon immer eine führende Stellung ein. Im Jahr 1995 belief sich ihr Anteil an der Gesamtausfuhr auf 57,7 %. Allerdings nahm der Exportwert gegenüber 1994 um 8,7 % auf 2 021 Mill. DM ab. Verursacht wurde der Rückgang in erster Linie von den elektrotechnischen Erzeugnissen. Die Ausfuhren sanken hier um 15,3 % auf 629 Mill. DM. Doch muß in diesem Zusammenhang auch auf den Basiseffekt verwiesen werden, denn im Vorjahr hatte die Steigerungsrate exorbitante 47,4 % betragen. Dennoch darf nicht aus den Augen gelassen werden, daß gerade in den Elektronik-, EDV- und Chemiebranchen deutsche Firmen begonnen haben, ihe Ak-

2) Exporte und Importe in diesem Kapitel ohne Handel mit den Besetzten Gebieten.



* vorläufige Ergebnisse

tivitäten vom traditionellen Handel hin zu Investitionen in israelische Unternehmen zu verlagern. Auch werden hier verstärkt wirtschaftliche Kooperationen gesucht. Die Realisierung dieser Vorhaben führt mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem Rückgang der Exportzahlen in den betreffenden Branchen.

Bedeutenster Ausfuhrposten unter den Investitionsgütern waren die Maschinenbauerzeugnisse mit 669 Mill. DM, die in etwa die Position gegenüber dem Vorjahr halten konnten (−0,5 %). Die Ausfuhren an Straßenfahrzeugen (404 Mill. DM) gaben um 16,0 % nach, wohl Folge der härter werdenden Konkurrenz aus Fernost, die auch von dem Zollabbau profitieren dürfte. Die Exporte von Eisen-, Blech- und Metallwaren konnten um 13,0 % auf 131 Mill. DM gesteigert werden.

Auf die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes entfielen 27,8 % der Gesamtausfuhr (973 Mill. DM; +12,1 %) Hier dominierten im Handel mit Israel die chemischen Erzeugnisse (720 Mill. DM; +10,5 %). Der Export von Erzeugnissen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes nahm geringfügig um 0,8 % auf 386 Mill. DM zu. Hier ist insbesondere die kräftige Steigerung bei den Kunststofferzeugnissen um 24,1 % auf 107 Mill. DM erwähnenswert.

Auch auf der Einfuhrseite dominierten bei einem Plus von 7,2 % gegenüber 1994 die Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes mit 714 Mill. DM. Sie machten 44,0 % der Gesamtbezüge aus. Wichtigste Gütergruppe sind nach wie vor die elektrotechnischen Erzeugnisse mit 431 Mill. DM, von denen Deutschland um 4,8 % mehr einführte als im Jahr zuvor. Der Importwert von Eisen-, Blech- und Metallwaren stieg um 13,4 % auf 107 Mill. DM. Israel exportierte für 424 Mill. DM (+1,6 %) Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes, 26,1 % der Gesamtausfuhr, nach Deutschland. Musikinstrumente, Spielwaren und Sportgeräte (132 Mill. DM; +2,1 %), Textilien (130 Mill. DM; −3,5 %) und Kunststofferzeugnisse (109 Mill. DM; +21,9 %) sind hier die Hauptposten. Die deutsche Einfuhr an Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes belief sich auf 213 Mill. DM (+1,9 %), jene der Land- und Forstwirtschaft auf 156 Mill. DM (+11,9 %).

Die Stellung Israels im nordrhein-westfälischen Außenhandel

Der Warenverkehr Nordrhein-Westfalens mit Israel konnte 1995 um 14,9 % auf 1 236 Mill. DM gesteigert werden. Damit bestritt er 24,1 % des deutsch-israelischen Handels. Am gesamten Außenhandel Nordrhein-Westfalens war er zur 0,4 % beteiligt. Wie schon in den Vorjahren war der Außenhandelsüberschuß mit Israel erheblich. Er belief sich auf 508 Mill. DM, wobei die Ausfuhren die Einfuhren um 140 % überstiegen.

Die Ausfuhren nordrhein-westfälischer Produkte nach Israel stiegen um 13,7 % auf 872 Mill. DM. An den deutschen Exporten nach Israel waren sie zu 24,9 % beteiligt, während ihr Anteil an den Gesamtexporten Nordrhein-Westfalens 0,5 % betrug.

Bei einer unterdurchschnittlichen Steigerungsrate von 7,1 % bestritten die Investitionsgüter (398 Mill. DM) 45,6 % der Ausfuhren des Landes nach Israel. Bundesweit lag allerdings dieser Wert bei 57,7 %. Entsprechend niedriger fiel in diesem Wirtschaftsbereich der Anteil Nordrhein-Westfalens an den deutschen Exporten aus (19,7 %). Von Bedeutung sind die nordrhein-westfälischen Lieferungen von Maschinenbauerzeugnissen. Ihr Wert belief sich auf 177 Mill. DM (+22,9 %) und repräsentierte 20,3 % der Gesamtausfuhren NRWs nach Israel (Bund: 19,1 %). Die nordrhein-westfälischen Exporteure verkauften Grundstoffe und Produktionsgüter im Werte von 347 Mill. DM nach Israel (+23,8 %). Sie bestritten damit überproportional 35,7 % der deutschen Ausfuhren in diesem Bereich. An den deutschen Chemieexporten ist NRW

Anteil der Gütergruppen am Außenhandel Nordrhein-Westfalens und Deutschlands mit Israel 1995*)

Gütergruppe	Ausfuhr		Einfuhr	
	NRW	BRD	NRW	BRD
	%			
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft	0,1	0,1	23,8	9,6
Bergbauliche Erzeugnisse	–	0,1	–	1,4
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	39,8	27,8	18,6	13,1
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	45,6	57,7	22,0	44,0
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	12,5	11,0	31,2	26,1
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabak	1,8	2,5	4,2	3,1
Sonstige Waren	0,2	0,9	0,2	2,6
Insgesamt	**100**	**100**	**100**	**100**

*) vorläufige Ergebnisse

(255 Mill. DM; +24,1 %) zu 35,5 % beteiligt. Von geringerer Bedeutung waren die NRW-Verbrauchsgüterlieferungen (109 Mill. DM; +13,0 %). Sie machten an den NRW-Exporten nach Isreal 12,5 % und an der deutschen Verbrauchsgüterausfuhr 28,3 % aus.

Der Wert der nordrhein-westfälischen Importe aus Israel bezifferte sich 1995 auf 364 Mill. DM, eine Zunahme von 17,6 % gegenüber 1994. An der deutschen Einfuhr hatte sie einen Anteil von 22,5 %. Die Bezüge machten 0,2 % an der gesamten NRW-Einfuhr aus (Bund: 0,3 %).

Wichtigste Gütergruppe unter den NRW-Importen aus Israel waren die Verbrauchsgüter mit einem Wert von 114 Mill. DM, der um 13,2 % gegenüber em Vorjahr zunahm. Diese Gruppe bestritt 31,2 % aller NRW-Einfuhren (Bund: 26,1 %) und 26,8 % der deutschen Bezüge an Verbrauchsgütern aus Israel. Am bedeutendsten in diesem Bereich waren die Bezüge von Kunststofferzeugnissen (51 Mill. DM; +34,8 %) und von Textilien (29 Mill. DM; +3,4 %). Der Anteil an den Gesamteinfuhren aus Israel betrug 13,9 % bzw. 7,9 %. Bundesweit beliefen sich die entsprechenden Quoten auf 6,7 % bzw. 8,0 %.

Nordrhein-Westfalen führte 1995 Investitionsgüter im Werte von 80 Mill. DM aus Israel ein, 23,5 % mehr als im Jahr zuvor. Damit entfielen 22,0 % der Gesamtimporte auf diesen Bereich (Bund: 44,0 %). Wichtigste Gütergruppe waren elektrotechnische Erzeugnisse mit 30 Mill. DM (+28,5 %). Der Importwert von Grundstoffen und Produktionsgütern stieg um 27,1 % auf 68 Mill. DM (Bund: 213 Mill. DM; +1,9 %). In der wichtigsten Gütergruppe, den chemischen Erzeugnissen, mit einem Importwert von 46 Mill. DM betrug die Zuwachsrate 42,4 % (Bund: 127 Mill. DM; +20,1 %). Der Einfuhrwert landwirtschaftlicher Produkte belief sich auf 87 Mill. DM bei einer Steigerungsrate von 14,7 % (Bund: 156 Mill. DM; +11,9 %).

Literaturnachweise:
Israel von A – Z, hrsg. v. E. Hirsch, Jerusalem 1993
Israel, Informationen zur politischen Bildung, Heft 247, hrsg. v. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1995
Länderbericht Israel 1991, Statistisches Bundesamt, Stuttgart, 1991
The Economist Intelligence Unit, Country Profile Israel – The Occupied Territories 1995-96, London, 1996
Joseph Canaan, Israel Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 1995/96, Länderreport 4350, Beilage der Nachrichten für den Außenhandel, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, März 1996

„Einkommensmillionäre" in NRW

Die Zahl der in Nordrhein-Westfalen ansässigen „Einkommensmillionäre" ist innerhalb von drei Jahren um mehr als ein Drittel auf fast 7 300 gestiegen (exakt: +1 891 oder +35,3 % auf 7 255). Diese Zahlen beruhen auf den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1992, nach der sich das zu versteuernde Einkommen von 6,2 Millionen Personen auf 307,5 Milliarden DM belief.

Setzt man die 7 255 „Einkommensmillionäre" in Relation zur Einwohnerzahl, so ergibt sich im Landesdurchschnitt je 10 000 Einwohner eine „Millionärsquote" von 4 (1986: 3). Die höchste Quote aller 396 Städte und Gemeinden in NRW errechnet sich hierbei für die Stadt Meerbusch im Kreis Neuss mit einem Wert von 19, gefolgt von Roetgen (18) im Kreis Aachen, Schalksmühle (16) und Neuenrade (13) im Märkischen Kreis.

Aktuelle Ergebnisse

Preisindex für die Lebenshaltung in Nordrhein-Westfalen

Juli 1996 (Basis 1991 = 100)

Hauptgruppe / Gütergruppe / Gut	Wägungsanteil	Indexstand	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres	Indexstand			Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres		
				Haushaltstyp[1]			Haushaltstyp[1]		
	alle privaten Haushalte			1	2	3	1	2	3
	‰	Punkte	%	Punkte			%		
Gesamtpreisindex	**1 000**	**114,1**	**+ 1,4**	**114,8**	**114,3**	**114,6**	**+ 1,1**	**+ 1,3**	**+ 1,6**
ohne Heizöl und Kraftstoffe	963,03	114,1	+ 1,2	114,9	114,2	114,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,5
ohne Saisonwaren	976,61	114,5	+ 1,4	115,5	114,7	115,0	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,6
ohne Dienstleistungen und Reparaturen (jedoch mit Wohnungs- und Garagennutzung)	772,36	112,2	+ 1,3	113,9	112,5	112,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3
nur Dienstleistungen und Reparaturen (ohne Wohnungs- und Garagennutzung)	227,64	120,5	+ 1,8	119,1	122,2	122,8	+ 0,2	+ 1,2	+ 2,6
nur Heizöl und Kraftstoffe	36,97	113,1	+ 6,4	112,5	115,6	115,5	+ 6,7	+ 5,9	+ 5,8
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	**224,90**	**109,4**	**+ 0,9**	**108,2**	**109,0**	**108,7**	**+ 0,7**	**+ 0,9**	**+ 1,0**
Nahrungsmittel zusammen	131,80	106,4	+ 1,1	106,3	106,9	106,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2
saisonabhängige Nahrungsmittel	16,71	94,6	+ 0,2	95,3	94,9	93,7	− 0,8	+ 0,6	+ 1,1
Frischgemüse	5,76	77,6	+ 1,0	75,8	78,8	79,0	− 0,7	+ 1,7	+ 2,1
Frischfisch	1,26	100,9	+ 2,1	100,8	101,0	100,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Frischobst	8,05	99,8	+ 3,6	100,0	100,3	99,7	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,7
Kartoffeln	1,64	123,5	−14,0	123,5	123,5	123,5	−14,0	−14,0	−14,0
sonstige Nahrungsmittel	115,09	108,1	+ 1,2	108,2	108,2	108,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2
Milch, Eier, Butter, Fette, Öle	22,80	105,3	+ 1,6	105,1	105,3	105,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5
Getränke, Tabakwaren	57,62	112,7	− 0,1	112,9	112,6	112,1	− 0,8	–	+ 0,2
Verzehr in Gaststätten und Kantinen	45,84	114,4	+ 1,4	114,8	114,1	114,0	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4
Bekleidung, Schuhe	**73,83**	**111,5**	**+ 0,9**	**111,4**	**111,2**	**111,1**	**+ 0,9**	**+ 1,0**	**+ 0,9**
Bekleidung	55,53	112,0	+ 0,9	111,8	111,6	111,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Schuhe	10,95	110,0	+ 0,8	110,5	110,4	110,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9
Wohnungsmieten, Energie	**245,34**	**118,3**	**+ 2,0**	**119,2**	**119,2**	**119,1**	**+ 1,8**	**+ 1,9**	**+ 2,0**
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	191,93	124,4	+ 3,3	125,8	124,8	124,2	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,2
Energie	53,41	96,5	− 3,6	96,5	96,8	97,1	− 4,6	− 4,4	− 4,3
feste Brennstoffe (z. B. Kohle)	1,69	106,4	+ 1,1	106,3	104,8	103,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8
Heizöl	8,70	90,8	+14,1	90,8	90,8	90,8	+14,1	+14,1	+14,1
Gas	7,64	101,1	− 0,5	101,1	101,0	101,0	− 0,5	− 0,5	− 0,5
Umlage für Heizung, Warmwasser und Fernwärme	8,89	98,3	− 1,1	98,3	98,3	98,3	− 0,5	− 0,3	− 0,5
Elektrizität	26,49	95,8	−10,0	94,6	96,2	96,6	−10,6	− 9,8	− 9,6
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	**76,99**	**110,8**	**+ 1,0**	**110,7**	**109,7**	**110,5**	**+ 0,9**	**+ 0,8**	**+ 0,9**
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	**53,53**	**114,1**	**+ 3,4**	**124,3**	**116,3**	**114,4**	**+ 1,4**	**+ 1,4**	**+ 6,2**
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**167,85**	**114,1**	**+ 1,9**	**111,6**	**113,9**	**114,1**	**− 0,1**	**+ 1,9**	**+ 1,8**
Kfz-Reparaturen	18,64	120,4	+ 2,6	120,2	120,1	120,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4
Pkw	66,97	110,7	+ 0,3	110,6	110,7	110,6	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3
Kraftstoffe (Benzin, Diesel)	28,27	120,0	+ 4,8	121,1	120,0	119,9	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,7
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	**91,66**	**109,5**	**+ 1,1**	**112,1**	**110,8**	**110,2**	**+ 2,1**	**+ 1,2**	**+ 1,2**
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	**65,90**	**127,6**	**− 0,2**	**130,3**	**131,2**	**133,0**	**+ 0,1**	**− 0,3**	**+ 0,6**
Dienstleistungen der Versicherungen	18,29	131,6	–	121,7	122,8	137,0	− 2,7	− 2,1	+ 1,6

1) Haushaltstyp 1: Zwei-Personen-Haushalte mit geringem Einkommen
Haushaltstyp 2: Vier-Personen-Haushalte mit mittlerem Einkommen
Haushaltstyp 3: Vier-Personen-Haushalte mit höherem Einkommen

Gesundheitswesen

Allgemeine Krankenhäuser am 31. Dezember 1994

Verwaltungsbezik	Allgemeine Krankenhäuser[1]						
	am 31. 12. 1994	Jahresdurchschnitt 1994		1994			
	Anzahl	Planbetten	aufgestellte Betten	stationär behandelte Kranke	Pflegetage	Verweildauer	Bettennutzung
						Tage	%
Kreisfreie Städte							
Düsseldorf	13	5 459	5 503	143 607	1 603 205	11,2	79,8
Duisburg	12	5 024	5 019	124 624	1 569 968	12,6	85,7
Essen	14	5 937	5 814	157 181	1 789 015	11,4	84,3
Krefeld	4	1 911	1 911	52 544	548 266	10,4	78,6
Mönchengladbach	6	2 252	2 208	57 199	647 743	11,3	80,4
Mülheim an der Ruhr	2	.	.	.	.	.	.
Oberhausen	5	1 851	1 851	42 500	538 974	12,7	79,8
Remscheid	3	.	.	.	.	.	.
Solingen	3	1 303	1 241	32 975	365 201	11,1	80,6
Wuppertal	5	2 909	2 766	72 728	778 950	10,7	77,2
Kreise							
Kleve	7	3 073	3 073	44 775	927 044	20,7	82,7
Mettmann	11	2 250	2 312	57 405	681 374	11,9	80,7
Neuss	6	1 949	1 949	57 845	587 473	10,2	82,6
Viersen	8	1 733	1 733	43 223	507 521	11,7	80,2
Wesel	8	3 356	3 321	83 664	999 772	11,9	82,5
Reg.-Bez. Düsseldorf	**107**	**41 021**	**40 749**	**1 021 669**	**12 160 237**	**11,9**	**81,8**
davon							
kreisfreie Städte	67	28 660	28 361	734 761	8 457 053	11,5	81,7
Kreise	40	12 361	12 388	286 912	3 703 184	12,9	81,9
Kreisfreie Städte							
Aachen	5	2 385	2 408	70 686	726 205	10,3	82,6
Bonn	10	3 947	3 947	100 887	1 153 768	11,4	80,1
Köln	18	7 959	7 886	195 794	2 199 657	11,2	76,4
Leverkusen	3	1 185	1 185	34 467	360 576	10,5	83,4
Kreise							
Aachen	5	1 847	1 847	49 388	562 715	11,4	83,5
Düren	7	1 662	1 671	47 678	496 604	10,4	81,4
Erftkreis	7	1 601	1 595	42 290	453 178	10,7	77,8
Euskirchen	3	1 074	1 070	27 374	311 200	11,4	79,7
Heinsberg	4	938	938	26 306	275 636	10,5	80,5
Oberbergischer Kreis	6	1 827	1 827	49 829	515 826	10,4	77,4
Rhein-Berg. Kreis	4	1 118	1 118	33 855	330 593	9,8	81,0
Rhein-Sieg-Kreis	11	1 951	1 934	56 493	582 156	10,3	82,5
Reg.-Bez. Köln	**83**	**27 494**	**27 426**	**735 045**	**7 968 114**	**10,8**	**79,6**
davon							
kreisfreie Städte	36	15 476	15 426	401 834	4 440 206	11,0	78,9
Kreise	47	12 018	12 000	333 213	3 527 908	10,6	80,5
Kreisfreie Städte							
Bottrop	3	1 004	992	22 370	272 941	12,2	75,4
Gelsenkirchen	8	2 649	2 649	68 260	776 835	11,4	80,3
Münster	7	3 750	3 792	97 445	1 099 019	11,3	79,4

1) Bei allgemeinen Krankenhäusern handelt es sich um Krankenhäuser, die über Betten in vollstationären Fachabteilungen verfügen, wobei die Betten nicht ausschließlich für psychiatrische und neurologische Patienten vorgehalten werden.

Verwaltungsbezik	Allgemeine Krankenhäuser[1]						
	am 31. 12. 1994	Jahresdurchschnitt 1994		1994			
	Anzahl	Planbetten	aufgestellte Betten	stationär behandelte Kranke	Pflegetage	Verweildauer	Bettennutzung
						Tage	%
Kreise							
Borken	9	2 099	2 099	54 089	640 558	11,8	83,6
Coesfeld	4	932	932	24 543	272 069	11,1	80,0
Recklinghausen	15	5 291	5 278	130 692	1 567 057	12,0	81,3
Steinfurt	12	2 593	2 593	63 016	746 241	11,8	78,8
Warendorf	5	1 531	1 531	39 369	466 399	11,8	83,5
Reg.-Bez. Münster	**63**	**19 849**	**19 866**	**499 782**	**5 841 119**	**11,7**	**80,6**
davon							
kreisfreie Städte	18	7 403	7 433	188 075	2 148 795	11,4	79,2
Kreise	45	12 446	12 433	311 709	3 692 324	11,8	81,4
Kreisfreie Stadt							
Bielefeld	8	3 167	3 101	76 309	987 008	12,9	87,2
Kreise							
Gütersloh	8	2 036	2 036	39 720	610 922	15,4	82,2
Herford	4	1 374	1 367	35 415	419 125	11,8	84,0
Höxter	6	1 722	1 722	33 340	535 411	16,1	85,2
Lippe	5	1 540	1 585	42 022	491 776	11,7	85,0
Minden-Lübbecke	10	2 775	2 825	73 701	901 410	12,2	87,4
Paderborn	8	2 165	2 210	58 072	685 215	11,8	84,9
Reg.-Bez. Detmold	**49**	**14 779**	**14 846**	**358 578**	**4 630 867**	**12,9**	**85,5**
davon							
kreisfreie Stadt	8	3 167	3 101	76 309	987 008	12,9	87,2
Kreise	41	11 612	11 745	282 270	3 643 859	12,9	85,0
Kreisfreie Städte							
Bochum	9	3 703	3 703	86 095	1 071 341	12,4	79,3
Dortmund	12	5 610	5 444	121 353	1 622 020	13,4	81,6
Hagen	7	2 252	2 206	54 625	643 046	11,8	79,9
Hamm	6	2 225	2 225	54 343	655 149	12,1	80,7
Herne	6	1 937	1 958	41 859	562 924	13,4	78,8
Kreise							
Ennepe-Ruhr-Kreis	11	2 926	2 926	62 657	843 579	13,5	79,0
Hochsauerlandkreis	15	2 319	2 403	52 349	701 394	13,4	80,0
Märkischer Kreis	14	3 338	3 392	81 024	972 880	12,0	78,6
Olpe	3	910	910	21 947	279 464	12,7	84,1
Siegen-Wittgenstein	9	2 435	2 385	64 818	705 386	10,9	81,0
Soest	10	2 254	2 260	56 959	664 387	11,7	80,5
Unna	9	2 614	2 588	65 269	776 198	11,9	82,2
Reg.-Bez. Arnsberg	**111**	**32 523**	**32 400**	**763 295**	**9 497 768**	**12,4**	**80,3**
davon							
kreisfreie Städte	40	15 727	15 536	358 275	4 554 480	12,7	80,3
Kreise	71	16 796	16 864	405 023	4 943 288	12,2	80,3
Nordrhein-Westfalen	**413**	**135 666**	**135 287**	**3 378 367**	**40 098 105**	**11,9**	**81,2**
davon							
kreisfreie Städte	169	70 433	69 857	1 759 254	20 587 542	11,7	80,7
Kreise	244	65 233	65 430	1 619 127	19 510 563	12,1	81,7

Anmerkungen S. 472

Erwerbstätigkeit

Erwerbstätige 1994 nach Wirtschaftsabteilungen

Verwaltungsbezirk	Erwerbstätige 1994[1]										
		Anteil der Wirtschaftsabteilungen in %									
	insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	Dienstleistungen[2]	Organisationen o. E.[3] und private Haushalte	Gebietskörperschaften, Sozialversicherung
Kreisfreie Städte											
Düsseldorf	395 876	0,3	1,0	15,9	4,3	17,0	8,1	7,7	24,7	3,9	17,2
Duisburg	198 951	0,5	3,9	29,3	5,3	13,9	9,1	2,1	17,1	6,0	12,8
Essen	246 313	0,7	2,5	17,1	6,1	18,5	7,0	3,6	22,6	5,6	16,2
Krefeld	109 196	0,8	0,7	34,1	5,3	16,5	5,1	2,7	19,0	3,6	12,2
Mönchengladbach	106 499	0,9	1,5	29,7	6,0	16,3	5,3	2,7	20,1	4,4	13,0
Mülheim an der Ruhr	67 453	1,0	0,6	30,4	9,0	21,5	4,4	1,8	15,8	5,1	10,4
Oberhausen	81 056	0,5	5,1	21,6	7,0	14,4	5,4	2,0	24,9	7,2	11,9
Remscheid	55 025	0,8	0,7	49,9	4,4	12,8	3,0	2,2	12,8	3,6	9,8
Solingen	64 230	0,5	1,0	42,4	5,3	16,7	3,9	2,3	13,9	3,6	10,3
Wuppertal	159 223	0,7	1,3	32,6	4,2	14,0	6,7	3,5	16,7	4,5	15,7
Kreise											
Kleve	100 793	7,6	0,5	21,9	8,1	17,4	4,1	2,5	15,5	9,0	13,4
Mettmann	203 525	1,1	0,6	36,3	5,2	20,5	5,4	1,4	16,5	4,4	8,5
Neuss	164 545	1,9	3,5	28,3	6,3	18,1	8,7	2,3	18,0	4,7	8,2
Viersen	109 857	3,4	0,6	32,1	6,5	19,1	3,8	1,5	16,2	4,7	12,1
Wesel	158 934	3,2	10,8	19,4	8,0	15,4	4,3	2,0	16,6	8,9	11,7
Reg.-Bez. Düsseldorf	**2 221 476**	**1,4**	**2,4**	**26,4**	**5,8**	**17,0**	**6,3**	**3,4**	**19,2**	**5,2**	**13,1**
davon											
kreisfreie Städte	1 483 822	0,6	1,9	25,4	5,3	16,3	6,8	4,1	20,4	4,7	14,4
Kreise	737 654	2,9	3,4	28,3	6,7	18,2	5,5	1,9	16,7	6,1	10,3
Kreisfreie Städte											
Aachen	129 594	0,7	0,7	20,5	4,2	12,3	5,4	5,1	19,3	5,9	25,9
Bonn	183 029	0,4	0,6	9,5	3,1	10,3	4,6	3,6	21,6	7,9	38,3
Köln	486 081	0,3	1,1	16,8	5,0	15,4	7,6	7,6	24,1	4,5	17,6
Leverkusen	81 984	0,5	0,7	52,2	5,4	9,7	4,1	1,5	13,3	3,7	8,8
Kreise											
Aachen	90 189	1,7	4,6	28,2	8,4	18,1	5,1	1,6	18,2	5,3	8,7
Düren	94 371	3,2	2,5	28,7	6,8	12,6	4,9	1,9	19,9	5,1	14,4
Erftkreis	140 173	1,8	5,7	24,1	7,4	18,6	4,9	1,6	18,9	4,4	12,6
Euskirchen	60 074	3,8	0,8	23,6	8,3	14,3	6,3	1,9	18,2	7,4	15,3
Heinsberg	78 950	3,7	4,9	22,9	9,2	13,9	4,4	1,9	19,6	5,8	13,7
Oberbergischer Kreis	106 865	2,4	0,6	40,5	6,0	13,0	3,4	1,6	17,8	5,0	9,8
Rhein.-Berg. Kreis	88 324	1,9	0,6	26,0	7,3	17,7	4,5	2,0	23,3	6,8	9,9
Rhein-Sieg-Kreis	159 076	2,9	0,6	24,1	8,4	16,4	5,0	2,1	21,3	5,5	13,7
Reg.-Bez. Köln	**1 698 709**	**1,5**	**1,7**	**23,1**	**6,1**	**14,5**	**5,6**	**3,9**	**20,9**	**5,4**	**17,5**
davon											
kreisfreie Städte	880 688	0,4	0,9	19,1	4,5	13,3	6,3	5,8	21,9	5,4	22,3
Kreise	818 022	2,6	2,6	27,3	7,7	15,8	4,8	1,8	19,8	5,5	12,2
Kreisfreie Städte											
Bottrop	35 773	1,4	16,7	16,9	6,6	16,7	3,9	1,6	16,5	9,5	10,3
Gelsenkirchen	101 550	0,5	7,9	25,0	5,2	14,9	4,3	1,8	17,8	9,0	13,5
Münster	154 787	1,2	1,0	10,9	4,7	14,2	6,6	7,3	21,5	4,7	27,8

1) Arbeitnehmer/-innen, Beamte und Selbständige einschl. mithelfender Familienangehöriger; Ergebnisse einer regional und sektoral disaggregierten Erwerbstätigenrechnung – 2) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht – 3) ohne Erwerbszweck

Verwaltungsbezirk	Erwerbstätige 1994[1]										
	insgesamt	Anteil der Wirtschaftsabteilungen in %									
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	Dienstleistungen[2]	Organisationen o. E.[3] und private Haushalte	Gebietskörperschaften, Sozialversicherung
Kreise											
Borken	145 731	5,7	0,5	34,8	8,6	15,2	4,0	1,8	14,0	7,8	7,5
Coesfeld	75 117	6,2	0,5	26,5	7,2	15,6	3,2	1,8	14,0	10,5	14,5
Recklinghausen	205 762	1,6	10,7	21,1	8,2	15,6	4,6	1,6	17,8	5,9	13,0
Steinfurt	161 985	4,7	2,5	27,4	7,2	15,8	6,1	1,8	15,2	6,8	12,5
Warendorf	110 300	5,1	3,2	34,5	6,1	12,9	3,6	1,7	17,9	5,8	9,2
Reg.-Bez. Münster	**991 005**	**3,3**	**4,7**	**24,7**	**6,9**	**15,0**	**4,8**	**2,6**	**17,1**	**6,9**	**14,1**
davon											
kreisfreie Städte	292 110	1,0	5,3	16,6	5,1	14,8	5,5	4,7	19,6	6,8	20,7
Kreise	698 895	4,3	4,4	28,1	7,6	15,1	4,5	1,7	16,0	7,0	11,3
Kreisfreie Stadt											
Bielefeld	155 055	0,8	0,9	25,4	4,7	17,4	6,7	3,8	16,8	8,2	15,3
Kreise											
Gütersloh	160 558	3,0	0,4	42,5	5,9	13,9	4,5	1,6	17,0	3,8	7,3
Herford	100 608	2,3	0,7	39,8	6,9	15,8	3,8	2,0	14,0	4,6	10,2
Höxter	55 680	5,8	1,1	25,0	8,5	15,7	3,7	2,1	14,5	9,9	13,8
Lippe	142 604	2,6	0,5	32,8	6,9	13,5	3,3	2,3	18,2	5,0	15,1
Minden-Lübbecke	139 408	3,5	1,1	32,3	6,4	14,8	5,1	2,0	17,5	5,3	12,0
Paderborn	113 070	3,3	0,6	31,1	6,6	14,7	7,8	2,0	16,2	5,5	12,2
Reg.-Bez. Detmold	**866 983**	**2,8**	**0,7**	**33,3**	**6,3**	**15,0**	**5,1**	**2,3**	**16,6**	**5,7**	**12,2**
davon											
kreisfreie Stadt	155 055	0,8	0,9	25,4	4,7	17,4	6,7	3,8	16,8	8,2	15,3
Kreise	711 928	3,2	0,7	35,0	6,7	14,5	4,7	2,0	16,6	5,2	11,5
Kreisfreie Städte											
Bochum	166 731	0,5	1,2	28,7	4,5	15,4	5,5	2,2	16,6	6,7	18,6
Dortmund	245 514	0,7	2,1	17,7	7,2	17,3	7,4	4,8	22,0	5,4	15,4
Hagen	90 863	0,7	1,3	29,0	5,7	16,3	10,4	2,3	15,0	5,3	14,0
Hamm	71 342	1,6	8,4	21,4	7,5	14,2	6,4	2,3	16,9	7,3	14,1
Herne	63 637	0,4	12,8	16,8	12,9	14,4	6,5	1,2	15,6	8,5	11,0
Kreise											
Ennepe-Ruhr-Kreis	129 720	1,5	1,0	39,0	4,9	15,1	3,7	1,5	14,4	8,3	10,6
Hochsauerlandkreis	120 133	3,0	0,5	36,7	7,2	12,9	4,5	1,9	15,9	6,7	10,6
Märkischer Kreis	200 730	1,4	0,6	48,6	4,9	12,1	3,3	1,7	12,3	4,8	10,3
Olpe	55 855	2,4	0,7	48,6	5,9	11,8	3,8	1,7	11,1	6,1	7,9
Siegen-Wittgenstein	133 175	1,1	0,6	35,7	6,7	13,4	5,2	2,4	17,5	6,0	11,5
Soest	123 945	3,5	0,5	32,4	6,8	15,7	3,6	1,8	15,8	7,9	12,1
Unna	153 038	1,7	6,5	22,5	6,3	18,8	6,5	1,6	15,1	8,1	12,9
Reg.-Bez. Arnsberg	**1 554 681**	**1,4**	**2,4**	**31,2**	**6,4**	**15,1**	**5,5**	**2,3**	**16,2**	**6,5**	**12,9**
davon											
kreisfreie Städte	638 087	0,7	3,5	22,5	6,9	16,0	7,1	3,1	18,4	6,2	15,5
Kreise	916 596	2,0	1,6	37,3	6,0	14,4	4,4	1,8	14,7	6,8	11,1
Nordrhein-Westfalen	**7 332 854**	**1,8**	**2,3**	**27,2**	**6,2**	**15,5**	**5,6**	**3,0**	**18,3**	**5,8**	**14,1**
davon											
kreisfreie Städte	3 449 762	0,6	2,2	22,5	5,4	15,4	6,6	4,4	20,2	5,5	17,2
Kreise	3 883 095	2,9	2,5	31,4	6,9	15,6	4,8	1,8	16,7	6,1	11,3

Anmerkungen S. 474

Wohngeld

Wohngeld 1995

Verwaltungsbezirk	Wohngeldempfänger[1]			Empfangene Beträge[2]	Wohngeldanspruch je Empfänger[1]
	insgesamt	davon erhielten			
		spitzberechnetes	pauschaliertes		
	Wohngeld			DM	
	Anzahl			Monatsdurchschnitt	
Kreisfreie Städte					
Düsseldorf	39 432	13 831	25 601	7 723 943	216
Duisburg	29 337	15 067	14 270	5 042 466	188
Essen	30 230	14 028	16 202	5 689 665	205
Krefeld	13 163	5 787	7 376	2 886 539	234
Mönchengladbach	17 180	6 184	10 996	3 456 607	231
Mülheim an der Ruhr	7 067	3 789	3 278	1 154 475	177
Oberhausen	13 600	4 657	8 943	2 325 852	198
Remscheid	4 364	2 475	1 889	721 374	178
Solingen	5 035	3 221	1 814	837 201	180
Wuppertal	15 500	8 282	7 218	2 918 708	207
Kreise					
Kleve	15 602	5 993	9 609	2 252 896	170
Mettmann	14 621	7 938	6 683	2 799 237	214
Neuss	17 368	5 940	11 428	2 974 325	199
Viersen	10 677	4 556	6 121	2 074 561	212
Wesel	19 954	8 020	11 934	3 389 380	197
Reg.-Bez. Düsseldorf	**253 130**	**109 768**	**143 362**	**47 022 872**	**204**
davon					
kreisfreie Städte	174 908	77 321	97 587	32 756 830	.
Kreise	78 222	32 447	45 775	14 266 042	.
Kreisfreie Städte					
Aachen	13 449	7 994	5 455	1 337 497	143
Bonn	10 172	5 548	4 624	2 094 500	229
Köln	47 955	19 378	28 577	10 244 413	234
Leverkusen	7 229	2 257	4 972	1 396 758	208
Kreise					
Aachen	11 327	6 159	5 168	2 017 105	208
Düren	8 478	4 342	4 136	1 400 077	204
Erftkreis	11 619	5 251	6 368	2 290 375	232
Euskirchen	4 487	2 676	1 811	746 003	194
Heinsberg	7 014	4 116	2 898	1 225 945	210
Oberbergischer Kreis	8 500	4 894	3 606	1 468 165	203
Rhein-Berg. Kreis	6 484	3 162	3 322	1 323 653	236
Rhein-Sieg-Kreis	13 777	7 320	6 457	2 292 797	200
Reg.-Bez. Köln	**150 491**	**73 097**	**77 394**	**27 837 288**	**219**
davon					
kreisfreie Städte	78 805	35 177	43 628	15 073 168	.
Kreise	71 686	37 920	33 766	12 764 120	.
Kreisfreie Städte					
Bottrop	4 735	2 412	2 323	765 317	178
Gelsenkirchen	16 719	8 157	8 562	2 759 599	185
Münster	10 986	6 182	4 804	2 044 099	207

1) einschl. rückwirkender Wohngeldbewilligungen aus dem 1. Quartal des Folgejahres – 2) ohne rückwirkende Wohngeldbewilligungen aus dem 1. Quartal des Folgejahres

Verwaltungsbezirk	Wohngeldempfänger[1]			Empfangene Beträge[2]	Wohngeldanspruch je Empfänger[1]
	insgesamt	davon erhielten			
		spitzberechnetes	pauschaliertes		
	Wohngeld			DM	
	Anzahl			Monatsdurchschnitt	
Kreise					
Borken	8 172	5 739	2 433	1 288 951	183
Coesfeld	5 277	3 488	1 789	910 684	197
Recklinghausen	25 045	13 444	11 601	4 430 851	202
Steinfurt	10 016	7 165	2 851	1 408 700	184
Warendorf	7 111	4 198	2 913	1 166 609	192
Reg.-Bez. Münster	**88 061**	**50 785**	**37 276**	**14 774 810**	**193**
davon					
kreisfreie Städte	32 440	16 751	15 689	5 569 015	.
Kreise	55 621	34 034	21 587	9 205 795	.
Kreisfreie Stadt					
Bielefeld	13 245	7 490	5 755	2 165 632	184
Kreise					
Gütersloh	7 282	4 617	2 665	1 211 327	189
Herford	6 330	3 193	3 137	1 008 572	184
Höxter	4 775	2 611	2 164	741 600	183
Lippe	10 470	6 200	4 270	1 746 668	196
Minden-Lübbecke	8 765	4 725	4 040	1 505 310	206
Paderborn	9 700	5 230	4 470	1 737 313	206
Reg.-Bez. Detmold	**60 567**	**34 066**	**26 501**	**10 116 423**	**193**
davon					
kreisfreie Stadt	13 245	7 490	5 755	2 165 632	.
Kreise	47 322	26 576	20 746	7 950 791	.
Kreisfreie Städte					
Bochum	21 862	9 042	12 820	3 547 834	184
Dortmund	28 756	15 244	13 512	4 849 914	183
Hagen	11 951	4 339	7 612	2 161 840	190
Hamm	7 717	4 638	3 079	1 375 845	193
Herne	13 761	4 995	8 766	2 498 405	197
Kreise					
Ennepe-Ruhr-Kreis	13 054	6 851	6 203	2 229 822	180
Hochsauerlandkreis	7 258	4 489	2 769	1 212 060	189
Märkischer Kreis	13 306	8 223	5 083	2 182 010	186
Olpe	2 886	1 783	1 103	454 082	167
Siegen-Wittgenstein	9 193	4 552	4 641	1 767 194	210
Soest	8 791	5 007	3 784	1 495 412	189
Unna	15 162	8 179	6 983	2 531 723	194
Reg.-Bez. Arnsberg	**153 697**	**77 342**	**76 355**	**26 306 139**	**188**
davon					
kreisfreie Städte	84 047	38 258	45 789	14 433 836	.
Kreise	69 650	39 084	30 566	11 872 303	.
Nordrhein-Westfalen	**705 946**	**345 058**	**360 888**	**126 057 531**	**201**
davon					
kreisfreie Städte	383 445	174 997	208 448	69 998 481	.
Kreise	322 501	170 061	152 440	56 059 050	.

Anmerkungen S. 476

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Nordrhein-Westfalen

Juni 1996

Straßenart / Ortslage	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte: Getötete	Verunglückte: Schwer- verletzte	Verunglückte: Leicht- verletzte	Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat: Unfälle mit Personenschaden	Veränderung: Getötete	Veränderung: Schwer- verletzte	Veränderung: Leicht- verletzte
	Anzahl				%			
Autobahnen	500	24	172	554	+ 9,4	+41,2	− 8,0	+ 5,3
Bundesstraßen	1 272	21	373	1 304	− 8,0	−22,2	−13,3	− 7,8
innerorts	899	3	198	932	− 1,4	x	− 2,0	−
außerorts	373	18	175	372	−20,6	− 5,3	−23,2	−22,8
Landesstraßen	1 993	43	677	1 964	− 0,8	+19,4	− 5,7	+ 4,5
innerorts	1 286	15	347	1 263	− 2,1	+36,4	+ 9,5	− 4,0
außerorts	707	28	330	701	+ 1,7	+12,0	−17,7	+24,3
Kreisstraßen	727	18	256	695	− 8,4	−18,2	−11,7	− 6,5
innerorts	461	6	123	448	−11,2	x	−14,0	− 9,3
außerorts	266	12	133	247	− 3,3	−20,0	− 9,5	− 0,8
Andere Straßen	2 805	17	727	2 555	+ 0,7	+30,8	+ 1,1	+ 0
innerorts	2 597	16	637	2 371	+ 1,4	x	+ 2,4	+ 1,2
außerorts	208	1	90	184	− 7,1	x	− 7,2	−12,8
Insgesamt	**7 297**	**123**	**2 205**	**7 072**	**− 1,8**	**+ 7,0**	**− 5,9**	**− 0,6**
innerorts	**5 243**	**40**	**1 305**	**5 014**	**− 1,2**	**+14,3**	**+ 1,6**	**− 1,4**
außerorts	**2 054**	**83**	**900**	**2 058**	**− 3,2**	**+ 3,8**	**−15,1**	**+ 1,3**

Tagesdatum	Unfälle mit Personenschaden: insgesamt	davon mit: Getöteten	Schwer- verletzten	Leicht- verletzten	Verunglückte: Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte	Unfälle mit schwerw. Sachschaden[1]	Unfälle mit Personen- und schwerw. Sachschaden[1]
1. 6. Samstag	268	6	71	191	6	85	274	80	348
2. 6. Sonntag	133	4	38	91	4	43	137	53	186
3. 6. Montag	247	3	54	190	3	63	225	46	293
4. 6. Dienstag	291	3	75	213	3	83	260	58	349
5. 6. Mittwoch	371	5	87	279	5	96	361	63	434
6. 6. Donnerstag	192	4	52	136	4	69	193	41	233
7. 6. Freitag	267	–	77	190	–	84	267	63	330
8. 6. Samstag	226	4	69	153	4	82	219	60	286
9. 6. Sonntag	170	3	59	108	3	69	170	43	213
10. 6. Montag	319	2	75	242	2	78	306	41	360
11. 6. Dienstag	277	5	76	196	6	85	241	46	323
12. 6. Mittwoch	239	5	52	182	6	59	213	41	280
13. 6. Donnerstag	299	5	79	215	5	88	275	69	368
14. 6. Freitag	329	2	82	245	2	90	324	45	374
15. 6. Samstag	253	3	78	172	3	93	246	61	314
16. 6. Sonntag	192	5	62	125	5	81	174	54	246
17. 6. Montag	272	5	77	190	5	95	254	48	320
18. 6. Dienstag	276	1	60	215	1	65	283	50	326
19. 6. Mittwoch	200	1	56	143	1	60	200	57	257
20. 6. Donnerstag	307	4	62	241	4	76	329	97	404
21. 6. Freitag	249	2	64	183	2	76	235	57	306
22. 6. Samstag	217	3	60	154	5	74	225	107	324
23. 6. Sonntag	103	2	31	70	2	41	108	56	159
24. 6. Montag	211	6	44	161	10	60	202	59	270
25. 6. Dienstag	211	9	49	153	9	57	195	37	248
26. 6. Mittwoch	242	3	66	173	3	70	216	64	306
27. 6. Donnerstag	286	5	58	223	6	68	280	75	361
28. 6. Freitag	256	6	70	180	7	83	226	41	297
29. 6. Samstag	261	4	63	194	4	84	273	100	361
30. 6. Sonntag	133	2	36	95	3	48	161	74	207
Insgesamt	**7 297**	**112**	**1 882**	**5 303**	**123**	**2 205**	**7 072**	**1 786**	**9 083**

1) schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne)

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung			
1	* Bevölkerung am Monatsende	Anzahl	17 783 054	17 846 515
2	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	1 942 026	1 989 274
	Bevölkerungsbewegung			
	Natürliche Bevölkerungsbewegung			
3	* Eheschließungen[2]	Anzahl	8 683	8 399
4	* Lebendgeborene[3]	Anzahl	15 507	15 199
5	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	2 537	2 513
6	* Gestorbene[4] (ohne Totgeborene)	Anzahl	16 056	16 090
7	* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	93	88
8	* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (−)	Anzahl	−549	−891
	Wanderungen			
9	* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	27 346	28 128
10	* darunter aus dem Ausland[5]	Anzahl	15 417	15 972
11	* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	22 085	20 824
12	* darunter in das Ausland	Anzahl	10 412	9 351
13	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (−)	Anzahl	+5 261	+7 304
14	* Innerhalb des Landes Umgezogene[6]	Anzahl	46 472	47 228
			1993	1994
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Arbeitsmarkt			
15	* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[7]	1 000	5 965	5 864
16	* Frauen	1 000	2 423	2 410
17	* Ausländerinnen und Ausländer	1 000	549	540
18	* Teilzeitbeschäftigte	1 000	644	658
19	* darunter Frauen	1 000	598	608
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung			
20	* Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1 000	197	187
21	* darunter Frauen	1 000	17	17
22	* Verarbeitendes Gewerbe[8]	1 000	2 114	2 001
23	* darunter Frauen	1 000	510	483
24	* Baugewerbe	1 000	371	375
25	* darunter Frauen	1 000	37	37
26	* Handel	1 000	903	893
27	* darunter Frauen	1 000	483	475
28	* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	289	285
29	* darunter Frauen	1 000	82	81

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der 7) ohne Landwirtschaft – 8) einschl. ohne Angabe des Wirtschaftszweigs

1994			1995				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
17 804 614	17 810 936	17 816 079	17 870 291	17 879 433	17 887 434	17 893 045	1
1 977 952	1 984 049	1 960 993	2 003 250	.	.	2 019 342	2
7 351	6 223	11 636	11 183	7 929	5 643	11 199	3
14 982	14 857	17 465	15 652	15 991	15 135	16 569	4
2 381	2 476	3 065	2 531	2 498	2 478	3 133	5
16 030	15 796	18 151	14 151	16 066	16 156	18 868	6
89	90	131	75	107	89	107	7
−1 048	−939	−686	+1 501	−75	−1 021	−2 299	8
29 827	28 907	27 234	31 732	32 856	29 160	27 078	9
16 457	16 534	15 323	18 149	18 813	16 584	15 643	10
22 898	21 646	21 405	21 773	23 639	20 138	19 168	11
9 388	10 087	9 432	9 578	9 626	8 891	8 492	12
+6 929	+7 261	+5 829	+9 959	+9 217	+9 022	+7 910	13
47 288	47 329	62 158	48 456	50 813	49 946	51 854	14

1994				1995			
31. März	30. Juni	30. September	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. September	
5 856	5 840	5 911	5 847	5 808	5 800	5 869	15
2 408	2 395	2 431	2 407	2 395	2 385	2 416	16
538	538	547	536	534	538	548	17
654	654	659	663	666	666	671	18
606	606	609	612	614	614	617	19
190	187	186	185	181	179	179	20
17	17	17	17	17	17	17	21
2 018	2 001	2 007	1 979	1 960	1 951	1 963	22
488	483	485	475	471	467	469	23
365	372	387	375	368	371	380	24
37	37	37	38	37	37	37	25
895	888	899	890	882	877	890	26
478	472	478	473	467	462	468	27
285	284	287	282	280	282	284	28
81	81	82	80	79	80	80	29

Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen – 5) einschl. ungeklärt und ohne Angabe – 6) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene –

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1993	1994
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Noch: **Arbeitsmarkt**			
	Noch: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung			
1	* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 000	228	227
2	* darunter Frauen	1 000	120	120
3	* Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	1 000	1 348	1 382
4	* darunter Frauen	1 000	877	899
5	* Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	1 000	167	172
6	* darunter Frauen	1 000	114	117
7	* Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	1 000	349	343
8	* darunter Frauen	1 000	183	181
			1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
9	* Arbeitslose[2]	1 000	785	780
10	* darunter Frauen	1 000	323	323
	Arbeitslosenquote[2]			
11	* Insgesamt	%	10,7	10,6
12	* Frauen	%	10,6	10,6
13	* Männer	%	10,7	10,7
14	* Ausländerinnen und Ausländer	%	19,4	19,6
15	* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	%	9,8	10,5
16	* Offene Stellen[2]	1 000	54	61
17	* Kurzarbeiterinnen und -arbeiter [2)3)]	1 000	65	30
	Tierische Produktion			
18	* Schlachtmengen[4] darunter	1 000 t	100	98
19	* Rinder	1 000 t	19	18
20	* Kälber	1 000 t	2	2
21	* Schweine	1 000 t	78	77
22	* Konsumeier[5]	1 000	90 067	84 407
23	* Geflügelfleisch[6]	1 000 kg	3 488	3 201
24	* Milcherzeugung (an Molkereien geliefert)	1 000 t	218	226

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Quelle: Landesarbeitsamt
Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 5) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch-

1994				1995			Lfd. Nr.
31. März	30. Juni	30. September	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. September	
227	225	229	227	223	222	225	1
120	119	122	120	118	118	119	2
1 364	1 370	1 400	1 394	1 400	1 407	1 434	3
891	889	910	906	907	907	924	4
169	170	173	175	176	176	180	5
115	115	118	119	119	119	122	6
345	344	344	340	337	334	336	7
182	181	182	180	179	178	180	8

1995			1996				
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
762	756	786	821	804	804	831	9
315	314	331	335	331	334	348	10
10,4	10,3	10,7	11,3	11,1	11,1	11,5	11
10,3	10,3	10,8	11,0	10,9	11,0	11,4	12
10,5	10,4	10,7	11,5	11,3	11,2	11,5	13
19,1	18,8	19,1	21,7	21,3	21,1	21,2	14
9,1	9,2	11,7	11,3	10,6	11,6	13,5	15
67	68	67	71	72	73	70	16
29	28	18	96	56	61	66	17
101	96	87	96	100	89	101	18
17	17	13	14	20	16	20	19
2	2	2	2	2	2	2	20
81	77	73	80	77	70	78	21
82 627	81 513	80 663r	91 715	90 315r	86 436p	88 008p	22
3 456	2 959	2 741	3 464	3 497	3 401	3 639	23
262	245	238	235	256	241	244	24

Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Daten für den aktuellen Berichtsmonat vorläufig – 3) Monatsmitte – 4) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. und Knickeiern. – 6) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1995	1996
			Monatsdurchschnitt	
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe[2]			
1	* Beschäftigte[3]	1 000	1 650	...
2	* darunter Arbeiterinnen und Arbeiter[4]	1 000	1 090	...
3	* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	144 961	...
4	* Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	8 671	...
5	* darunter Lohnsumme	Mill. DM	4 796	...
6	* Gesamtumsatz	Mill. DM	43 004	...
7	* darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	11 994	...
8	* Index des Auftragseingangs (real)[5]	1991 = 100	94,6	...
9	* Inland	1991 = 100	89,3	...
10	* Ausland	1991 = 100	106,5	...
11	* Vorleistungsproduzenten	1991 = 100	98,9	...
12	* Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	88,3	...
13	* Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	99,5	...
14	* Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	94,0	...
15	* Index der Nettoproduktion[6]	1991 = 100	94,4	...
16	* Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	97,1	...
17	* Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	89,2	...
18	* Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	98,1	...
19	* Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	91,4	...
			1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Öffentliche Energieversorgung			
20	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 521	11 427
21	* Stromverbrauch[7]	Mill. kWh	10 529	10 749
			1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Bauwirtschaft und Bautätigkeit[8]			
	Bauhauptgewerbe[9]			
22	* Beschäftigte[3]	Anzahl	238 812	234 378
23	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	24 807	23 641
	darunter für den			
24	* Wohnungsbau	1 000	9 609	9 361
25	* gewerblichen und industriellen Bau[10]	1 000	8 824	7 967
26	* öffentlichen und Verkehrsbau	1 000	6 282	5 671

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im von Steinen und Erden, Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung – 6) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt – 7) einschl. Verlusten – 8) Der Berichtskreiswechsel Unternehmen der Bahn und Post ab 1996

1995			1996				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
1 653	1 650	1 651	1 605	1 597	1 591	1 587	1
1 093	1 090	1 091	1 049	1 043	1 038	1 036	2
140 356	150 038	145 377	141 492	136 367	135 311	130 113	3
8 360	8 607	8 912	8 056	8 395	8 547	8 630	4
4 590	4 797	4 866	4 369	4 514	4 663	4 568	5
40 443	44 441	44 597	43 146	41 986	41 718	42 171	6
11 186	12 308	13 219	12 689	12 314	12 422	13 247	7
89,4	98,6	93,6	97,9	93,1	90,9	88,4	8
84,9	92,1	87,1	92,1	87,0	83,5	80,8	9
99,7	113,2	108,1	111,1	106,7	107,5	105,6	10
96,2	103,6	100,4	99,8	98,4	98,8	94,8	11
81,4	95,0	86,2	93,9	87,2	83,2	84,2	12
91,8	97,4	93,1	100,0	90,9	87,6	83,7	13
81,2	87,3	83,5	107,7	87,5	81,7	74,8	14
102,0	96,5	101,2	94,5	94,6	94,6	103,5	15
104,2	101,5	102,7	98,8	98,2	98,2	...	16
97,7	84,6	100,5	85,7	87,6	87,4	...	17
105,2	101,9	101,8	105,8	103,1	101,6	...	18
98,2	93,8	97,4	86,8	86,4	87,4	...	19

1995			1996				
März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
13 349	11 632	11 636	12 862	13 427	11 902	11 502	20
12 032	10 453	10 540	11 625	11 638	10 077	10 209	21

1995			1996				
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
235 705	235 132	234 983	199 197	198 639	197 093	194 879	22
23 701	26 738	25 262	19 598	21 171	20 775	19 973	23
9 612	10 827	10 143	7 400	8 163	8 196	7 800	24
8 266	9 362	8 910	7 249	7 658	7 421	7 222	25
5 692	6 392	6 085	4 755	5 272	5 066	4 951	26

allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten – 3) einschl. der tätigen Inhaberinnen und Inhaber – 4) einschl. der gewerblich Auszubildenden – 5) ohne Bergbau, Gewinnung ab 1996 schränkt die Vergleichbarkeit mit den vorangehenden Zahlen ein. – 9) nach der Totalerhebung hochgerechnet – 10) ohne landwirtschaftlichen Bau, jedoch mit

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: **Bauwirtschaft und Bautätigkeit**			
	Noch: Bauhauptgewerbe[2]			
1	* Bruttolohnsumme	Mill. DM	785,7	769,7
2	* Bruttogehaltsumme	Mill. DM	237,2	241,1
3	* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	3 197,6	3 218,6
4	* Index des Auftragseingangs[3]	1991 = 100	95,3	91,5
5	Hochbau zusammen	1991 = 100	107,4	101,7
6	* Wohnungsbau	1991 = 100	138,7	124,5
7	Tiefbau zusammen	1991 = 100	79,7	78,3
8	Straßenbau	1991 = 100	81,2	81,0
	Ausbaugewerbe			
9	* Beschäftigte	Anzahl	55 886	56 491
10	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 385	6 357
11	* Ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. DM	689,4	726,5
	Baugenehmigungen			
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	3 624	2 857
13	* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 900	2 258
14	* umbauter Raum	1 000 m³	4 609	3 747
15	* Wohnfläche	1 000 m²	814	665
16	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	1 874 401	1 575 074
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	358	348
18	* umbauter Raum	1 000 m³	2 631	2 395
19	* Nutzfläche	1 000 m²	421	384
20	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	624 794	616 689
21	* Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	10 112	8 294
22	* Wohnräume insgesamt	Anzahl	42 204	34 838
			1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
	Innerdeutscher Warenverkehr			
	Warenverkehr mit den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins			
23	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	174 766	182 359
24	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	1 348 247	1 445 012

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) nach Totalerhebung

1995			1996				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
702,3	798,6	766,2	572,2	640,2	665,8	617,1	1
225,2	232,9	251,8	206,7	208,8	211,5	238,1	2
2 808,6	3 337,6	3 462,8	2 421,4	2 644,2	2 778,5	3 020,1	3
94,3	89,5	96,7	86,8	72,9	88,9	104,3	4
116,4	96,9	106,5	99,9	81,4	106,2	126,7	5
129,3	132,2	139,0	140,2	118,1	146,6	201,1	6
65,8	80,0	84,0	71,3	62,8	68,5	77,7	7
69,9	87,2	93,6	80,4	67,0	66,7	76,2	8
56 144	56 012	56 269	68 252	68 288	67 905	67 397	9
6 003	6 573	6 327	7 444	7 505	7 450	7 031	10
617,0	692,9	704,1	852,0	949,6	871,0	877,5	11
2 958	2 890	3 102	3 286	3 293	2 157	3 771	12
2 409	2 312	2 553	2 657	2 666	1 803	2 988	13
3 767	3 696	3 796	4 162	4 170	2 653	4 645	14
648	651	666	731	741	464	844	15
1 590 380	1 543 608	1 599 400	1 790 634	1 799 159	1 148 811	2 004 478	16
298	337	295	302	307	254	459	17
1 918	2 161	1 738	2 016	1 984	1 954	3 460	18
337	353	302	381	304	335	550	19
617 615	521 074	446 364	562 385	422 211	502 737	868 873	20
7 787	8 036	7 834	8 776	8 803	5 472	10 521	21
33 552	34 051	33 740	38 312	37 719	24 315	45 505	22

1994				1995			
Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
137 361	150 094	183 801	191 021	146 693	163 026	172 212	23
1 129 980	1 298 319	1 369 330	1 498 652	1 154 338	1 221 993	1 512 019	24

hochgerechnet – 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; preisbereinigt

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1994[2]	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Außenhandel			
	Ausfuhr[3] (Spezialhandel)			
1	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	12 875,6	13 453,1
	davon			
2	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	495,5	497,6
3	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	12 380,1	12 955,5
	davon			
4	* Rohstoffe	Mill. DM	147,8	145,9
5	* Halbwaren	Mill. DM	792,6	825,0
6	* Fertigwaren	Mill. DM	11 439,7	11 984,6
	davon			
7	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	3 180,1	3 526,5
8	* Enderzeugnisse	Mill. DM	8 259,6	8 458,1
	Ausfuhr in die/nach			
9	* EU-Länder[4]	Mill. DM	7 762,7	8 024,0
	darunter			
10	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 150,8	1 160,9
11	Niederlande	Mill. DM	1 451,8	1 403,5
12	Frankreich	Mill. DM	1 302,7	1 361,0
13	Großbritannien	Mill. DM	996,4	1 036,2
14	Italien	Mill. DM	887,1	965,2
15	Spanien	Mill. DM	390,4	450,4
16	Österreich	Mill. DM	675,2	637,7
17	Schweden	Mill. DM	312,7	354,4
18	Vereinigten Staaten von Amerika	Mill. DM	973,8	918,2
19	Schweiz	Mill. DM	602,3	648,8
	Einfuhr[3] (Generalhandel)			
20	* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	13 646,9	14 367,1
	davon			
21	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	1 540,5	1 489,7
22	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	12 106,4	12 877,5
	davon			
23	* Rohstoffe	Mill. DM	721,7	676,2
24	* Halbwaren	Mill. DM	1 706,9	1 885,5
25	* Fertigwaren	Mill. DM	9 677,8	10 315,8
	davon			
26	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	2 081,8	2 360,2
27	* Enderzeugnisse	Mill. DM	7 596,0	7 955,6
28	* Einfuhr aus EU-Ländern[4]	Mill. DM	8 266,4	8 452,0

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) endgültige Ergebnisse – 3) Wegen dem Gebietsstand vom Januar 1995

1995				1996			Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
12 480,1	13 092,0	14 730,3	13 345,1	13 443,7	13 130,4	13 782,6	1
436,3	463,9	477,1	515,2	476,1	446,4	473,9	2
12 043,8	12 628,1	14 253,2	12 830,0	12 967,6	12 684,0	13 308,7	3
137,4	104,6	178,5	117,5	128,6	119,9	126,0	4
739,5	811,7	913,8	766,5	769,5	690,2	683,3	5
11 166,9	11 711,8	13 160,9	11 945,9	12 069,5	11 874,0	12 499,4	6
3 369,6	3 540,8	3 901,1	3 052,8	3 294,1	3 334,7	3 249,8	7
7 797,3	8 171,0	9 259,8	8 893,1	8 775,4	8 539,3	9 249,6	8
7 793,4	8 029,8	8 953,1	7 291,4	8 204,1	7 748,3	7 941,4	9
1 084,6	1 144,6	1 356,2	1 020,7	1 090,9	1 068,6	1 125,1	10
1 353,0	1 325,4	1 487,6	1 347,4	1 424,9	1 312,5	1 357,3	11
1 429,3	1 480,4	1 545,8	1 155,3	1 413,1	1 291,8	1 313,1	12
937,8	987,1	1 129,6	912,0	1 025,4	961,5	930,9	13
918,6	1 013,0	1 104,7	916,2	1 143,6	1 067,3	1 118,9	14
445,0	481,0	488,3	370,6	439,1	444,0	439,5	15
648,3	591,0	699,8	590,0	655,5	626,0	627,7	16
367,0	358,7	398,4	342,7	326,4	325,5	348,1	17
772,6	874,8	1 010,5	900,4	884,3	931,0	990,6	18
585,0	717,3	683,3	634,9	586,4	598,0	691,9	19
12 710,8	13 876,2	15 884,9	15 252,9	15 131,2	13 714,1	15 150,5	20
1 270,9	1 305,8	1 618,1	1 741,4	1 468,4	1 346,5	1 573,8	21
11 439,9	12 570,4	14 266,8	13 511,5	13 662,8	12 367,6	13 576,8	22
681,3	751,7	646,4	665,5	876,4	695,2	746,4	23
1 802,6	1 757,8	2 155,3	2 006,1	2 081,4	1 796,7	1 921,4	24
8 956,1	10 060,9	11 465,1	10 839,8	10 704,9	9 875,7	10 908,9	25
2 116,1	2 460,9	2 646,7	2 188,0	2 268,5	1 853,3	2 183,0	26
6 840,0	7 600,0	8 818,4	8 651,8	8 436,4	8 022,4	8 725,9	27
7 656,9	8 236,0	9 487,4	9 343,1	9 044,0	7 934,6	9 076,2	28

der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 4) EU-Länder nach

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Einzelhandel; Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Tankstellen[2]			
1	* Beschäftigte	1994 = 100	100	97,8
2	* Umsatz (nominal)	1994 = 100	100	103,0
	darunter im Wirtschaftszweig			
3	Einzelhandel[3]; Reparatur von Gebrauchsgütern	1994 = 100	100	103,0
	darunter			
4	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art[4]	1994 = 100	100	105,9
5	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren[4]	1994 = 100	100	112,2
6	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln[4]	1994 = 100	100	107,9
7	Sonstiger Facheinzelhandel[4]	1994 = 100	100	98,4
	darunter Einzelhandel mit			
8	Textilien	1994 = 100	100	(106,2)
9	Bekleidung	1994 = 100	100	96,7
10	Schuhen und Lederwaren	1994 = 100	100	101,8
11	Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat a. n. g.	1994 = 100	100	99,5
12	elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	1994 = 100	100	95,2
13	Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	1994 = 100	100	106,0
14	Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	1994 = 100	100	101,6
15	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	1994 = 100	100	102,9
	darunter			
16	Handel mit Kraftwagen	1994 = 100	100	102,9
17	Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	1994 = 100	100	101,4
18	Tankstellen	1994 = 100	100	104,5
19	* Umsatz (real)	1994 = 100	100	102,3
	darunter im Wirtschaftszweig			
20	Einzelhandel[3]; Reparatur von Gebrauchsgütern	1994 = 100	100	102,3
	darunter			
21	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art[4]	1994 = 100	100	104,9
22	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren[4]	1994 = 100	100	111,2
23	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln[4]	1994 = 100	100	107,1
24	Sonstiger Facheinzelhandel[4]	1994 = 100	100	97,6
	darunter Einzelhandel mit			
25	Textilien	1994 = 100	100	(105,2)
26	Bekleidung	1994 = 100	100	96,0
27	Schuhen und Lederwaren	1994 = 100	100	100,9
28	Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat a. n. g.	1994 = 100	100	97,9
29	elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	1994 = 100	100	95,8
30	Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	1994 = 100	100	104,9
31	Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	1994 = 100	100	98,7
32	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	1994 = 100	100	102,1
	darunter			
33	Handel mit Kraftwagen	1994 = 100	100	102,1
34	Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	1994 = 100	100	100,3
35	Tankstellen	1994 = 100	100	104,0

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Daten für den aktuellen

1994		1995				1996	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
104,0	102,4	/	98,8	99,1	99,1	96,5	1
105,9	130,1	/	100,9	107,2	124,0	94,4	2
107,8	136,4	/	100,9	108,5	131,3	93,5	3
104,8	133,3	/	101,4	107,5	131,3	97,4	4
104,9	133,2	/	101,1	105,7	132,9	98,5	5
102,8	122,0	/	103,4	108,2	133,0	109,7	6
112,2	147,9	/	99,0	109,9	136,0	84,5	7
120,7	156,5	/	(116,7)	(134,3)	(153,9)	(145,9)	8
107,9	144,3	/	106,6	112,1	137,4	85,6	9
104,7	126,8	/	106,3	111,6	125,6	76,4	10
116,6	135,0	/	94,5	114,3	125,0	89,4	11
125,1	176,7	/	85,7	99,0	149,1	80,7	12
104,9	113,0	/	108,2	110,5	101,6	78,3	13
114,0	172,8	/	100,5	116,1	172,4	93,6	14
98,7	105,8	/	100,5	102,5	96,0	98,0	15
98,3	103,5	/	101,4	100,4	94,6	100,8	16
122,6	128,6	/	105,6	153,8	123,4	79,3	17
100,0	123,5	/	97,2	108,6	105,3	88,8	18
105,9	129,9	/	100,3	106,5	123,1	93,3	19
107,7	136,0	/	100,4	107,7	130,1	92,5	20
104,7	132,9	/	101,0	106,8	130,3	96,4	21
105,0	133,2	/	100,2	105,0	132,0	97,3	22
102,6	121,3	/	103,4	107,7	132,0	109,3	23
111,9	147,8	/	97,9	108,5	134,7	83,4	24
120,2	156,1	/	(115,4)	(132,6)	(152,2)	143,9	25
107,4	143,6	/	105,7	111,0	136,1	84,8	26
104,2	126,3	/	104,9	110,2	124,2	75,3	27
116,1	134,3	/	92,6	111,8	122,2	87,4	28
125,8	177,7	/	86,3	100,0	150,1	81,5	29
104,6	112,4	/	106,9	109,1	100,1	77,1	30
112,5	170,3	/	96,7	111,4	165,0	89,5	31
98,8	105,5	/	99,6	101,6	95,0	96,6	32
98,5	103,3	/	100,5	99,5	93,7	99,4	33
122,4	128,2	/	103,8	151,2	121,3	77,9	34
99,7	123,3	/	96,7	108,1	104,3	87,5	35

Berichtsmonat vorläufig – 3) ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen – 4) in Verkaufsräumen

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Gastgewerbe[2]			
1	* Beschäftigte	1994 = 100	100	...
2	* Umsatz (nominal)	1994 = 100	100	97,2
3	* Umsatz (real)	1994 = 100	100	95,9
			1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Fremdenverkehr			
4	* Gästeankünfte	1 000	968	1 013
5	* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	171
6	* Gästeübernachtungen	1 000	2 890	2 997
7	* darunter von Auslandsgästen	1 000	381	431
			1993	1994
			Monatsdurchschnitt	
	Verkehr			
	Binnenschiffahrt			
8	* Güterempfang	1 000 t	5 268	5 835
9	* Güterversand	1 000 t	4 058	4 369
			1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Kraftfahrzeuge			
10	* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge[3] darunter	Anzahl	62 636	65 543
11	* Personenkraftwagen einschließlich Kombinationskraftwagen	Anzahl	54 581	57 131
12	* Lastkraftwagen	Anzahl	2 802	2 965
13	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	Anzahl	4 269	4 379
	Straßenverkehrsunfälle			
14	* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	6 622	6 472
15	* Getötete Personen	Anzahl	111	114
16	* Verletzte Personen	Anzahl	8 478	8 289

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Daten für den aktuellen

1994			1995				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
101,0p	100,2p	99,5p	99,0	98,2	97,7	97,5	1
109,4p	99,6p	103,0p	99,5	104,8	95,6	100,7	2
108,2p	98,7p	102,3p	98,4	102,3	93,6	98,6	3
1995			1996				
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
911	1 229	1 092	1 047	1 004	1 221	1 173	4
141	227	164	179	166	202	172	5
2 835	3 630	3 181	2 951	2 903	3 443	3 263	6
344	633	380	437	389	498	398	7
1993			1994				
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
5 593	5 338	4 838	6 117	5 786	6 110	5 965	8
4 602	4 219	3 682	4 746	4 841	4 558	4 267	9
1995			1996				
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
72 203	76 353	77 229	92 316	81 806	81 144	76 613	10
60 485	64 180	66 915	77 299	66 883	68 184	63 902	11
2 682	3 276	3 246	3 344	3 180	3 103	3 138	12
7 654	7 534	5 746	9 924	10 440	8 544	8 424	13
5 345	7 587	7 410	5 085	5 941	6 550	7 297	14
106	121	115	67	93	92	123	15
6 915	9 530	9 440	6 700	7 498	8 476	9 277	16

Berichtsmonat vorläufig – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Insolvenzen			
1	* Insolvenzen[2] insgesamt	Anzahl	491	502
2	* Unternehmen	Anzahl	378	391
	davon in der Wirtschaftsabteilung[3]			
3	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	65	67
4	Baugewerbe	Anzahl	79	86
5	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Anzahl	101	99
6	Dienstleistungen[4]	Anzahl	127	132
7	übrige Wirtschaftsabteilungen	Anzahl	6	8
8	* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	113	110
9	* Beantragte Konkurse	Anzahl	490	499
10	* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	349	338
			1994	1995
			Monatsdurchschnitt	
	Preise			
11	* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	110,1	112,0
12	* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten mit mittlerem Einkommen	1991 = 100	110,4	112,3
13	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten mit höherem Einkommen	1991 = 100	110,1	112,1
14	Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten mit geringem Einkommen	1991 = 100	110,9	113,1
			1994	1995
			Vierteljahresdurchschnitt	
15	* Preisindex für Wohngebäude, Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk	1991 = 100	114,4	117,8
	davon			
16	Rohbauarbeiten	1991 = 100	113,8	116,9
17	Ausbauarbeiten	1991 = 100	115,4	119,3
18	Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	107,5	108,7

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) ohne Anschlußkonkurse, denen ein Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Abschnitt I), Kredit- und Versicherungsgewerbe (Abschnitt J), Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sozialwesen (Abschnitt N) sowie Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (Abschnitt O)

1995			1996				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
549	420	385	504	523	513	547	1
443	343	303	413	423	433	446	2
81	62	48	55	69	65	65	3
102	86	58	116	110	125	118	4
126	91	67	86	111	102	106	5
124	100	125	145	127	136	149	6
10	4	5	11	6	5	8	7
106	77	82	91	100	80	101	8
543	417	383	504	522	508	547	9
363	297	255	350	327	340	413	10

1995			1996				
Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
111,9	112,2	112,5	113,4	113,7	113,7	114,1	11
112,3	112,6	112,8	113,7	113,9	113,9	114,3	12
111,9	112,3	112,8	113,7	114,0	114,1	114,6	13
113,2	113,4	113,5	114,2	114,4	114,4	114,8	14

1994	1995				1996		
November	Februar	Mai	August	November	Februar	Mai	
115,5	116,4	118,0	118,5	118,4	118,4	118,8	15
114,8	115,7	117,2	117,4	117,2	116,8	117,1	16
116,5	117,5	119,3	120,0	120,2	120,7	121,4	17
107,9	107,8	109,0	109,1	108,7	108,4	108,4	18

eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist – 3) gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 – 4) Gastgewerbe (gemäß WZ 93: Abschnitt H), Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Abschnitt K), Erziehung und Unterricht (Abschnitt M), Gesundheits-, Veterinär- und

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1994	1995
			Vierteljahresdurchschnitt[2]	
	Löhne und Gehälter			
	Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe			
1	* Arbeiter	DM	4 331	4 503
2	* Arbeiterinnen	DM	3 054	3 179
	Bruttostundenverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe			
3	* Arbeiter	DM	25,31	26,29
4	* Arbeiterinnen	DM	18,75	19,60
	Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe			
	* kaufmännische Angestellte			
5	* männlich	DM	6 214	6 428
6	* weiblich	DM	4 344	4 540
	* technische Angestellte			
7	* männlich	DM	6 445	6 703
8	* weiblich	DM	4 511	4 713
	Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe			
	* kaufmännische Angestellte			
9	* männlich	DM	5 295	5 505
10	* weiblich	DM	3 780	3 965

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) mit der jeweiligen Anzahl der nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) in der Fassung für die Verdienststatistik

1994		1995				1996[3]	Lfd. Nr.
Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober	Januar	
4 365	4 399	4 348	4 501	4 557	4 527	4 480	1
3 072	3 091	3 091	3 168	3 201	3 205	3 262	2
25,48	25,50	25,44	26,12	26,45	26,62	26,88	3
18,86	18,89	18,94	19,45	19,66	19,92	20,39	4
6 227	6 262	6 287	6 372	6 450	6 506	6 619	5
4 356	4 383	4 414	4 510	4 563	4 595	4 695	6
6 476	6 503	6 509	6 647	6 763	6 772	6 874	7
4 532	4 553	4 560	4 681	4 740	4 776	4 843	8
5 285	5 338	5 353	5 472	5 532	5 568	5 436	9
3 778	3 815	3 865	3 927	3 993	4 009	3 973	10

Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der vier Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober – 3) Ab Januar 1996 wirtschaftssystematische Zuordnung der Betriebe